

- **Iran-Krieg gefährdet die Konjunkturerholung.** Prognose für 2026 und 2027
- **Mittelfristiges Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund anhaltender struktureller Schwächen verhalten.** Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031
- **Leichtes Wachstum löst Rezession ab.** Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2025
- **Ende des Zinssenkungszyklus, zaghaftes Kreditwachstum und Hausse an den Börsen**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20, 8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •

Redaktion: Tamara Fellinger, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2026

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 305 € • Einzelheft (Printversion): 30,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2026 • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>



99. Jahrgang, Heft 4/2026

151-166 ■ **Iran-Krieg gefährdet die Konjunkturerholung.** Prognose für 2026 und 2027

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

Infolge des Iran-Krieges haben sich Rohöl und Erdgas stark verteuert. Zudem trübt die Unsicherheit über die Dauer und den weiteren Verlauf des Konfliktes das Investitionsklima in der EU. Dies wird auch die österreichische Industrie, die seit Jahren unter der schwachen Investitionsgüternachfrage leidet, in Mitleidenschaft ziehen. Die Inflationsrate dürfte trotz des Iran-Krieges weiter zurückgehen, jedoch verlangsamt der jüngste Energiepreisanstieg den Rückgang. Die Arbeitslosenquote verharrt 2026 auf dem hohen Niveau des Vorjahres und wird erst 2027 sinken.

Iran War Threatens Economic Recovery. Economic Outlook for 2026 and 2027

167 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

169-188 ■ **Mittelfristiges Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund anhaltender struktureller Schwächen verhalten.** Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031

Josef Baumgartner, Marian Fink, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik

Österreichs Wirtschaft erholt sich nur schleppend von der Rezession der Jahre 2023/24. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind die Energiepreise und die Lohnstückkosten hierzulande kräftiger gestiegen, wodurch insbesondere die energieintensive Exportwirtschaft auch mittelfristig Wettbewerbsnachteile haben wird. Die österreichische Wirtschaft wird daher verglichen mit dem Euro-Raum insgesamt nur unterdurchschnittlich expandieren. Das WIFO erwartet 2026/2031 ein durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum von 1,1% und ein Trendwachstum (laut der Methode der Europäischen Kommission) von 0,9% p. a. (Ø 2010/2019 +1,1% p. a.). Der demografische Wandel verstärkt die Arbeitskräfteknappheit. Dies trübt einerseits den mittelfristigen Ausblick, dämpft jedoch andererseits merklich die Arbeitslosigkeit: nach 7,4% 2025 wird die Arbeitslosenquote bis 2031 auf voraussichtlich 5,7% zurückgehen. Infolge des Iran-Krieges haben sich Mineralölprodukte und Erdgas kräftig verteuert. Die Inflationsrate wird daher 2026 bei 2,7% und 2027 bei 2,3% zu liegen kommen und das Inflationsziel von 2% erst ab 2028 erreicht. Die Defizitquote liegt im Prognosezeitraum – ohne die Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des noch zu beschließenden Doppelhaushaltes 2027/28 – mit durchschnittlich knapp 4% des nominellen BIP deutlich über dem 3%-Ziel. Die Staatsschuld steigt dadurch bis 2031 auf 90% der nominellen Wirtschaftsleistung an (2025: 81,5%).

Medium-term Economic Growth Remains Subdued Due to Persistent Structural Weaknesses. Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2026 to 2031

- 189-205 ■ **Leichtes Wachstum löst Rezession ab.** Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2025
Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi,
Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

Österreichs Wirtschaft wuchs 2025 nach zwei Rezessionsjahren wieder leicht um real 0,6%. Während die Industriekonjunktur langsam an Schwung gewann, verzeichnete die Bauwirtschaft abermals Wertschöpfungseinbußen. Das Defizit des Gesamtstaates betrug 2025 4,2% des BIP. Die schwache Entwicklung der Realeinkommen dämpfte die Konsumausgaben, die Sparquote sank kräftig. Die Inflationsrate stieg insbesondere durch das Auslaufen der Strompreisbremse sowie Gebührenerhöhungen deutlich und betrug im Jahresdurchschnitt 3,6%.

Modest Growth Replaces Recession. The Austrian Economy in 2025

- 207-218 ■ **Ende des Zinssenkungszyklus, zaghafte Kreditwachstum und Hausse an den Börsen**

Atanas Pekanov

Die Europäische Zentralbank erreichte 2025 das Ende ihres Zinssenkungszyklus, nachdem sich die Inflationsrate im Euro-Raum nahe am 2%-Ziel stabilisiert hatte. Der Zinsabstand österreichischer Staatsanleihen zu deutschen Bundesanleihen verringerte sich deutlich und erreichte mit rund 0,3 Prozentpunkten wieder das Niveau vor Ausbruch des Ukraine-Krieges. Das Kreditvolumen wuchs in Österreich langsamer als im Euro-Raum. Zuzuschreiben war dies vor allem der schwachen Kreditnachfrage der privaten Haushalte, insbesondere nach Wohnbaukrediten. Die Kreditqualität blieb trotz der Konjunkturschwäche hoch. Wenngleich die Bonitätsbewertungen für Österreich gesenkt wurden und die Zinsausgaben stiegen, lässt die laufende fiskalische Konsolidierung gewisse Verbesserungen erwarten. Der Aktienmarkt entwickelte sich in Österreich erheblich günstiger als im Euro-Raum insgesamt.

Conclusion of the Monetary Easing Cycle, Subdued Credit Growth, and Bullish Equity Markets

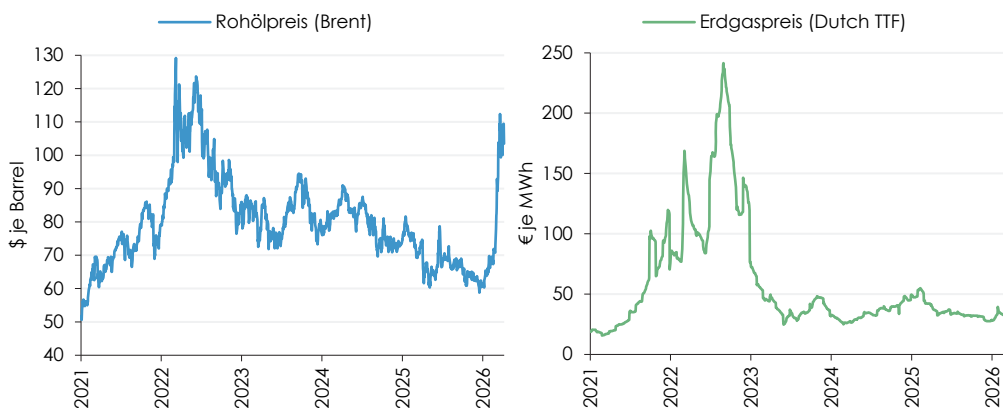
Iran-Krieg gefährdet die Konjunkturerholung

Prognose für 2026 und 2027

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

- Die geopolitische Unsicherheit hat zuletzt weiter zugenommen. Neben der erratischen Handelspolitik der USA belastet nun auch der Iran-Krieg die Konjunktur. Er hat die Preise für fossile Energieträger in die Höhe schnellen lassen, was die Inflation neuerlich erhöht und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen dämpft.
- Angesichts des unsicheren Umfeldes prognostiziert das WIFO einige Schlüsselindikatoren auf der Grundlage dreier Szenarien. Sie basieren auf unterschiedlichen Annahmen zur weiteren Entwicklung der Rohöl- und Erdgaspreise.
- Je nach Szenario wird das Wirtschaftswachstum 2026 zwischen +0,2% und +1,1% liegen (2027 +0,4% bis +1,5%), die Inflationsrate zwischen 2,5% und 4,1% (2027: 2,2% bis 3,5%) und die Arbeitslosenquote zwischen 7,3% und 7,5% (2027: 7,0% bis 7,6%).

Energiepreisentwicklung seit 2021



"Die Entwicklung der Rohöl- und Erdgaspreise ist sowohl für die Inflationsprognose als auch für den von den Unternehmen erwarteten Kostendruck entscheidend. Da der Iran-Krieg nicht prognostizierbare Preissprünge auslöst, hat sich das WIFO entschlossen, von unterschiedlichen Preisszenarien auszugehen."

Seit Ausbruch des Iran-Krieges sind die Energiepreise kräftig gestiegen und sehr volatil (Q: Intercontinental Exchange – ICE, Macrobond. Letzter Wert: 7. April 2026).

Iran-Krieg gefährdet die Konjunkturerholung

Prognose für 2026 und 2027

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

Iran-Krieg gefährdet die Konjunkturerholung. Prognose für 2026 und 2027

Infolge des Iran-Krieges haben sich Rohöl und Erdgas stark verteuert. Zudem trübt die Unsicherheit über die Dauer und den weiteren Verlauf des Konfliktes das Investitionsklima in der EU. Dies wird auch die österreichische Industrie, die seit Jahren unter der schwachen Investitionsgüternachfrage leidet, in Mitleidenschaft ziehen. Die Inflationsrate dürfte trotz des Iran-Krieges weiter zurückgehen, jedoch verlangsamt der jüngste Energiepreisanstieg den Rückgang. Die Arbeitslosenquote verharrt 2026 auf dem hohen Niveau des Vorjahres und wird erst 2027 sinken.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 8. 4. 2026

Kontakt: Marcus Scheiblecker (marcus.scheiblecker@wifo.ac.at), Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at)

Iran War Threatens Economic Recovery. Economic Outlook for 2026 and 2027

As a result of the Iran war, crude oil and natural gas prices have surged. Moreover, uncertainty over the duration and future course of the conflict is dampening the investment climate in the EU. This will also affect Austrian industry, which has been suffering from weak demand for capital goods for years. The inflation rate should continue to fall despite the Iran war, though the recent rise in energy prices is slowing this decline. The unemployment rate will remain at the elevated level of the previous year in 2026 and will not fall until 2027.

Nach zwei Jahren der Rezession stieg Österreichs BIP 2025 wieder leicht um 0,6%. Vor allem um die Jahresmitte war eine deutliche Konjunkturbelebung festzustellen, die zum Jahresende allerdings wieder verebbte. Im IV. Quartal stagnierte die heimische Wirtschaftsleistung.

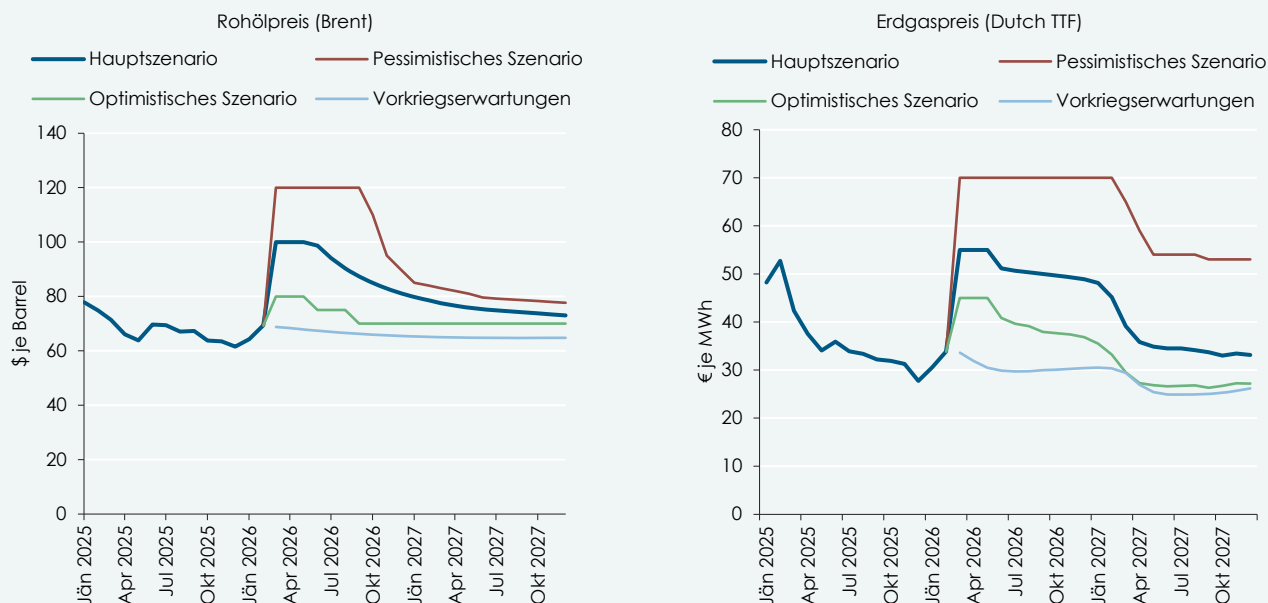
Die derzeit unsicheren internationalen Rahmenbedingungen erschweren eine Prognose. Die weitere Entwicklung der österreichischen Wirtschaft wird wesentlich davon abhängen, wie weit die Preise für Rohöl und Erdgas steigen werden und wie lange sie auf hohem Niveau verharrten. Dies hängt wiederum vom nicht abschätzbaren Kriegsverlauf ab. Das WIFO hat sich daher dazu entschlossen, seine Prognose des BIP und anderer wichtiger Kennzahlen auf Basis dreier Szenarien zu erstellen:

- Im optimistischen Szenario dauert der Iran-Krieg nur wenige Wochen. Die Infrastruktur der Golfstaaten für die Förderung, Verarbeitung, Verladung und den Transport von Erdöl wird nicht nachhaltig

beschädigt. Der Rohölpreis liegt bis Juni bei durchschnittlich 80 \$ je Barrel und sinkt im III. Quartal 2026 auf 75 \$. Der für die europäische Stromerzeugung relevante Erdgaspreis liegt bis Juni 2026 bei durchschnittlich 45 € je MWh und verringert sich nach Kriegsende stetig.

- Im Hauptszenario ist der Iran-Krieg ebenfalls von kurzer Dauer, allerdings verteuern sich fossile Brennstoffe kräftiger als im optimistischen Szenario. Nach Kriegsende bilden sich die Preise kontinuierlich zurück.
- Im pessimistischen Szenario dauern die Kampfhandlungen im Mittleren Osten noch bis Ende des Sommers an und zerstören wichtige Infrastruktur, die erst wieder instandgesetzt werden muss. Der Rohölpreis steigt auf 120 \$ je Barrel, verharrt bis September 2026 auf diesem hohen Niveau und unterschreitet erst Anfang 2027 wieder die Marke von 90 \$. Der Erdgaspreis liegt bis Februar 2027 bei 70 € je MWh, da wichtige Produktionsanlagen zerstört sind, und bildet sich bis Jahresende langsam zurück.

Abbildung 1: **Energiepreisszenarien**



Q: ICE, Macrobond, WIFO-Berechnungen. Vorkriegserwartungen: Futures von Ende Februar 2026.

Übersicht 1: **Hauptergebnisse der Prognose – Szenarien**

	Hauptzenario		Optimistisches Szenario		Pessimistisches Szenario		
	2026	2027	2026	2027	2026	2027	
Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,4	
Herstellung von Waren	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,8	- 0,2	+ 0,3	
Handel	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,5	- 0,7	- 0,2	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,1	
Dauerhafte Konsumgüter ²⁾	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,3	- 0,1	- 0,1	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 1,0	+ 2,1	+ 1,4	+ 2,2	- 1,0	+ 0,8	
Ausrüstungen ³⁾	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,3	+ 3,1	- 1,7	+ 1,0	
Bauten	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,0	- 0,2	+ 0,5	
Exporte, real	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,6	+ 2,5	+ 0,3	+ 1,1	
Warenexporte, fob	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,8	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,8	
Importe, real	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,2	+ 2,2	- 0,3	+ 1,1	
Warenimporte, fob	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,0	+ 2,0	- 0,8	+ 0,8	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,4	+ 2,8	
	Mrd. €	528,53	547,24	529,93	549,29	524,89	539,64
Verbraucherpreise	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,2	+ 4,1	+ 3,5	
BIP-Deflator	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,4	
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 4,1	- 3,9	- 4,0	- 3,7	- 4,4	- 4,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3	
Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition)							
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,4	7,1	7,3	7,0	7,5	7,6	
Energiepreise							
Rohölpreis, Brent	\$ je Barrel	88	76	73	70	106	80
Erdgaspreis, Dutch TTF	€ je MWh	49	37	39	28	64	58

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ICE, HWWI, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ WIFO-Berechnung anhand der Anteile der dauerhaften Konsumgüter nach dem Inlandskonzept. – ³⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechten Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten.

Aus Platzgründen wird in der Prognose lediglich das Hauptszenario¹⁾ im gewohnten Detailgrad dargestellt. Für das optimistische und das pessimistische Szenario werden dagegen nur die wichtigsten Kennzahlen wiedergegeben.

Sowohl im optimistischen als auch im Hauptszenario setzt sich die Konjunkturerholung im laufenden Jahr fort. Im optimistischen Szenario ist 2026 mit einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um 1,1% zu rechnen, im Hauptszenario um 0,9%. 2027 beschleunigt sich der Zuwachs auf 1,3% bzw. 1,5%. Damit bleibt das Wachstumstempo hinter jenem vergangener Aufschwungsphasen zurück.

Im pessimistischen Szenario wird der bislang beobachtete moderate Aufschwung jäh unterbrochen, wodurch das BIP 2026 um lediglich 0,2% zulegt (2027 +0,4%). Die in diesem Szenario unterstellten hohen Energiepreise belasten nicht nur die Produktion und die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, sondern trüben auch die Stimmung in den Unternehmen und das Verbrauchervertrauen. Dies hat eine über reine Preiseffekte hinausreichende Dämpfung der Konjunktur zur Folge.

Auch im Hauptszenario belastet die erneut höhere Inflation die verfügbaren Einkommen. Der private Konsum wächst dadurch weiterhin nur verhalten (2026 +0,5%, 2027 +0,6%). Im optimistischen Szenario ist der Zuwachs im laufenden Jahr etwas lebhafter (+0,7%) und verstärkt sich 2027 auf 1%. Im pessimistischen Szenario mündet das getrübe Verbrauchervertrauen, vor allem die erhöhten Inflations- und Arbeitslosigkeitserwartungen, in einem Wiederanstieg der Sparquote. Hierdurch wächst der Konsum 2026 kaum mehr (+0,2%) und stagniert 2027 nahezu (+0,1%).

Der Konsum des Staatssektors expandiert 2026 aufgrund der angespannten Lage in den öffentlichen Haushalten mit 1,2% nur

mehr halb so stark wie im Vorjahr und bleibt auch 2027 verhalten (+1%). Annahmegermäß versucht der Staat in allen drei Szenarien, trotz Sparziels an diesem Ausgabenpfad festzuhalten, um die Konjunktur nicht zusätzlich zu belasten. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verbessert sich im Hauptszenario leicht auf -4,1% (2026) bzw. -4,0% (2027) des BIP (2025 -4,2%). Im pessimistischen Szenario beträgt die Neuverschuldung 2026 4,4% und 2027 4,9% der Wirtschaftsleistung (ohne weitere Maßnahmen; Annahme "No-Policy-Change").

Am deutlichsten spiegelt sich die ausgeprägte geopolitische Unsicherheit in der heimischen Investitionsnachfrage. Im Hauptszenario steigen die Bruttoanlageinvestitionen 2026 nur um 1,0% (2025 +1,4%). Erst 2027 wird diese Nachfragekomponente wieder rascher zulegen (+2,1%; optimistisches Szenario: 2026 +1,4%, 2027 +2,2%). Im pessimistischen Szenario schrumpfen die Bruttoanlageinvestitionen im laufenden Jahr um 1% und wachsen erst 2027 wieder (+0,8%).

Die Inflationsprognose hängt wesentlich von den Annahmen zur Energiepreisentwicklung ab. Im Hauptszenario sinkt die Inflationsrate 2026 auf 2,7% und 2027 weiter auf 2,3%. Im pessimistischen Szenario steigt sie dagegen auf 4,1% und schwächt sich erst 2027 auf 3,5% ab. Im optimistischen Szenario beträgt die Teuerung 2026 2,5% und 2027 2,2%.

Trotz der anhaltend gedämpften Wirtschaftsentwicklung wird die Beschäftigungsausweitung an Dynamik gewinnen. Im Hauptszenario beschleunigt sich der Anstieg 2026 auf 0,5% und 2027 auf 0,8% (optimistisches Szenario +0,6% bzw. +0,8%, pessimistisches Szenario +0,2 bzw. +0,3%).

Die Arbeitslosenquote sinkt im optimistischen Szenario von 7,4% im Vorjahr auf 7,3%, stagniert im Hauptszenario und steigt im pessimistischen Szenario geringfügig auf 7,5% (2027: 7,0% bis 7,6%).

1. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

1.1 Energiepreisanstieg trifft Weltwirtschaft im Aufschwung

Die Weltwirtschaft ist seit dem Frühjahr 2026 mit einem starken Energiepreisanstieg infolge des Iran-Krieges konfrontiert. Schäden an Produktionsanlagen, aber vor allem die Blockade der wichtigen Transportroute durch die Straße von Hormus, ließen die Rohöl- und Erdgaspreise in die Höhe schnellen. Der Preis für Rohöl der Sorte Brent lag im März bei durchschnittlich 100 \$ je Barrel, ein Anstieg um mehr als 60% gegenüber Jahres-

beginn. Auch der europäische Preis von Erdgas stieg von knapp 30 € auf rund 50 € je MWh.

Vor Kriegsbeginn hatte sich die Weltkonjunktur im Aufschwung befunden. Der Welthandel und die globale Industrieproduktion hatten bis Jahresbeginn 2026 zugelegt – den unsteten handelspolitischen Rahmenbedingungen und den erhöhten Importzöllen der USA zum Trotz. Auch die Unternehmensstimmung, gemessen an den von Standard & Poor's veröffentlichten Einkaufsmanager-

Die Weltkonjunktur befand sich vor Kriegsbeginn im Iran im Aufschwung. Der Anstieg der Energiepreise wirkt dämpfend und die Zölle der USA sind weiterhin ein Unsicherheitsfaktor.

¹⁾ Sofern nicht explizit auf andere Szenarien verwiesen wird, beziehen sich die angegebenen Werte auf das Hauptszenario.

indizes, hatte bis Kriegsbeginn auf eine breit getragene Konjunkturerholung hingedeutet.

Wie die weitere Preisentwicklung von fossilen Energieträgern sind auch die handelspolitischen Rahmenbedingungen im Jahr 2026 mit hoher Unsicherheit behaftet. Der oberste Gerichtshof der USA stufte die meisten im Lauf des Vorjahres eingeführten Zölle als rechtswidrig ein und hob sie rückwirkend

auf. Gleichzeitig verhängte die Regierung der USA auf anderer Rechtsgrundlage einen neuen Zoll, der 150 Tage lang gleichermaßen für alle Handelspartner gilt. Was nach Ablauf dieser Frist passiert, ist offen. Das WIFO geht davon aus, dass die USA auch weiterhin über ausreichende Möglichkeiten verfügen werden, Zölle einzuhoben, und der effektive Zollsatz auf Importe daher in etwa auf dem aktuellen Niveau bleiben wird.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2024 in %		2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Waren- exporte ¹⁾	Welt-BIP ²⁾						
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %								
EU 27	67,0	14,2	+ 3,5	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,3
Euro-Raum	51,6	10,1	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,3
Deutschland	29,7	3,0	+ 1,8	- 0,9	- 0,5	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,1
Italien	6,1	1,8	+ 4,8	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,8
Frankreich	3,6	2,2	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9
Spanien	1,7	1,4	+ 6,4	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,1
MOEL 5 ³⁾	15,1	2,1	+ 4,1	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,4
Polen	3,9	1,0	+ 5,3	+ 0,2	+ 3,0	+ 3,6	+ 3,4	+ 2,7
Ungarn	3,6	0,2	+ 4,2	- 0,8	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,4	+ 2,4
Tschechien	3,5	0,3	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,1
USA	8,5	14,8	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1
Schweiz	5,1	0,4	+ 3,5	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,3
Vereinigtes Königreich	2,6	2,2	+ 5,1	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,5	+ 1,0
China	2,8	19,3	+ 3,0	+ 5,2	+ 5,0	+ 4,9	+ 4,6	+ 4,2
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		51	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,6
Exportgewichtet ⁵⁾	86		+ 2,5	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			+ 5,7	- 3,2	+ 0,5	+ 3,8	+ 0,9	+ 1,8

Annahmen zur Prognose

Rohölpreis							
Brent, \$ je Barrel		98,9	82,2	79,8	68,2	88	76
Erdgaspreis							
Dutch TTF, € je MWh		135,0	42,2	34,5	36,7	48	37
Strompreis Österreich							
Base, € je MWh		261,6	102,2	82,1	99,2	111	94
Peak, € je MWh		275,5	103,9	81,4	92,1	114	98
Wechselkurs							
Dollar je Euro		1,054	1,082	1,082	1,129	1,16	1,16
Internationale Zinssätze							
EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %		0,6	3,8	4,1	2,4	2,2	2,3
Sekundärmarkttrendite Deutschland, in %		1,1	2,4	2,3	2,6	2,7	2,6

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, European Energy Exchange, Eurostat, EZB, HWWI, ICE, OECD, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2024. – ⁵⁾ EU-Länder, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2024. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁷⁾ Fixzinssatz.

1.2 Verlangsamtes Wachstum in den USA

In den USA nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion 2025 weiter kräftig zu, wengleich der Anstieg etwas geringer ausfiel als in den Jahren davor. Dies war u. a. dem 1½ Monate dauernden Stillstand in der Verwaltung ("Shutdown") im Oktober und November geschuldet, der einen Rückgang des öffentlichen Konsums und damit eine

Verlangsamung der Konjunktur im IV. Quartal nach sich zog.

Die Bedingungen für eine stetige Expansion in den USA sind aber weiterhin gegeben. Zu Jahresbeginn 2026 dürfte die Normalisierung in der öffentlichen Verwaltung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gestützt haben. Die privaten Haushalte werden ihre Konsumausgaben im laufenden Jahr voraussichtlich ausweiten, wengleich in einem etwas

In den USA wird das Wachstum im Prognosezeitraum geringer ausfallen als vor 2025.

langsameren Tempo. Auch der Boom der Künstlichen Intelligenz scheint anzuhalten. Ein neuerliches vorübergehendes Anziehen der Inflation infolge des Energiepreisanstieges dürfte jedoch weitere Zinssenkungen der Zentralbank verzögern. Zudem wächst das Arbeitskräftepotenzial wegen der restriktiveren Einwanderungspolitik langsamer als in den Vorjahren, was die Expansion bremst, allerdings auch die Arbeitslosenquote niedrig hält. Alles in allem wird die Wirtschaft der USA im Prognosezeitraum ähnlich stark wachsen wie im Jahr 2025 (+2,2%).

1.3 Aufwärtsgerichtete Konjunktur im Euro-Raum

Im Euro-Raum war die Konjunktur im Vorjahr stetig aufwärtsgerichtet, ohne Irland nahm das BIP in jedem Quartal um rund ¼ Prozentpunkt zu. Die europäische Industrie leidet weiterhin unter dem hohen Wettbewerbsdruck aus China und den Zöllen der USA, wengleich der Einkaufsmanagerindex im Februar erstmals wieder auf eine Expansion hindeutete. Im Dienstleistungsbereich trübte sich die Stimmung im März hingegen merklich ein. Auch dort sind die Bedingungen für eine Fortsetzung der Konjunkturerholung weiterhin gegeben. Die Inflation lag vor Ausbruch des Iran-Krieges bei 2% und die Leitzinsen waren stark gesenkt worden. Zudem war die Arbeitslosenquote im Jänner so niedrig wie seit mehreren Jahren nicht mehr.

Der Anstieg der Energiepreise dürfte die Inflation im Euro-Raum zwar temporär erhöhen. Sofern sich die Lage am Persischen Golf rasch beruhigt – wie im Hauptszenario unterstellt – wird sich der Anstieg aber in Grenzen halten und der Verbraucherpreisauftrieb ab der zweiten Jahreshälfte wieder nachlassen. Die privaten Haushalte dürften ihre Konsumausgaben im Prognosezeitraum anhaltend ausweiten, auch weil die Sparquote im historischen Vergleich immer noch hoch ist. Die Investitionen profitieren von einer Ausweitung der Rüstungsausgaben und dem Fiskalpaket in Deutschland. Auch die Exporte sollten allmählich wieder an Schwung gewinnen, wenn sie keinen neuerlichen Rückschlag durch höhere Zölle erleiden. Die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euro-Raum dürfte daher im Prognosezeitraum in

etwa so rasch wachsen wie im Vorjahr (2026 +1,0%, 2027 +1,3%).

1.4 Fiskalpaket stärkt Nachfrage in Deutschland

In Deutschland stieg das BIP im IV. Quartal – nach Rückgängen in den beiden Quartalen davor – erstmals wieder deutlich. Hierin schlug sich eine kräftige Ausweitung des öffentlichen Konsums und der Bruttoanlageinvestitionen nieder, beides eine Folge des im Vorjahr beschlossenen Fiskalpaketes. Auch der private Konsum wurde spürbar ausgeweitet. Der Wettbewerb mit China belastet die deutsche Industrie allerdings weiterhin beträchtlich, wengleich sich die Auftragslage zu Jahresbeginn etwas verbessert hat.

Die Konjunkturerholung dürfte sich in Deutschland trotz Energiepreisanstiegs fortsetzen, da der Staat seine Ausgaben für Infrastruktur, Klimaneutralität und Verteidigung im laufenden Jahr kräftig erhöht. Auch das Exportgeschäft nimmt allmählich wieder Schwung auf. Der Iran-Krieg bremst die Erholung zwar, bringt sie aber nicht zum Erliegen. Insgesamt dürfte das deutsche BIP in den beiden Prognosejahren jeweils um rund 1% zulegen.

1.5 Risiko eines länger anhaltenden Iran-Krieges

Ein Andauern des Iran-Krieges über Juni 2026 hinaus, verbunden mit einer fortgesetzten Blockade der Straße von Hormus und Kriegsschäden an Produktionsanlagen für Öl und Gas, würde die Energiepreise länger hochhalten und könnte auch andere globale Lieferkettenprobleme, etwa bei Helium oder Düngemitteln, nach sich ziehen. Dies würde die Verbraucherpreisinflation in den von fossiler Energie abhängigen Industrieländern wohl deutlicher erhöhen und die Zentralbanken zu einem Anheben der Leitzinsen bewegen.

In dem vom WIFO unterstellten pessimistischen Szenario bleibt das Wachstum in den Industrieländern auch 2027 gedämpft. Längere Produktionsstillstände in bestimmten Industriesparten wären aufgrund beeinträchtigter Lieferketten denkbar.

2. Österreich: Träge Erholung setzt sich im Prognosezeitraum fort

Nach zwei Rezessionsjahren (BIP real –0,8% bzw. –0,7%) erholte sich die österreichische Wirtschaft 2025 wieder und wuchs um 0,6%. Unterjährig war jedoch kein klares Konjunkturbild zu erkennen. Im I. Quartal stieg das BIP zunächst um 0,3%, um danach wieder zu stagnieren. Dieses Muster wiederholte sich im 2. Halbjahr.

Als Gegenreaktion auf den eher enttäuschenden Jahresausklang 2025 unterstellt

das WIFO einen etwas besseren Jahresbeginn (I. Quartal +0,2% gegenüber der Vorperiode). Das herausfordernde Winterwetter belastete zwar die Bauwirtschaft, allerdings sollten Verzögerungen im II. Quartal wieder aufgeholt werden. Für das Ende des II. Quartals unterstellt das Hauptszenario zudem eine Entspannung auf den Energiemärkten und eine schrittweise Verbilligung von Rohöl. In der Folge sollte sich auch das Konjunkturklima verbessern.

Der Energiepreisanstieg bremst zwar die Konjunktur im Euro-Raum, dürfte die moderate Erholung aber nicht unterbrechen.

Die verstärkten Staatsausgaben in Deutschland dürften im laufenden Jahr zunehmend nachfragewirksam werden.

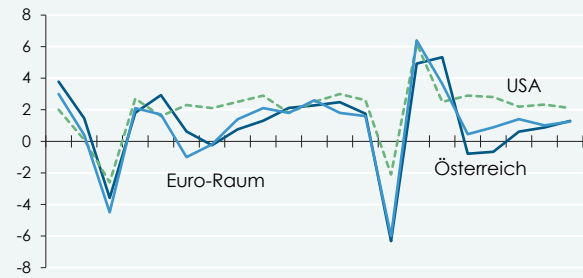
Im pessimistischen Szenario wächst das Bruttoinlandsprodukt der Industrieländer auch 2027 schwächer.

Die heimische Wirtschaft leidet nach wie vor unter der verhaltenen internationalen Nachfrage. Während die Impulse der öffentlichen Hand im Prognosezeitraum schwächer ausfallen als in der Vergangenheit, wirkt die Entwicklung der Bauinvestitionen zumindest nicht mehr belastend.

Abbildung 2: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

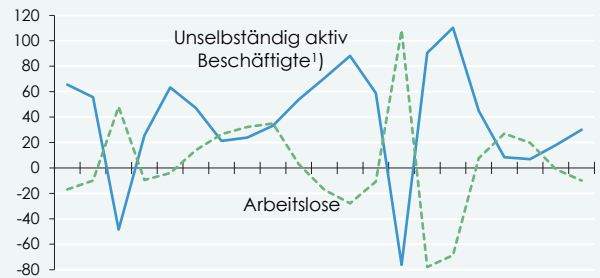
Wirtschaftswachstum

In %



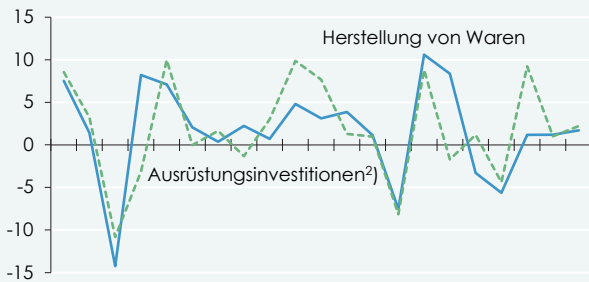
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



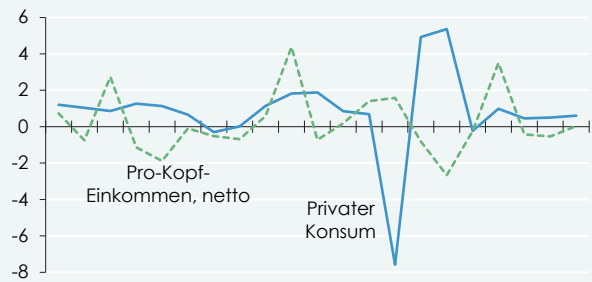
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



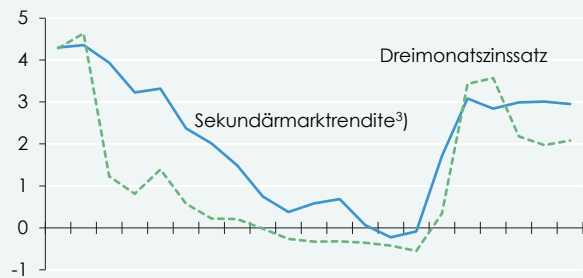
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



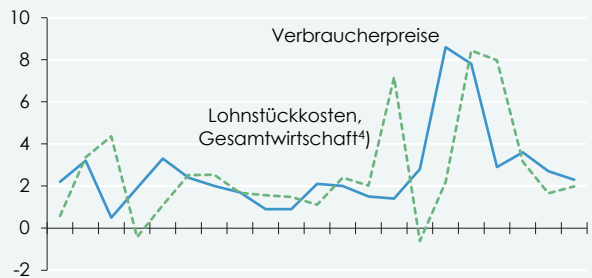
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



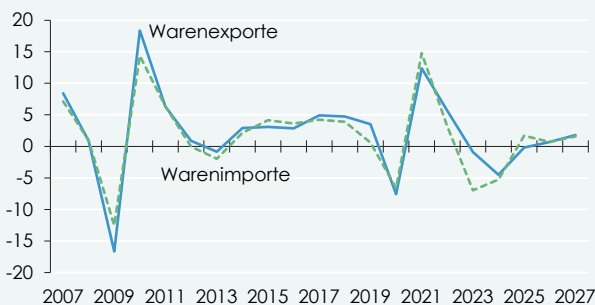
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



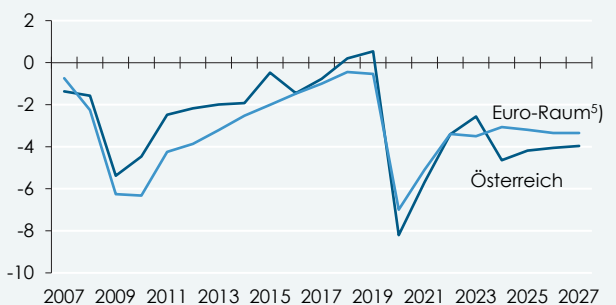
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

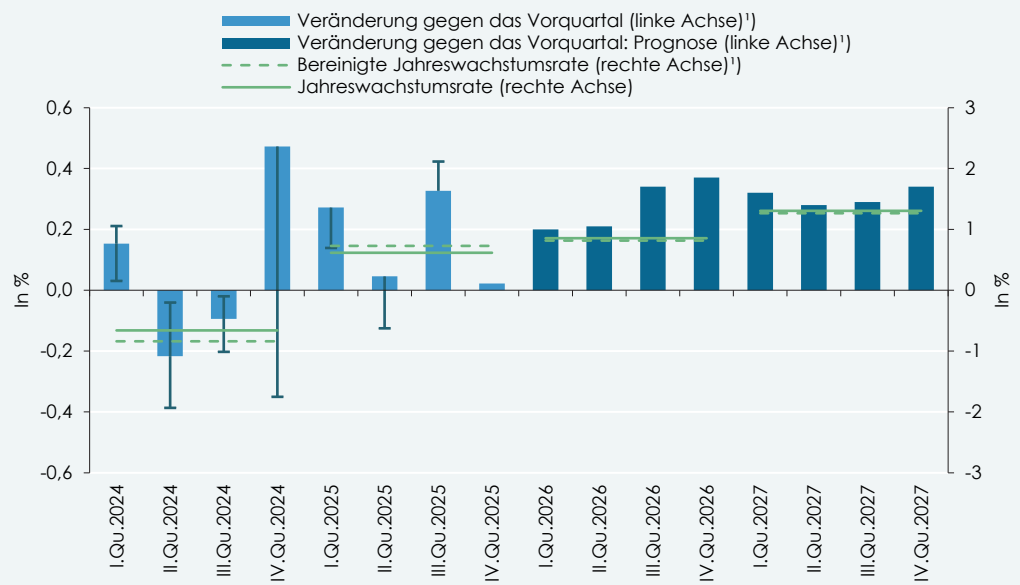
In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – 1) Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 4) Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – 5) Prognose: Europäische Kommission.

Abbildung 3: **Konjunkturbild Österreich**

BIP, real



Q: WIFO. – 1) Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. Die Fehlerindikatoren zeigen die Bandbreite der bisherigen Revisionen der realisierten Werte.

Übersicht 3: **Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP**

Hauptszenario

		2024	2025	2026	2027
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	- 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,2
Jahreswachstumsrate	in %	- 0,7	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,3
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	- 0,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,3
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0

Q: WIFO. 2026 und 2027: Prognose. – 1) Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – 2) Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – 3) Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – 4) Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

Übersicht 4: **Revision der Wachstumsprognose**

BIP, real, Hauptszenario

		2026	2027
WIFO-Konjunkturprognose Dezember 2025	in %	+ 1,2	+ 1,4
Datenrevision ¹⁾	Prozentpunkte	- 0,0	- 0,0
Prognosefehler für das IV. Quartal 2025 ²⁾	Prozentpunkte	- 0,0	0,0
Prognoserevision	Prozentpunkte	- 0,3	- 0,1
WIFO-Konjunkturprognose April 2026	in %	+ 0,9	+ 1,3

Q: WIFO. – 1) Revision der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch Statistik Austria gegenüber jenem Stand, der zur Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2025 herangezogen wurde. – 2) Zum Zeitpunkt der Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2025 lagen für dieses Quartal noch keine Werte laut Statistik Austria vor.

2.1 Exportkonjunktur beschleunigt sich moderat

Die Zollpolitik der USA behindert nach wie vor den Außenhandel, das größte Hindernis für die heimische Exportwirtschaft ist jedoch die anhaltend moderate Binnenkonjunktur in Europa. Sie geht mit einer geringen Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen einher, die für Österreichs Industrie von besonderer Bedeutung sind. Zusätzliche Unsicherheit geht vom Iran-Krieg aus und dämpft die Investitionsfreudigkeit der Unternehmen. Der Warenexport wird daher auch 2026 nur sehr geringe Impulse für die heimische Konjunktur liefern, nach drei Jahren des Rückgangs allerdings wieder etwas zulegen (real +0,7%). Der Export insgesamt expandiert hierdurch um 1,5%. Für das Jahr 2027 erwartet das WIFO eine Belebung (Warenexport +1,8%, Export insgesamt +2,2%).

Der Warenimport wird 2026 (+0,7%) ähnlich verhalten ausgeweitet wie der Warenexport und zeigt sich erst im kommenden Jahr wieder etwas schwungvoller (+1,6%). Darin spiegelt sich die Belebung der Ausrüstungsinvestitionen. Der Import insgesamt wird 2026 um 1,0% und 2027 um 2% expandieren.

Hatte das WIFO in seiner Prognose vom Dezember 2025 noch eine Verbesserung der Terms-of-Trade im Warenhandel um 0,3% (2026) erwartet, so wird nunmehr aufgrund der kräftigen Verteuerung fossiler Energieträger eine Verschlechterung um 0,8% prognostiziert. Der Realwert des BIP pro Kopf wird daher mit +0,3% deutlich schwächer zunehmen als das reale BIP pro Kopf (+0,6%). 2027 sollten sich die Terms-of-Trade im Warenhandel dann wieder leicht um 0,1% verbessern.

Übersicht 5: Hauptergebnisse der Prognose

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 5,3	- 0,8	- 0,7	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,3	
Herstellung von Waren	+ 8,3	- 3,3	- 5,6	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,7	
Handel	+ 1,0	- 7,9	- 3,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,3	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 5,4	- 0,2	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	
Dauerhafte Konsumgüter ²⁾	- 4,5	- 5,5	- 0,2	+ 2,9	+ 0,4	+ 1,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	- 0,3	- 1,3	- 4,3	+ 1,4	+ 1,0	+ 2,1	
Ausrüstungen ³⁾	+ 1,4	+ 1,7	- 2,8	+ 5,0	+ 1,7	+ 2,8	
Bauten	- 2,1	- 4,5	- 5,9	- 2,9	+ 0,1	+ 1,1	
Exporte, real	+ 9,4	- 0,6	- 2,3	+ 0,3	+ 1,5	+ 2,2	
Warenexporte, fob	+ 5,6	- 0,9	- 4,5	- 0,2	+ 0,7	+ 1,8	
Importe, real	+ 6,9	- 4,3	- 2,6	+ 1,7	+ 1,0	+ 2,0	
Warenimporte, fob	+ 3,2	- 7,0	- 5,3	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,6	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 10,6	+ 6,3	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,1	+ 3,5	
	Mrd. €	449,38	477,84	494,09	512,81	528,53	547,24
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	- 1,3	1,6	1,5	1,9	1,5	1,4
Verbraucherpreise		+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,3
BIP-Deflator		+ 5,0	+ 7,2	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,2
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 3,4	- 2,6	- 4,6	- 4,2	- 4,1	- 4,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,8
Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition)							
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		6,3	6,4	7,0	7,4	7,4	7,1
Realwert des BIP pro Kopf ⁵⁾		+ 1,1	- 1,4	- 0,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,1
Armutsgefährdungsquote ⁶⁾ ⁸⁾	in %	14,9	14,3	14,4	14,4	14,6	14,3
Einkommensquintilsverhältnis ⁷⁾ ⁸⁾	Verhältniszahl	4,3	4,3	4,3	4,3	4,4	4,4
Treibhausgasemissionen ⁹⁾		- 5,9	- 6,6	- 2,5	+ 1,2	- 3,5	- 2,0
	Mio. t CO ₂ -Äquivalent	73,52	68,70	67,00	67,84	65,44	64,14

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ WIFO-Berechnung anhand der Anteile der dauerhaften Konsumgüter nach dem Inlandskonzept. – ³⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Nominelles BIP deflationiert mit dem impliziten Preisindex der inländischen Verwendung. – ⁶⁾ Anteil der Personen in privaten Haushalten mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. – ⁷⁾ S80/S20: Verhältnis des gesamten verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in privaten Haushalten im obersten Einkommensquintil zu dem der Bevölkerung im untersten Einkommensquintil. – ⁸⁾ Eurostat-Definition; dem Einkommensreferenzjahr zugeordnet. Ab 2024 Prognose basierend auf EUROMOD-Version J2.0+ und EU-SILC 2024. – ⁹⁾ 2024: Schätzung des Umweltbundesamtes, ab 2025: Prognose.

Übersicht 6: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	273,86	276,62	278,58	280,58	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,7
Private Haushalte ¹⁾	193,66	194,53	195,51	196,68	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Staat	80,23	82,11	83,10	83,93	+ 3,8	+ 2,4	+ 1,2	+ 1,0
Bruttoinvestitionen	84,86	86,57	87,52	89,69	- 9,1	+ 2,0	+ 1,1	+ 2,5
Bruttoanlageinvestitionen	87,78	88,97	89,84	91,71	- 4,3	+ 1,4	+ 1,0	+ 2,1
Ausrüstungen ²⁾	28,66	31,31	31,62	32,31	- 4,4	+ 9,2	+ 1,0	+ 2,2
Bauten	36,59	35,52	35,55	35,94	- 5,9	- 2,9	+ 0,1	+ 1,1
Sonstige Anlagen ³⁾	22,97	22,93	23,50	24,35	- 0,8	- 0,2	+ 2,5	+ 3,6
Inländische Verwendung	359,73	364,76	366,93	371,14	- 0,8	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,1
Exporte	224,87	225,53	228,97	234,00	- 2,3	+ 0,3	+ 1,5	+ 2,2
Reiseverkehr	15,05	15,27	15,64	15,91	+ 0,8	+ 1,5	+ 2,4	+ 1,8
Minus Importe	205,46	208,99	211,14	215,29	- 2,6	+ 1,7	+ 1,0	+ 2,0
Reiseverkehr	10,34	10,48	10,50	10,51	+ 4,0	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,1
Bruttoinlandsprodukt	380,18	382,52	385,86	390,87	- 0,7	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,3
Nominell	494,09	512,81	528,53	547,24	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,1	+ 3,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

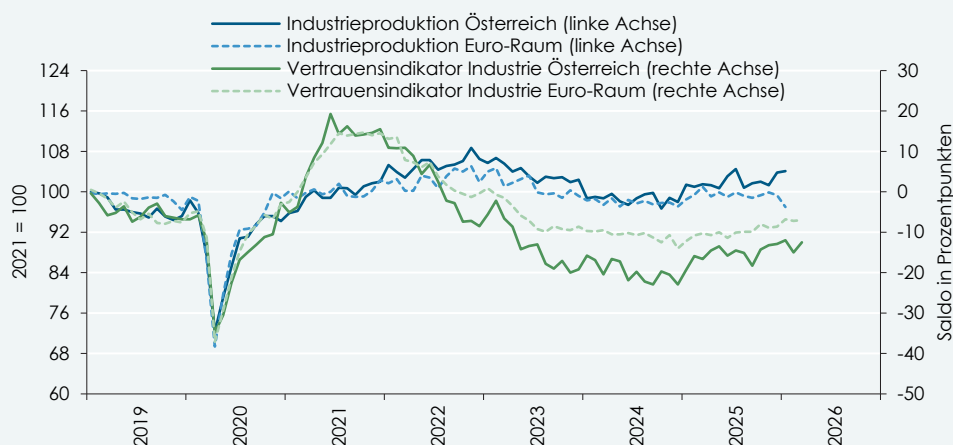
2.2 Belebung der Industrieproduktion lässt weiter auf sich warten

Die Stimmung in den Industrieunternehmen blieb zu Jahresbeginn getrübt. Der Iran-Krieg dürfte weitere Spuren hinterlassen. Dies dämpft 2026 die Investitionstätigkeit der Unternehmen und mithin deren Nachfrage nach industriell gefertigten Produkten.

Die Wertschöpfung in der Warenherstellung erholte sich 2025 vom Einbruch des Vorjahres (real +1,2% nach -5,6%). Für 2026 erwartet das WIFO eine weitere Expansion, allerdings keine Beschleunigung, da die internationale Nachfrage nach Industriegütern schwächelt. Zwar bessert sich die Konjunktur

auch im Euro-Raum, jedoch entspricht der Produktionszuwachs auch dort nicht dem einer typischen Aufschwungsphase. Die deutsche Industrie sollte von der Erhöhung der Rüstungsausgaben ab der zweiten Jahreshälfte 2026 profitieren. Auch die von der öffentlichen Hand geplanten Bauvorhaben sollten die dortige Nachfrage stützen. Bis nach Österreich dürften die Impulse jedoch nicht reichen, da die heimische Industrie in diesen Bereichen kaum nach Deutschland zuliefert. In Österreich ist daher auch 2026 noch keine Belebung der Industriekonjunktur zu erwarten. Die Wertschöpfung in der Warenherstellung wird wie im Vorjahr um 1,2% wachsen (2027 +1,7%).

Abbildung 4: Produktion und Stimmung in der Herstellung von Waren



Q: Eurostat, Europäische Kommission, Macrobond. Industrieproduktion in ÖNACE 2008, Abschnitt C, saisonbereinigt. Vertrauensindikator für die Sachgütererzeugung gemäß Unternehmensbefragung der Europäischen Kommission, saisonbereinigt.

Übersicht 7: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,26	4,33	4,37	4,41	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	68,47	69,28	70,11	71,31	- 5,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,7
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	10,87	9,90	10,03	10,13	- 3,1	- 8,9	+ 1,3	+ 1,0
Bauwirtschaft	15,31	14,86	14,86	15,01	- 4,2	- 2,9	± 0,0	+ 1,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	38,33	38,68	39,02	39,53	- 3,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,3
Verkehr	19,81	19,75	19,85	20,05	- 1,5	- 0,3	+ 0,5	+ 1,0
Beherbergung und Gastronomie	10,95	10,79	10,86	10,97	- 0,3	- 1,4	+ 0,6	+ 1,0
Information und Kommunikation	16,81	16,94	17,11	17,28	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	16,78	16,79	17,15	17,63	+ 4,6	+ 0,1	+ 2,2	+ 2,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	32,00	32,86	33,19	33,59	+ 1,1	+ 2,7	+ 1,0	+ 1,2
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	35,66	35,22	35,75	36,43	- 1,9	- 1,2	+ 1,5	+ 1,9
Öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit ²⁾	62,67	64,45	65,10	65,75	+ 3,4	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	8,81	8,75	8,79	8,83	+ 0,9	- 0,7	+ 0,5	+ 0,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	339,92	341,35	344,83	349,45	- 1,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,3
Bruttoinlandsprodukt	380,18	382,52	385,86	390,87	- 0,7	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,3

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Übersicht 8: Produktivität

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 5,3	- 0,8	- 0,7	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,3
Erwerbstätige ¹⁾	+ 2,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7
Produktion je Erwerbstätigen	+ 2,4	- 1,6	- 1,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	- 0,3	- 0,2	- 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1
Stundenproduktivität ³⁾	+ 2,7	- 1,4	- 0,8	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5
Herstellung von Waren						
Bruttowertschöpfung, real	+ 8,3	- 3,3	- 5,6	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,7
Erwerbstätige ¹⁾	+ 2,3	+ 1,4	- 0,9	- 1,9	- 0,8	+ 0,4
Produktion je Erwerbstätigen	+ 5,9	- 4,7	- 4,8	+ 3,2	+ 2,0	+ 1,3
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	- 0,8	- 0,5	+ 0,8	- 0,1	- 0,2	- 0,2
Stundenproduktivität ³⁾	+ 6,8	- 4,2	- 5,5	+ 3,3	+ 2,2	+ 1,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ²⁾ Geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ³⁾ Produktion je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR.

2.3 Investitionsnachfrage bleibt schwach

Nach einem Rückgang um fast 4½% legten die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2025 um gut 9% zu (real). Vor allem Fahrzeuge und sonstige Ausrüstungen waren viel gefragter als im Vorjahr. Angesichts dieses starken Anstieges dürfte das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen 2026 deutlich auf 1,0% abflachen. Im kommenden Jahr sollte es sich im Zuge der Konjunkturbelebung wieder auf 2,2% beschleunigen.

Die österreichische Bauwirtschaft tritt 2026 nach vier Jahren teils massiver Einbußen in eine Phase der Stabilisierung über. Zwar ging der Produktionsindex für die Bauwirtschaft zu

Jahresbeginn zurück, allerdings dürfte das Winterwetter die Bautätigkeit belastet haben. Laut WIFO-Konjunkturtest war die herausfordernde Witterung ein wichtiges Hemmnis der Bauproduktion.

Angesichts der beträchtlichen Schrumpfung in den Vorjahren sowie des Bevölkerungswachstums dürfte die Nachfrage nach Wohnbauinvestitionen 2026 wieder etwas erstarren. Auf eine Erholung des Wohnbaus deuten auch die vermehrten Abschlüsse von Hypothekarkrediten in der zweiten Jahreshälfte 2025 hin.

Die Bauinvestitionen insgesamt werden 2026 dennoch nur stagnieren (+0,1%). Dies liegt

Die Bauinvestitionen durchbrechen 2026 ihren mehrjährigen Rückgang, werden jedoch zunächst nur stagnieren.

Die Budgetkonsolidierung wird auch die Kaufkraft der privaten Haushalte schmälern.

zum einen an der Zurückhaltung der öffentlichen Hand, die vor dem Hintergrund der Budgetsanierung viele Projekte gestoppt oder verschoben hat. Zum anderen wird auch die Baunachfrage von Unternehmen im laufenden Jahr noch schwächeln. Wachsen werden die Bauinvestitionen erst wieder 2027 (+1,1%). Die öffentliche Baunachfrage wird jedoch auch dann gering bleiben.

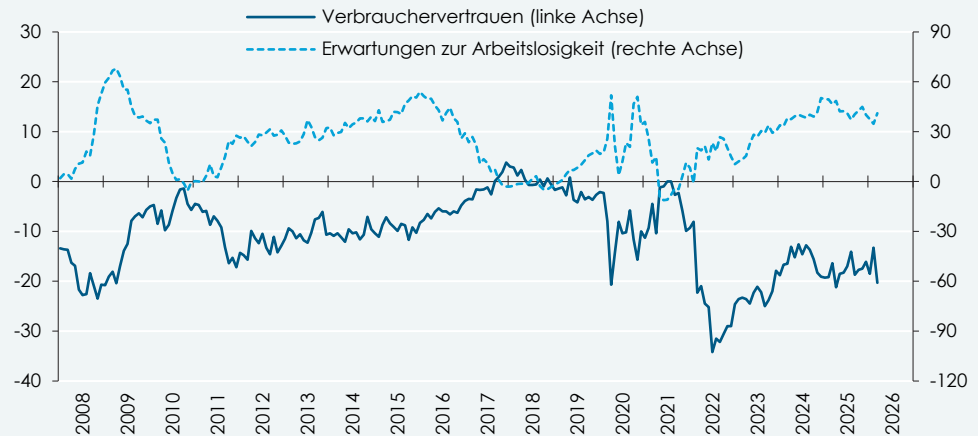
2.4 Konsum der privaten Haushalte legt leicht zu

Die hohe Inflationsrate des Jahres 2023 schmälerte die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, was ihren Konsum um 0,2% sinken ließ. Im Folgejahr ermöglichten hohe Lohnabschlüsse bei nachlassender Teuerung ein teilweises Nachholen des Konsums (+1%, real). 2025 verlor die private Konsumnachfrage dann wieder an Schwung und stieg lediglich um 0,5%.

Das WIFO rechnet auch für das laufende und das kommende Jahr mit einer Fortsetzung der gedämpften Ausgabendynamik. 2026 dürfte der Konsum der privaten Haushalte wie im Vorjahr um 0,5% wachsen.

Die von der Bundesregierung anvisierte Budgetkonsolidierung dämpft die Entwicklung der privaten Haushaltseinkommen. Zudem wird sich die Verteuerung fossiler Energieträger infolge des Iran-Krieges in der Inflationsentwicklung spiegeln. Neben den direkten Effekten auf die Haushaltseinkommen wird angesichts der zunehmenden Unsicherheit über die künftige Wirtschafts- und Inflationsentwicklung auch das Verbrauchervertrauen abnehmen. In den letzten Umfragen vor Ausbruch des Iran-Krieges hatte sich die Skepsis der privaten Haushalte hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit verringert. Die nunmehr gestiegene Unsicherheit könnte die Haushalte jedoch wieder zu vermehrtem Sparen veranlassen.

Abbildung 5: **Produktion und Stimmung in der Herstellung von Waren**
Saldo in %, saisonbereinigt



Q: Europäische Kommission, Macrobond.

Die real verfügbaren Haushaltseinkommen, die 2025 um 1,6% zurückgingen, dürften auch im laufenden Jahr nicht wachsen (0,0%). Verstärktes Sparen würde die privaten Konsumausgaben zusätzlich dämpfen. Das WIFO rechnet in seinem Hauptszenario mit einem Rückgang der Sparquote von 9,9% des verfügbaren Einkommens (2025) auf 9,4% 2026, was den Konsum stützen sollte. Für 2027 wird vor dem Hintergrund des unterstellten Inflationsrückgangs ein Wiederanstieg der real verfügbaren Einkommen erwartet. Der private Konsum dürfte dennoch nur unwesentlich um 0,6% zulegen.

2.5 Inflationsrate wieder nahe am Durchschnitt des Euro-Raumes

Die Inflationsrate halbierte sich im Jänner 2026 beinahe auf 2% (Dezember 2025: 3,8%), auch weil der Basiseffekt des Auslaufens der Strompreisbremse, der das ganze Jahr 2025 hindurch preistreibend gewirkt hatte, entfiel. Die Verteuerung fossiler Energieträger wird die Inflation allerdings vorübergehend erhöhen und somit ihren Rückgang im Jahresdurchschnitt bremsen. Gemäß Schnellschätzung verzeichneten sowohl Österreich als auch der Euro-Raum insgesamt im März wieder höhere Werte von 3,1% (harmonisiert) bzw. 2,5%.

Übersicht 9: Konsum, Einkommen und Preise

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real						
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 5,4	- 0,2	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Dauerhafte Konsumgüter	- 4,5	- 5,5	- 0,2	+ 2,9	+ 0,4	+ 1,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 6,6	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,6
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 2,5	- 0,7	+ 4,4	- 1,6	- 0,0	+ 0,6
In % des verfügbaren Einkommens						
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	9,1	8,6	11,7	9,9	9,4	9,4
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	8,5	8,1	11,1	9,2	8,8	8,8
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 5,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,8	+ 2,8	+ 1,4
Verbraucherpreise						
National	+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,3
Harmonisiert	+ 8,6	+ 7,7	+ 2,9	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,4
Kerninflation ²⁾	+ 5,1	+ 7,3	+ 3,9	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,6

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Übersicht 10: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 4,9	+ 7,1	+ 6,5	+ 3,6	+ 2,4	+ 2,6
Real ²⁾						
Brutto	- 3,4	- 0,6	+ 3,5	+ 0,0	- 0,3	+ 0,3
Netto	- 2,7	- 0,2	+ 3,5	- 0,4	- 0,5	+ 0,0
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde ³⁾						
Real ²⁾ , netto	- 2,4	- 0,1	+ 4,0	- 0,8	- 0,9	- 0,1
In %						
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾	61,9	62,9	65,5	65,9	65,5	65,4
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Lohnstückkosten ⁵⁾ , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 2,2	+ 8,4	+ 8,0	+ 3,2	+ 1,7	+ 2,0
Herstellung von Waren	- 0,7	+ 12,0	+ 11,9	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren ⁶⁾						
Nominell	- 1,5	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,3
Real	- 1,8	+ 3,4	+ 0,9	+ 2,2	+ 1,1	+ 0,4

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Laut VGR. – ⁴⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum BIP zu Faktorkosten, bereinigt um den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen (Personen laut VGR). – ⁵⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁶⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

In den ersten Wochen nach Ausbruch des Iran-Krieges war der Rohölpreis äußerst volatil. Die Schwankungen erschweren die auf Annahmen angewiesene Inflationsprognose. Auch Reaktionen der Geldpolitik lassen sich nur schwer abschätzen. Unter den im Hauptszenario unterstellten Rahmenbe-

dingungen zur Energiepreisentwicklung rechnet das WIFO mit einer Inflationsrate von 2,7% im Jahresdurchschnitt 2026. Für 2027 wird unter der Annahme einer anhaltenden Verbilligung von Erdöl (-14%) und Erdgas (-24%) ein weiterer Rückgang auf 2,3% erwartet.

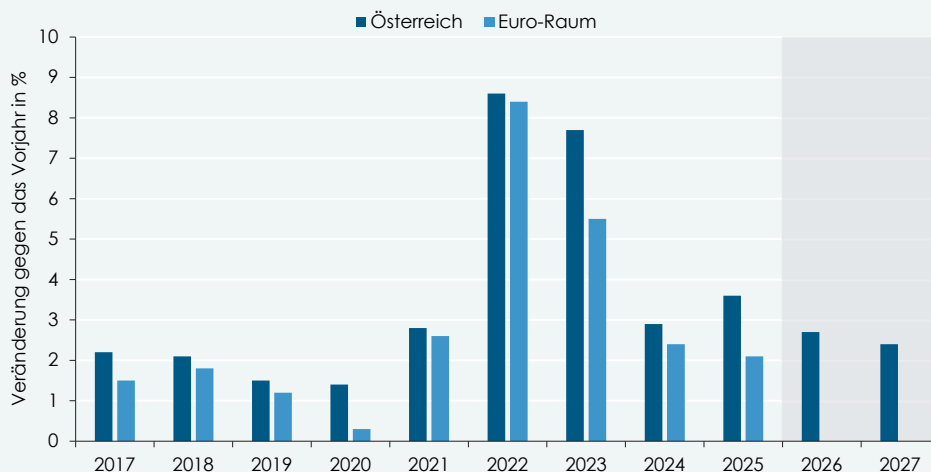
Trotz der jüngst deutlich gestiegenen Energiepreise wird die Inflation 2026 niedriger ausfallen als im Vorjahr.

Die hohen Preise für fossile Energieträger werden sich über die Produktionskette auch in den Preisen nachgelagerter Waren niederschlagen. Somit werden sich z. B. Düngemittel (und damit auch Nahrungsmittel), Chemikalien und Pharmazeutika verteuern.

Die Kerninflation (ohne Nahrungsmittel, Alkohol, Tabak und Energie, laut HVPI) wird 2026 mit 2,7% der Gesamtinflation entsprechen. 2027 dürfte die Kerninflationsrate geringfügig auf 2,6% sinken, damit aber die Gesamtinflation übertreffen.

Abbildung 6: **Verbraucherpreise in Österreich und dem Euro-Raum**

Laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVPI)



Q: Eurostat, Macrobond. 2026 und 2027: WIFO-Prognose.

2.6 Arbeitslosigkeit sollte Höchststand erreicht haben

Die jüngst überwundene Rezession hinterließ ihre Spuren auf dem heimischen Arbeitsmarkt wie üblich erst mit Verzögerung. Im ersten Rezessionsjahr 2023 war die unselbstständige aktive Beschäftigung mit +1,2% noch kräftig gewachsen, in den Jahren 2024 und 2025 jedoch kaum mehr (jeweils +0,2%). Auch die Arbeitslosenquote reagierte verzögert auf die Konjunktur. Nach 6,4% im Jahr 2023 erhöhte sie sich 2024 deutlich auf 7,0% und legte 2025 – trotz der Konjunkturbelebung – weiter auf 7,4% zu.

Zu Jahresbeginn 2026 verlief der Stellenaufbau mit +0,1% im Vorjahresvergleich äußerst zaghaf, allerdings beeinträchtigte die Witterung die Bauwirtschaft. Im Februar waren die Zuwächse wieder höher. Für das Gesamtjahr 2026 erwartet das WIFO eine Beschäftigungsausweitung um 0,5% (+18.000 Stellen). 2027 wird die leicht verbesserte Wirtschaftslage eine weitere Zunahme um 0,8% (+30.000 Stellen) ermöglichen. Die Zahl der von inländischen Arbeitskräften besetzten

Stellen wird sich auch über den Prognosehorizont weiter verringern.

Die Zunahme der Erwerbsbeteiligung gestattet trotz Rückgangs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter eine Ausweitung der Beschäftigung. Die erwerbsfähige Bevölkerung schrumpfte 2025 erstmals seit den 1970er-Jahren (um fast 10.000 Personen). Für 2026 erwartet Statistik Austria einen weiteren Rückgang um 12.600 Personen, der sich 2027 auf knapp 19.000 Personen beschleunigen soll.

Die Zahl der Arbeitslosen erreichte 2025 den höchsten Wert seit der COVID-19-Pandemie. Im Jahresdurchschnitt waren rund 394.000 Personen arbeitslos (einschließlich Personen in Schulung), um knapp 21.000 mehr als im Vorjahr. Für 2026 erwartet das WIFO keinen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt. Die Arbeitslosenquote wird demnach bei 7,4% verharren und erst im kommenden Jahr auf 7,1% sinken. Ermöglicht wird dies durch die schwungvollere Beschäftigungsausweitung und einen Arbeitslosigkeitsabbau um 10.000 Personen.

Der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter beschleunigt sich. Zugleich nimmt jedoch die Erwerbsbeteiligung zu.

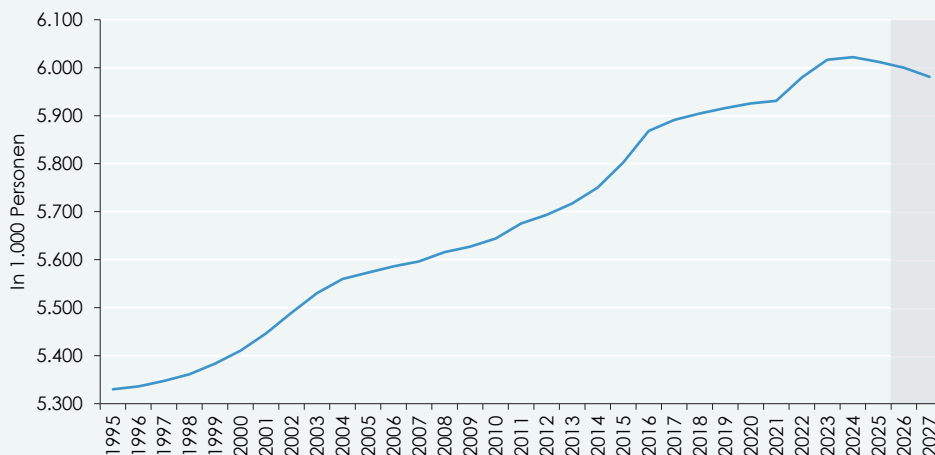
Übersicht 11: Arbeitsmarkt

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 116,2	+ 47,9	+ 13,0	+ 10,0	+ 23,0	+ 33,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 110,2	+ 44,8	+ 8,4	+ 6,9	+ 18,0	+ 30,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 22,9	- 9,0	- 16,7	- 19,8	- 8,0	- 4,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 87,4	+ 53,8	+ 25,0	+ 26,8	+ 26,0	+ 34,0
Selbständige ²⁾	+ 6,0	+ 3,1	+ 4,6	+ 3,1	+ 5,0	+ 3,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 48,6	+ 36,9	+ 5,6	- 9,7	- 12,6	- 18,9
Erwerbspersonen ³⁾	+ 47,6	+ 55,6	+ 40,0	+ 29,7	+ 22,0	+ 23,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	- 68,6	+ 7,7	+ 27,1	+ 19,7	- 1,0	- 10,0
Personen in Schulung	- 0,8	+ 1,0	+ 5,0	+ 1,0	- 3,0	- 1,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁴⁾	4,8	5,1	5,2	5,7	5,8	5,5
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	5,6	5,7	6,2	6,6	6,6	6,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	6,3	6,4	7,0	7,4	7,4	7,1
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen ³⁾	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,8
Arbeitslose (laut AMS)	- 20,7	+ 2,9	+ 10,0	+ 6,6	- 0,3	- 3,2
Stand in 1.000	263,1	270,8	297,9	317,5	316,5	306,5

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ³⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁴⁾ Labour Force Survey.

Abbildung 7: **Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter**

15 bis 64 Jahre



Q: Statistik Austria. 2026 und 2027: Bevölkerungsprognose von November 2025, Hauptvariante.

2.7 Budgetsanierung unter erschwerten Bedingungen

Mit der Eröffnung eines EU-Defizitverfahrens gegen Österreich hat der Druck zur Sanierung der Staatsfinanzen zugenommen. Ob-

wohl die budgetäre Ausgangslage etwas günstiger ist als ursprünglich erwartet, ist der avisierte Pfad mit den im Doppelhaushalt 2025/26 beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen nicht erreichbar. Für das laufende Jahr rechnet das WIFO mit einem Defizit von

Die Budgetprognose des WIFO folgt der "No-Policy-Change"-Annahme.

4,1% des BIP, für 2027 von 4,0% des BIP. Zur leichten Verbesserung trägt wesentlich der zurückhaltende öffentliche Konsum bei, insbesondere die moderaten Tarifabschlüsse im öffentlichen Sektor. Die Staatsschuld erreicht 2027 84,6% der Wirtschaftsleistung (2025: 81,5%).

Basierend auf der WIFO-Prognose wird die österreichische Bundesregierung im April einen vom Bundesministerium für Finanzen ausgearbeiteten Budgetplan für die kommenden beiden Jahre (Doppelhaushalt 2027/28) verabschieden. Die hier vorgelegte WIFO-Fiskalprognose berücksichtigt die in diesem Doppelbudget enthaltenen Einsparungsschritte nicht, sondern stellt nur dar, wie

sich die Staatsfinanzen entwickeln würden, falls es zu keinen neuen Maßnahmen kommt ("No-Policy-Change"-Annahme). Lediglich die bereits fixierte Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel ging in die Prognose ein. Sie verursacht dem Fiskus im laufenden Jahr Mindereinnahmen von rund 100 Mio. €.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor für die gesamtstaatliche Budgetprognose erwächst aus den fiskalischen Ergebnissen der Bundesländer und Gemeinden. Angesichts dynamischer Kostenentwicklungen ist ungewiss, ob und inwieweit die subnationalen Gebietskörperschaften die budgetären Zielvorgaben einhalten.

Übersicht 12: **Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	In % des BIP					
Fiskalpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	- 3,4	- 2,6	- 4,6	- 4,2	- 4,1	- 4,0
Primärsaldo des Staates	- 2,5	- 1,4	- 3,2	- 2,6	- 2,3	- 2,1
Staatseinnahmen	49,6	49,7	50,6	51,0	50,9	50,6
Staatsausgaben	53,0	52,3	55,3	55,2	55,0	54,5
Schuldenstand des Staates ¹⁾	78,1	77,8	80,0	81,5	83,4	84,6
	In %					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	0,3	3,4	3,6	2,2	2,0	2,1
Sekundärmarktrendite ²⁾	1,7	3,1	2,8	3,0	3,0	3,0

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Laut Maastricht-Definition. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

2.8 Energiepreisanstieg dämpft Treibhausgasemissionen

Österreichs Treibhausgasemissionen stiegen 2025 nach vorläufigen Berechnungen um 1,2%. Damit wurde der in den drei Jahren davor beobachtete Abwärtstrend unterbrochen. Gründe für den Anstieg waren u. a. die kältere Witterung, eine schwache Stromerzeugung aus Wind- und Wasserkraft und die bessere Konjunktur, die die Stahlerzeugung begünstigte.

Für 2026 erwartet das WIFO einen Rückgang der Emissionen um 3,5%. Die höheren Preise

für fossile Energieträger verringern den Energieverbrauch. Anhaltend emissionsdämpfend wirken der Heizungstausch, die Zunahme der Elektromobilität, die Beimischung nichtfossiler Kraftstoffe sowie der Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung.

2027 werden die genannten Trends weiterwirken. Die Preise für fossile Energieträger bleiben zwar vergleichsweise hoch, sinken jedoch wieder. Da sich die Konjunktur leicht verbessern wird, verringert sich der Treibhausgasausstoß 2027 etwas langsamer als im Vorjahr (-2%).

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, ursula.glauning@wifo.ac.at, victoria.ploechl@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleichen gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, liegen um Saison- und Kalendereffekte (bewegliche Feiertage oder eine unterschiedliche Zahl an Arbeitstagen in der Periode) bereinigte Daten zugrunde.

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und kalenderbereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Bereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang gibt an, wie stark das BIP im Folgejahr t_1 (auf Basis saison- und kalenderbereinigter Werte) wachsen bzw. schrumpfen würde, wenn die Wirtschaftsleistung das gesamte Jahr hindurch auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres t_0 verharrt. Er beschreibt damit den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf des Vorjahres auf die Veränderungsrate des Folgejahres.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2020/2025 als 1. Veränderungsrate jene von 2020 auf 2021, als letzte jene von 2024 auf 2025 (geometrisches Mittel).

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) gegenüber dem Vorjahr. Der VPI ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb des Euro-Raumes (siehe auch <https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/preise-und-preisindizes/verbraucherpreisindex-vpi/hvpi>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist international nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Positionen Lebensmittel, Alkohol und Tabak und Energie zu verwenden. So werden rund 80% der im österreichischen VPI-Warenkorb (VPI 2025) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 2.000 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Er ist Teil des gemeinsamen harmonisierten Programms der EU für Konjunkturumfragen bei Unternehmen und Verbrauchern (BCS) und wird von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt.

Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind entweder Anteile oder Salden zwischen dem Anteil positiver und negativer Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot (Summe aus Arbeitslosen und unselbständig Beschäftigten). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen befinden sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen. Für die Berechnung der gängigen Arbeitslosenquote wird ihre Zahl nicht berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Armutsgefährdungsquote und S80/S20-Verhältnis

Als armutsgefährdet gelten gemäß EU-Definition Personen, deren bedarfsgewichtetes Nettohaushaltseinkommen (Äquivalenzeinkommen) unter 60% des nationalen Medianeinkommens liegt. Die Quote bezeichnet den Anteil dieser Personen an der Bevölkerung in privaten Haushalten.

Der S80/S20-Indikator, ein Maß der Einkommensungleichheit, beschreibt das Verhältnis der gesamten Äquivalenzeinkommen im obersten Einkommensquintil der privaten Haushalte zu jenem im untersten Einkommensquintil. Die Zeitangabe bezieht sich auf das Einkommensreferenzjahr der Datenbasis (Eurostat, EU-SILC 2024) bzw. der Simulation (EUROMOD J2.0+). Für alle Schlussfolgerungen sind ausschließlich die Autor:innen verantwortlich.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

2/2026 **Hohe Strompreise trotz günstiger Erneuerbarer? Ein Vorschlag, CO₂- und Strompreise teilweise zu entkoppeln**

Simon Finster, Bernhard Kasberger, Simon Rütten

Der europäische Stromgroßhandel erzeugt einen strukturellen Zielkonflikt: Obwohl erneuerbare Energien nahezu keine laufenden Kosten verursachen, treiben CO₂-Zertifikatskosten fossiler Kraftwerke den einheitlichen Großhandelspreis nach oben. Die daraus resultierenden Zusatzerlöse nichtfossiler Erzeuger erhöhen die Großhandelskosten der Verbraucherseite, schwächen Anreize zur Elektrifizierung und belasten die industrielle Wettbewerbsfähigkeit. Das WIFO Working Paper 725/2026 ("A Market Design Proposal for Decoupling Carbon and Electricity Prices") schlägt eine Änderung der Abrechnung im Stromgroßhandel vor: Liegt der Day-Ahead-Preis über einem Schwellenwert, erhalten nichtfossile Kraftwerke den Marktpreis abzüglich eines CO₂-Proxy-Abschlags. Der Mechanismus verteilt einen Teil der inframarginalen Renten an die Verbraucherseite um, ohne den CO₂-Preis selbst oder die Einsatzreihenfolge der Kraftwerke zu verändern. Statische Berechnungen auf Basis stündlicher Daten für 2025 ergeben Einsparungen von rund 8,5% in Österreich und 4,7% in Deutschland (gemessen an den durchschnittlichen Beschaffungskosten auf dem Day-Ahead-Markt; Netzentgelte und Abgaben bleiben unberücksichtigt). Die größere Entlastung in Österreich ergibt sich daraus, dass in Hochpreisstunden überproportional viel Wasserkraft verfügbar ist. Eine Variante für Gaspreiskrisen hätte in der zweiten Jahreshälfte 2022 die durchschnittlichen Großhandelskosten um rund 30% (Österreich) bzw. 25% (Deutschland) gesenkt.

April 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/64303039>

Frühere Ausgaben

1/2026 **Lohnunterschiede von Frauen und Männern in Österreich von 2011 bis 2024**

René Böheim, Marian Fink, Christine Zulehner

März 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67391288>

14/2025 **Abschätzung des altersbedingten Abgangs von Fachkräften auf regionaler Ebene**

Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Thomas Url

Dezember 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/65098352>

13/2025 **Kurzanalyse der aktuellen Mietenregulierung in Österreich**

Michael Klien, Peter Reschenhofer

November 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/64303039>

12/2025 **WIFO-Inflationsprognose 2025/26 vom Oktober 2025**

Josef Baumgartner

Oktober 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/63049664>

11/2025 **Älterenbeschäftigungsquoten bis 2030**

Thomas Horvath, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber

Juli 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60174119>

10/2025 **Frühzeitiges Monitoring der Ziele für eine nachhaltige und inklusive Entwicklung in Österreich – Aktualisierung 2025. Bewertung der Entwicklung von SDG 8 auf Basis der WIFOKonjunkturprognose und Nowcasts**

Sandra Bilek-Steindl, Thomas Url

August 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/61123742>

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-research-briefs/>

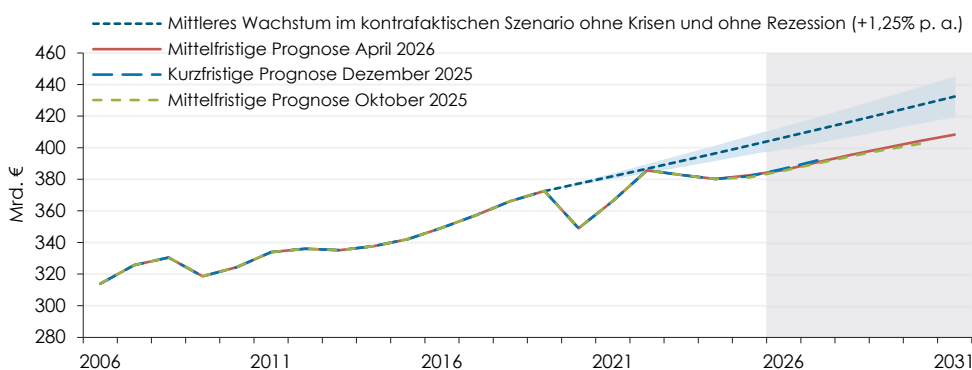
Mittelfristiges Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund anhaltender struktureller Schwächen verhalten

Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031

Josef Baumgartner, Marian Fink, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik

- Nach zwei Jahren Rezession und einer leichten Erholung im Vorjahr (+0,6%) dürfte Österreichs Wirtschaft 2026 um 0,9% wachsen. Für 2026/2031 erwartet das WIFO ein reales BIP-Wachstum von 1,1% pro Jahr.
- Da das Wirtschaftswachstum leicht über dem Trendwachstum (+0,9% p. a.) liegen wird, schließt sich die Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraumes.
- Das Arbeitsangebot nimmt demografisch bedingt nur geringfügig zu, wodurch die Arbeitslosenquote bis 2031 auf voraussichtlich 5,7% zurückgehen wird.
- Infolge des Iran-Krieges wird die Inflationsrate im laufenden Jahr bei 2,7% zu liegen kommen, erst 2028 den Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2% erreichen und mittelfristig dort verharren.
- Das Budgetdefizit wird über den Prognosehorizont durchschnittlich knapp 4% des BIP betragen, womit die EU-Vorgaben ohne weitere Maßnahmen klar verfehlt werden. Die Staatsschuld dürfte damit bis 2031 auf knapp 556 Mrd. € anwachsen (+138 Mrd. € gegenüber 2025) und die Staatsschuldenquote 90% des BIP erreichen (+8½ Prozentpunkte).

Vergleich der mittelfristigen WIFO-Prognosen zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



Die COVID-19-Krise (2020), die Energiepreiskrise (2022/23) und die Rezession der Jahre 2023/24 haben den Wachstumspfad der österreichischen Wirtschaft nachhaltig nach unten verschoben. Im Prognosezeitraum 2026/2031 begrenzen strukturelle Schwächen die wirtschaftliche Entwicklung (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Blaue Schattierung: Wachstumstrichter im kontrafaktischen Szenario ohne Krisen und ohne Rezession: Obergrenze +1,5% jährliches BIP-Wachstum, Untergrenze +1,0% jährliches BIP-Wachstum).

"Die Wertschöpfungseinbußen im Zeitraum 2020/2031 sind beträchtlich. Je nach den Annahmen zum durchschnittlichen Wachstum im kontrafaktischen Szenario ohne Krisen und Rezession liegen sie kumuliert zwischen 141 Mrd. € und 300 Mrd. €."

Mittelfristiges Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund anhaltender struktureller Schwächen verhalten

Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031

Josef Baumgartner, Marian Fink, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik

Mittelfristiges Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund anhaltender struktureller Schwächen verhalten.

Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031

Österreichs Wirtschaft erholt sich nur schleppend von der Rezession der Jahre 2023/24. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind die Energiepreise und die Lohnstückkosten hierzulande kräftiger gestiegen, wodurch insbesondere die energieintensive Exportwirtschaft auch mittelfristig Wettbewerbsnachteile haben wird. Die österreichische Wirtschaft wird daher verglichen mit dem Euro-Raum insgesamt nur unterdurchschnittlich expandieren. Das WIFO erwartet 2026/2031 ein durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum von 1,1% und ein Trendwachstum (laut der Methode der Europäischen Kommission) von 0,9% p. a. (Ø 2010/2019 +1,1% p. a.). Der demografische Wandel verstärkt die Arbeitskräfteknappheit. Dies trübt einerseits den mittelfristigen Ausblick, dämpft jedoch andererseits merklich die Arbeitslosigkeit: nach 7,4% 2025 wird die Arbeitslosenquote bis 2031 auf voraussichtlich 5,7% zurückgehen. Infolge des Iran-Krieges haben sich Mineralölprodukte und Erdgas kräftig verteuert. Die Inflationsrate wird daher 2026 bei 2,7% und 2027 bei 2,3% zu liegen kommen und das Inflationsziel von 2% erst ab 2028 erreicht. Die Defizitquote liegt im Prognosezeitraum – ohne die Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des noch zu beschließenden Doppelhaushaltes 2027/28 – mit durchschnittlich knapp 4% des nominellen BIP deutlich über dem 3%-Ziel. Die Staatsschuld steigt dadurch bis 2031 auf 90% der nominellen Wirtschaftsleistung (2025: 81,5%).

Medium-term Economic Growth Remains Subdued Due to Persistent Structural Weaknesses. Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2026 to 2031

Austria's economy is recovering slowly from the recession of 2023-24. Compared to other European countries, energy prices and unit labour costs have risen more sharply in Austria, causing competitive disadvantages, particularly for the energy-intensive export sector, to persist even in the medium term. The Austrian economy in 2026-2031 will therefore grow at a slower rate than the euro area average. WIFO expects average annual economic growth of 1.1 percent in 2026-2031 and trend growth (according to the European Commission's methodology) of 0.9 percent p.a. (Ø 2010-2019 +1.1 percent p.a.). Demographic change is intensifying the labour shortage. On one hand, this dampens the medium-term outlook, but on the other hand, it significantly reduces unemployment: after 7.4 percent in 2025, the unemployment rate is expected to decline to 5.7 percent by 2031. Due to the sharp rise in prices for petroleum products and natural gas caused by the war in Iran, the inflation rate is projected to reach 2.7 percent in 2026 and 2.3 percent in 2027, with the 2 percent inflation target not being met until 2028. Without the consolidation measures under the 2027-28 two-year budgetary plan, which has yet not been adopted, the deficit ratio averages just under 4 percent of nominal GDP over the forecast period, considerably above the 3 percent target, causing public debt to rise to 90 percent of nominal GDP by 2031 (2025: 81.5 percent).

JEL-Codes: E32, E37, E66, D31 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich

Der vorliegende Beitrag basiert für die Jahre 2026 und 2027 auf der WIFO-Konjunkturprognose vom April 2026 (Scheiblecker & Ederer, 2026, in diesem Heft). Die Annahmen zur internationalen Entwicklung wurden am 18. März 2026 festgelegt. Weitere Informationen zur Entwicklung im Inland, die bis zum 7. April 2026 vorlagen, wurden in dieser Prognose berücksichtigt. Die Berechnungen erfolgten mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner et al., 2005). • Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Begutachtung: Christian Glocker, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Victoria Plöchl (victoria.ploechl@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 24. 4. 2026

Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Marian Fink (marian.fink@wifo.ac.at), Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at), Serguei Kaniovski (serguei.kaniovski@wifo.ac.at)

Die derzeitige Verlangsamung der Weltkonjunktur ist den neuerlichen Verwerfungen auf den internationalen Energiemärkten zuzuschreiben. Rohöl, Erdgas und darauf beruhende Güter wie Mineralölprodukte und Kunstdünger haben sich infolge des Iran-Krieges deutlich verteuert.

Die vorliegende Vorausschau bis 2031 fußt auf der WIFO-Konjunkturprognose für die Jahre 2026/27 (siehe Scheiblecker & Ederer,

2026, in diesem Heft) und schreibt das dort präsentierte Hauptszenario bis 2031 fort¹⁾.

Die Aussichten für die österreichische Wirtschaft haben sich seit dem letzten Update der mittelfristigen Prognose vom Oktober 2025 (Baumgartner & Kaniowski, 2025) kaum aufgehellt. Die leichte Verbesserung der internationalen Konjunktur und die gemäßigte Belebung des privaten Konsums, die vor Ausbruch des Iran-Krieges erkennbar waren, wurden durch den neuerlichen Energiepreisschock ausgebremst. Die heimische Wirtschaft erholt sich daher nur schleppend von der **Rezession 2023/24 (-3,4% p. a.)**. Für den **Prognosezeitraum 2026/2031** erwartet das WIFO einen **durchschnittlichen jährlichen BIP-Zuwachs von 1,1%** (Ø 2010/2019 +1,6% p. a.; Übersicht 2). Österreichs Wirtschaft dürfte damit um 0,1 Prozentpunkt p. a. schwächer wachsen als der Durchschnitt der Euro-Länder (Abbildung 1).

Mittel- bis langfristig werden nach Einschätzung des WIFO in erster Linie strukturelle Hemmnisse das Wachstum bremsen. Dazu zählen neben der Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel infolge höherer Lohn- und Energiepreissteigerungen auch Probleme hinsichtlich der Integration von Migrant:innen in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt sowie die geringe Erwerbsbeteiligung von Älteren

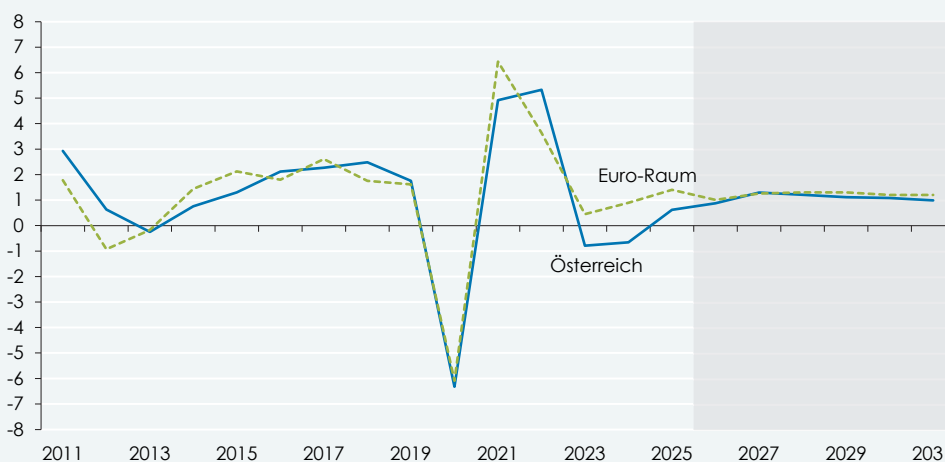
(Felbermayr, 2024). Des Weiteren sind europäische Industrieunternehmen mit vermehrter Konkurrenz aus Asien konfrontiert, und der Zugang zum amerikanischen Markt wird angesichts der dortigen Zollpolitik eingeschränkt bleiben. Zudem bringen der technologische und der demografische Wandel sowohl Mismatch-Probleme als auch Arbeitskräfteknappheit mit sich. Das Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung erleichtert andererseits den Abbau der Arbeitslosigkeit, wodurch die Arbeitslosenquote bis 2031 auf 5,7% zurückgehen wird (2025: 7,4%).

Der Preisaufrieb schwächt sich 2026 wegen des Iran-Krieges nur auf +2,7% und damit langsamer ab als vor Kriegsausbruch unterstellt²⁾. Ohne weitere Maßnahmen – neben jenen, die von der österreichischen Bundesregierung bis Ende März 2026 bereits getroffen bzw. angekündigt wurden – wird die Inflationsrate auch 2027 (2,3%) über dem angestrebten Zielwert von 2% bleiben; dieser wird erst 2028 erreicht (Ø 2026/2031: 2,2% p. a.).

Die Defizitquote wird unter den derzeitigen Rahmenbedingungen über den gesamten Prognosezeitraum bei durchschnittlich knapp 4% des nominellen BIP liegen. Um das 3%-Ziel zu erreichen, sind daher in der Budgeterstellung für die Jahre ab 2027 weitere Konsolidierungsschritte notwendig³⁾.

Abbildung 1: **Wirtschaftswachstum in Österreich und im Euro-Raum**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

¹⁾ Im Hauptszenario der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose dauert der Iran-Krieg bis Ende Mai 2026. Fossile Brennstoffe verteuern sich merklich, nach Kriegsende bilden sich die internationalen Energiepreise aber kontinuierlich zurück. Gemäß den Markterwartungen dürften die Preise von Erdgas bis 2028 und von Rohöl bis 2031 wieder auf den Pfad zurückkehren, der vor dem Iran-Krieg unterstellt wurde (siehe dazu Abbildung 1 in Scheiblecker & Ederer, 2026, und Abbildung 2 in diesem Beitrag).

²⁾ Unter Berücksichtigung des kräftigen Rückgangs der Inflation im Jänner und Februar 2026 hatte das WIFO vor Ausbruch des Iran-Krieges für das Jahr 2026 eine Teuerung von rund 2% erwartet (siehe dazu Selektiv, 2026).

³⁾ Auch das Fiskalratsbüro (2026) kommt in seiner Analyse des Staatshaushaltes 2026/27 zu einem sehr ähnlichen Ergebnis.

1. Internationale Rahmenbedingungen

1.1 Annahmen zur Energiepreisentwicklung

Erdgas dürfte im Zeitraum 2026/2030 rund doppelt so viel und Strom fast 2½-mal so viel kosten wie noch 2018/2020.

Die Dauer und der weitere Verlauf des Iran-Krieges beeinflussen maßgeblich den Konjunkturausblick. Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass die Kampfhandlungen am Persischen Golf ab Juni 2026 dauerhaft eingestellt werden. Die unterstellten Preis-pfade für Rohöl, Erdgas und Strom entsprechen für 2026/27 jenen des Hauptszenarios der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose (Scheiblecker & Ederer, 2026 sowie Fuß-note 1 in diesem Beitrag) und basieren für die Jahre 2028/2031 auf den durchschnittlichen Markterwartungen gemäß den Futures-Notierungen von Anfang April (Übersicht 1, Abbildung 2).

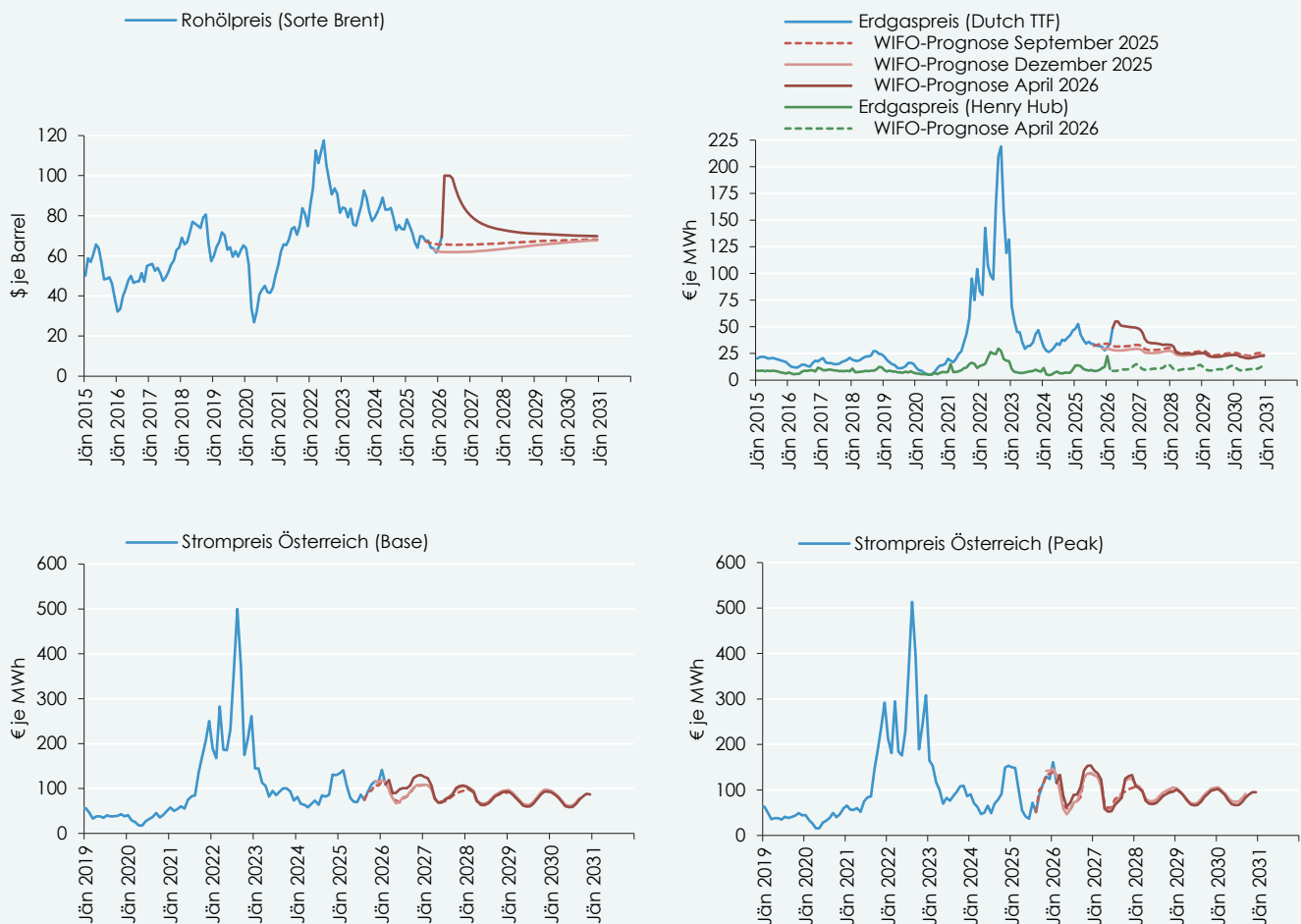
Das WIFO unterstellt für 2026 einen **Rohöl**-preis von 88 \$ je Barrel (Sorte Brent; Jahres-durchschnitt) und nach Kriegsende einen schrittweisen Rückgang auf 70 \$ je Barrel bis 2031. Die Großhandelspreise für **Erdgas und Strom** (gemäß Dutch TTF bzw. den Strom-

Futures für Österreich) dürften auf Basis der Markterwartungen nach einem Anstieg im Jahr 2026 in den Folgejahren ebenfalls wie-der zurückgehen.

Energie wird jedoch auch mittelfristig teurer bleiben als vor dem Energiepreisschock 2021/22: Erdgas dürfte im europäischen Großhandel 2026/2030 durchschnittlich dop-pelt so viel, Strom fast 2½-mal so viel kosten wie im Zeitraum 2018/2020. In den USA dürf-ten die Großhandelspreise für Erdgas (ge-mäß Henry Hub, Abbildung 2) dagegen nur leicht über dem Niveau vor der COVID-19-Pandemie zu liegen kommen, womit Erdgas dort deutlich billiger bleiben wird als in Eu-ropa. 2026 beträgt der Abstand voraussicht-lich 76% und 2030 noch rund 50%. Dieser Wettbewerbsnachteil der energieintensiven exportorientierten Industrie gegenüber der Konkurrenz in den USA wird somit über den gesamten Prognosehorizont bestehen blei-ben.

Abbildung 2: **Energiepreise**

Monatliche Entwicklung internationaler Notierungen



Q: HWWI, IWF, European Energy Exchange, Intercontinental Exchange, US Energy Information Administration, CME Group, Macrobond, OeNB, WIFO-Berechnungen.

1.2 Annahmen zur Geldpolitik

Hinsichtlich der **Geldpolitik der USA** erwartet das WIFO für das II. Quartal 2026 eine erneute Zinssenkung um ¼ Prozentpunkt. Auf der Basis eines adaptierten Taylor-Regel-Modells wird bis zum II. Quartal 2027 mit weiteren Senkungen gerechnet. Der Dreimonatszinssatz sinkt dadurch bis Ende 2027 auf 2½% (2025: 4¼%) und verharrt in den Folgejahren auf diesem Niveau (Abbildung 3).

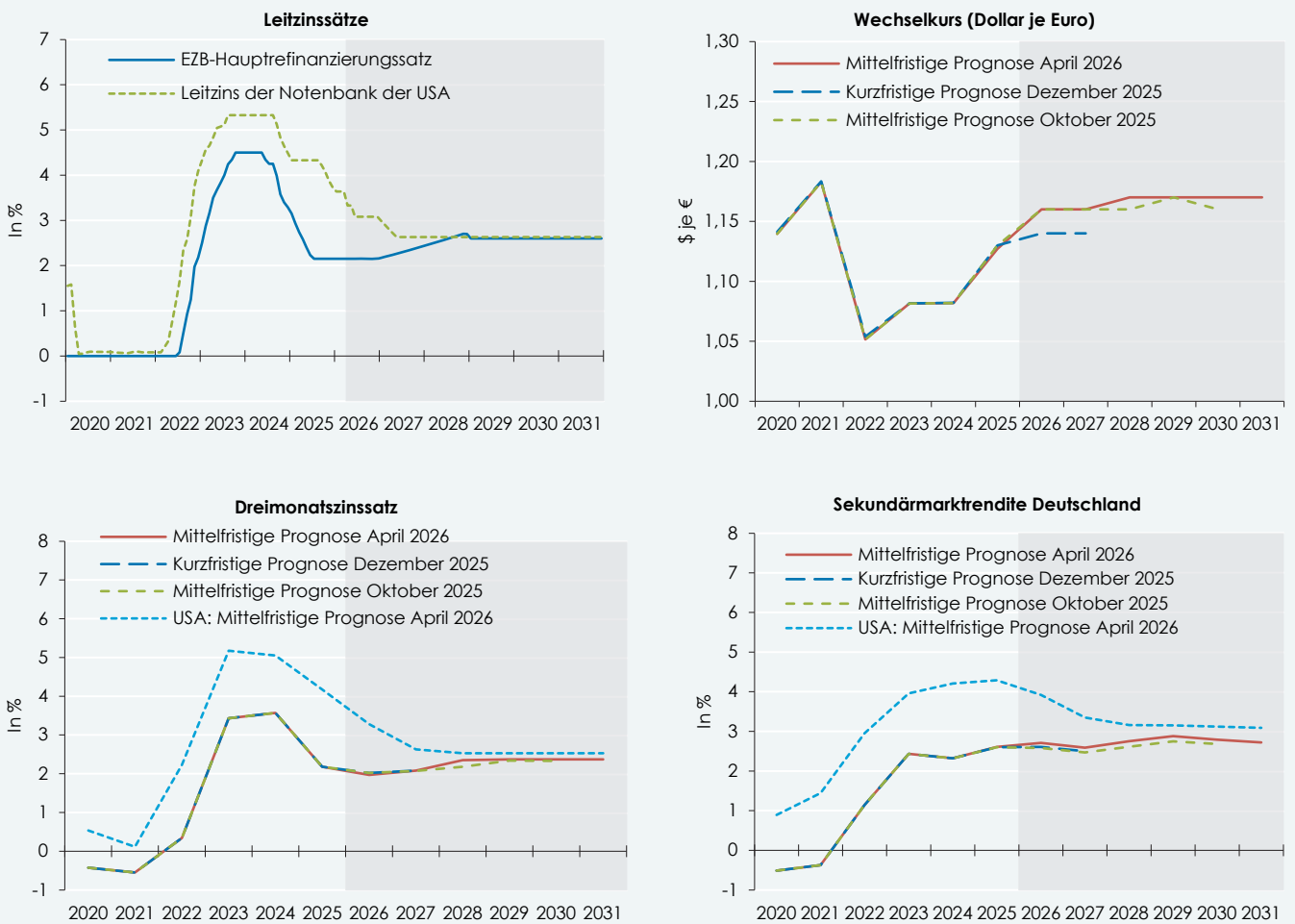
Die **EZB** wird ihre **Geldpolitik** 2026 unverändert lassen und sie 2027 wieder etwas straffen. Folglich steigt der Dreimonatsgeldmarktsatz leicht von 2,0% (2026) auf 2,4% (2028/2031). Die Sekundärmarktrendite auf

10-jährige deutsche Bundesanleihen dürfte ebenfalls geringfügig zulegen (von 2,7% 2026 auf 2,9% 2029). Der Abbau der im Zuge des Pandemie-Notfallankaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) angekauften Staatsanleihenbestände wird im Prognosezeitraum – nach einer ungewöhnlich langen Phase einer inversen Zinsstruktur durch umfangreiche Zentralbank-Interventionen auf den europäischen Anleihenmärkten – die Normalisierung des Zinsgefüges unterstützen.

Der **Wechselkurs** des **Dollar** gegenüber dem **Euro** bleibt auf Basis der Konjunktur- und Zinsentwicklung in den beiden Wirtschaftsräumen nahezu konstant bei rund 1,16 \$ je Euro.

Die EZB wird ihre Geldpolitik ab 2027 wieder etwas straffen. Der Dreimonatszinssatz wird von 2,0% im Jahr 2026 auf 2,4% (2028/2031) steigen.

Abbildung 3: Monetäre Rahmenbedingungen



Q: Europäische Zentralbank, Federal Reserve Bank, Oxford Economics, WIFO-Berechnungen.

1.3 Annahmen zur internationalen Konjunktur

In den **fünf für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Ländern bzw. Ländergruppen** (Euro-Raum, MOEL 5, USA, China, Schweiz) wuchs das reale BIP 2025 um 1,8% (exportgewichtet; Ø 2010/2019 +2,1% p. a.;

Übersicht 1). Aufgrund der anhaltenden Verwerfungen in der Weltwirtschaft (Energiepreise, Handelspolitik der USA) bleibt das Marktwachstum mittelfristig verhalten. Im Prognosezeitraum 2026/2031 erwartet das WIFO in den fünf wichtigsten Handels-

In den für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Partnerländern wird 2026/2031 ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 1½% p. a. erwartet.

räumen ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 1½%⁴⁾.

Im **Euro-Raum** wird sich das Wachstum nach der Schwächephase der Jahre 2023/2025 (+0,9% p. a.) leicht auf voraussichtlich 1¼% p. a. beschleunigen. In den **MOEL 5** wird der BIP-Zuwachs 2026/27 2½% betragen und bis 2031 auf 1,9% zurückgehen (Übersicht 1, Abbildung 4).

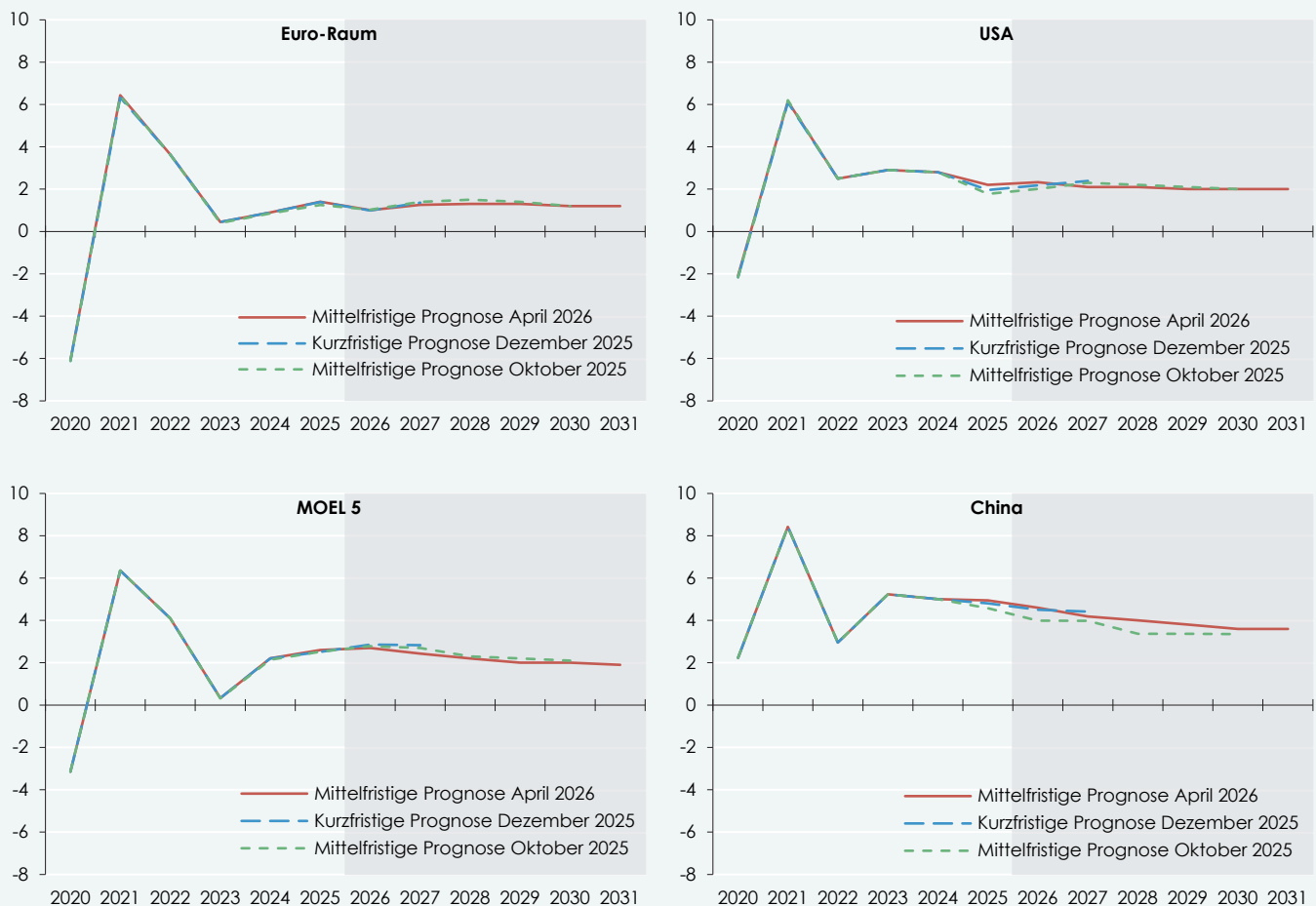
Chinas Wirtschaft dürfte 2025 um knapp 5% gewachsen sein. Angesichts der Handelskonflikte, insbesondere mit den USA und möglicherweise auch mit der EU, und verschiedenen strukturellen Herausforderungen (Lui, 2024) erwartet das WIFO mittelfristig eine Verlangsamung auf 3½% (Ø 2021/2025 +5,3% p. a.).

Die **USA** könnten infolge ihrer Zollpolitik mittelfristig von Standortverlagerungen, die im

Besonderen energieintensive Industriezweige aus Übersee erwägen, profitieren. Zusätzlich kommt ihnen weiterhin die Verschiebung der europäischen Energienachfrage von russischem Erdgas zu Flüssiggas (LNG) zugute. Der Iran-Krieg und die Sperre der Straße von Hormus haben darüber hinaus das Flüssiggasangebot aus den Golfstaaten (vor allem Katar) verknappt, woraus amerikanische LNG-Produzenten länger einen Nutzen ziehen dürften. Gebremst wird das Wirtschaftswachstum in den USA von einer Verringerung des Arbeitskräftepotenzials infolge der Deportation von Migrant:innen ohne Aufenthaltstitel und des insgesamt restriktiveren Zugangs zum Arbeitsmarkt. Am härtesten trifft dies arbeitsintensive Produktionsbereiche (z. B. die Landwirtschaft) und die Dienstleistungen. Alles in allem wird die Wirtschaft der USA im Zeitraum 2026/2031 um durchschnittlich rund 2% p. a. expandieren (Ø 2021/2025 +3,3% p. a.).

Abbildung 4: Angenommene Wirtschaftsentwicklung in vier wichtigen Handelspartnerregionen

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen, Oxford Economics. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

⁴⁾ Für die Jahre 2026/27 wurden die Annahmen zur Entwicklung der internationalen Wirtschaft von Scheiblecker und Ederer (2026) übernommen. Für die Periode 2028 bis 2031 basieren sie auf einer durch das

WIFO angepassten Variante der Weltprognose von Oxford Economic Forecasting (Global Economic Forecast, Basisszenario) vom 24. Februar 2026.

Übersicht 1: Internationale Konjunktur

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Euro-Raum	+ 1,4	+ 2,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2
MOEL 5 ¹⁾	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9
USA	+ 2,4	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Schweiz	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3
China	+ 7,7	+ 5,3	+ 4,0	+ 4,9	+ 4,6	+ 4,2	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,6
Insgesamt, exportgewichtet ²⁾	+ 2,1	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5
Annahmen zur Prognose										
Rohölpreis, Brent	\$ je Barrel	80	80	74	68	88	76	72	71	70
Erdgaspreis, Dutch TTF	€ je MWh	–	59	31	37	48	37	26	23	22
Strompreis Österreich										
Base	€ je MWh	–	130	88	99	111	94	82	77	75
Peak	€ je MWh	–	134	93	92	114	98	87	84	84
Wechselkurs	\$ je €	1,23	1,10	1,17	1,13	1,16	1,16	1,17	1,17	1,17
Internationale Zinssätze										
Dreimonatszinssatz	in %	0,2	1,8	2,3	2,2	2,0	2,1	2,4	2,4	2,4
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,1	1,6	2,7	2,6	2,7	2,6	2,8	2,9	2,8

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ²⁾ Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

2. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich

2.1 Gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Die Prognose der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung in Österreich bis 2031 baut auf dem Hauptszenario der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose für 2026/27 auf (Scheiblecker & Ederer, 2026, in diesem Heft) und stützt sich auf die Annahmen zur internationalen Entwicklung (Kapitel 1) sowie zur österreichischen Fiskalpolitik (Kapitel 2.5). Es handelt sich um eine modellgestützte Expert:innenprognose unter Einsatz des WIFO-Macromod (Baumgartner et al., 2005). Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Österreich folgt das WIFO in seinen Prognosen einer semi-restriktiven "No-Policy-Change"-Annahme⁵⁾.

Das **real verfügbare Haushaltseinkommen** dürfte **2026** aufgrund der höheren Inflation infolge des Iran-Krieges **stagnieren** und über den Prognosezeitraum **2026/2031** um **+1½% p. a.** zunehmen. Ein **Rückgang** der im langjährigen Vergleich (Ø 2010/2019: 8,0%) hohen **Sparquote** der privaten Haushalte von knapp 10% 2025 auf 8% im Jahr 2031 ermöglicht dennoch eine Ausweitung des **privaten Konsums** um **+¾%** pro Jahr (Übersicht 2, Abbildungen 5 und 6). Getragen wird sie durch die hohe Ersparnisbildung der Vorjahre und einen anhaltenden Abbau der Arbeitslosigkeit (siehe Kapitel 2.3).

Die **Warenexporte** hängen von der internationalen Konjunktur ab. Für die Jahre 2026/2031 unterstellt das WIFO für die wichtigsten Zielregionen ein durchschnittliches Marktwachstum von 1½% p. a. (siehe Kapitel 1). Die Exporte (i. w. S.) nehmen folglich jährlich um voraussichtlich 2,1% zu (Ø 2021/2025 +3,1% p. a.; Übersicht 3). Für die **Importe** i. w. S., die von der Inlandskonjunktur, den Exporten sowie der Nachfrage nach Investitions- und dauerhaften Konsumgütern abhängen, wird in den Jahren 2026 bis 2031 ein Wachstum von 2,0% p. a. erwartet. Der Überschuss im Außenbeitrag gemäß ESVG dürfte damit leicht von 2,4% (2025) auf 2,7% des nominellen BIP (2031) zunehmen.

Die **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstiger Anlageinvestitionen) stagnierten im Durchschnitt der Jahre 2022/2024 infolge der Industrierezession. Der Zuwachs von 5% im Jahr 2025 wird als kurzlebig eingeschätzt (siehe Scheiblecker & Ederer, 2026). Die Unsicherheit über die künftige Nachfrageentwicklung sowie die erschwerte Innenfinanzierung der Unternehmen infolge geringerer Bruttobetriebsüberschüsse lassen im Prognosezeitraum lediglich eine zaghafte Erholung erwarten (Ø 2026/2031 +2¼% p. a.). Die angestrebte emissionsärmere Produktionsweise würde zwar verstärkte Investitionen in die Energiewende erfordern, angesichts

Auf die dreijährige Konjunkturschwäche (Ø 2023/2025 –0,4% p. a.) folgt eine fragile Erholung; das mittelfristige Wirtschaftswachstum beträgt voraussichtlich 1,1% p. a.

Gestützt vom Rückgang der Sparquote zieht der private Konsum nach der rezessionsbedingten Schwächephase wieder etwas an und wächst über den Prognosehorizont um durchschnittlich +¾% p. a.

⁵⁾ Im Allgemeinen werden nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen berücksichtigt. Unter bestimmten Umständen wird von dieser Regel abgewichen (daher semi-restriktiv): Erstens dann, wenn der Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess bereits weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse,

wenn für deren Umsetzung eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint) und zweitens, wenn zur betreffenden Regelung sowohl ein klarer Zeitplan als auch hinreichend detaillierte Informationen vorliegen, die eine quantitative Einschätzung ermöglichen.

der geopolitischen Unsicherheit und der im EU-Vergleich höheren Strom- und Erdgaspreise⁶⁾ dürfte jedoch insbesondere die

österreichische Industrie weiter zurückhaltend investieren.

Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
Veränderung in % p. a.										
Bruttoinlandsprodukt										
Real	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0
Nominell	+ 3,3	+ 6,2	+ 3,1	+ 3,8	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,9
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 5,1	+ 2,2	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 4,2	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,5	+ 6,5	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5
Pro Kopf, real ²⁾	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5
In %										
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,6	5,4	5,3	5,7	5,8	5,5	5,3	5,2	5,0	4,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,0	6,6	7,4	7,4	7,1	6,8	6,4	6,0	5,7
In % des BIP										
Außenbeitrag	3,2	1,4	2,6	2,4	2,4	2,6	2,6	2,7	2,7	2,7
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition										
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 1,5	- 4,1	- 3,9	- 4,2	- 4,1	- 4,0	- 4,2	- 3,7	- 3,8	- 3,8
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,4	- 3,9	- 3,7	- 3,4	- 3,4	- 3,5	- 3,9	- 3,6	- 3,8	- 3,8
WIFO-Methode ⁷⁾	- 1,5	- 3,9	- 3,7	- 3,5	- 3,4	- 3,6	- 4,0	- 3,7	- 3,8	- 3,8
Struktureller Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,1	- 3,9	- 3,7	- 3,4	- 3,4	- 3,5	- 3,9	- 3,6	- 3,8	- 3,8
WIFO-Methode ⁷⁾	- 1,2	- 3,9	- 3,7	- 3,5	- 3,4	- 3,6	- 4,0	- 3,7	- 3,8	- 3,8
Staatsschuld	81,1	80,0	86,8	81,5	83,4	84,6	86,4	87,5	88,7	90,0
In % des verfügbaren Einkommens										
Sparquote der privaten Haushalte	8,0	10,1	8,8	9,9	9,4	9,4	9,1	8,7	8,3	8,0
Veränderung in % p. a.										
Trendoutput, real										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
WIFO-Methode ⁷⁾	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0
In % des Trendoutputs										
Outputlücke, real										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 0,1	- 0,4	- 0,5	- 1,3	- 1,2	- 0,8	- 0,5	- 0,3	± 0,0	± 0,0
WIFO-Methode ⁷⁾	- 0,0	- 0,3	- 0,3	- 1,3	- 1,1	- 0,6	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Veränderung in % p. a.										
Armutsgefährdungsquote ⁸⁾¹⁰⁾	in %	14,1	14,6	14,0	14,4	14,6	14,3	14,1	13,8	13,6
Einkommensquintilsverhältnis ⁹⁾¹⁰⁾	Verhältniszahl	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,3

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – 2) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – 3) Beschäftigungsverhältnisse. – 4) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 5) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 6) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2025. – 7) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. – 8) Anteil der Personen in Privathaushalten mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. – 9) S80/S20: Verhältnis des gesamten verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in privaten Haushalten im obersten Einkommensquintil zu dem der Bevölkerung im untersten Einkommensquintil. – 10) Eurostat-Definition; dem Einkommensreferenzjahr zugeordnet. Ab 2024 Prognose basierend auf EUROMOD Version J2.0+ und EU-SILC 2024.

⁶⁾ Siehe die europäische Energiepreisstatistik von Eurostat für Unternehmen (Nichthaushaltskund:innen, 1. Halbjahr 2007 bis 2. Halbjahr 2025): Für Strom siehe <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/>

view/nrg_pc_205/default/table?lang=de, für Erdgas https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nrg_pc_203/default/table?lang=de.

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
	Veränderung in % p. a.									
Konsumausgaben	+ 0,8	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,9	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8
Staat	+ 0,7	+ 2,9	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,5	+ 0,2	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,0	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,5
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,2	+ 5,0	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,8
Bauten	+ 1,1	- 2,3	+ 1,1	- 2,9	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1
Inländische Verwendung	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0
Exporte	+ 4,4	+ 3,1	+ 2,1	+ 0,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1
Importe	+ 4,2	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,2
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Die Rezession in der Bauwirtschaft, die im 2. Halbjahr 2020 eingesetzt hatte, ließ die **Bauinvestitionen** bis 2025 (mit Ausnahme des Jahres 2021) durchgehend schrumpfen (Ø 2020/2025 –2,4% p. a.). Der Rückgang konzentrierte sich vor allem auf den Wohnbau: durch die hohe Teuerung sanken die real verfügbaren Haushaltseinkommen und der Realwert der Ersparnisse, während die deutlich höheren Baupreise, die verschärften Kreditvergaberegeln und die gestiegenen Kreditzinssätze die Finanzierung von Wohnraum erschwerten und somit die Wohnbaunachfrage dämpften (Baumgartner et al., 2023). Durch das niedrigere Zinsniveau, die Überwindung der Rezession und Nachholeffekte dürfte sich die Baunachfrage mittelfristig leicht erholen (2026/2031 +1,1% p. a.).

2.2 Trendoutput und Outputlücke

Der **Trendoutput** bezeichnet das Produktionsniveau einer Volkswirtschaft bei durchschnittlicher Auslastung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Maßgeblich bestimmt wird er durch das Arbeitsvolumen, die Kapitalakkumulation und die Gesamtfaktorproduktivität (TFP). Das Trend-Arbeitsvolumen ergibt sich aus der Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der Erwerbsquote, der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je Beschäftigten sowie der strukturellen Arbeitslosenquote (Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment – NAWRU). Letztere wird von institutionellen und strukturellen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes geprägt und entspricht dem Niveau der Arbeitslosigkeit bei stabiler Lohninflation. Das TFP-Wachstum entspricht jenem Anteil des Trendwachstums, der sich nach Bereinigung um Konjunktoreffekte nicht durch den reinen

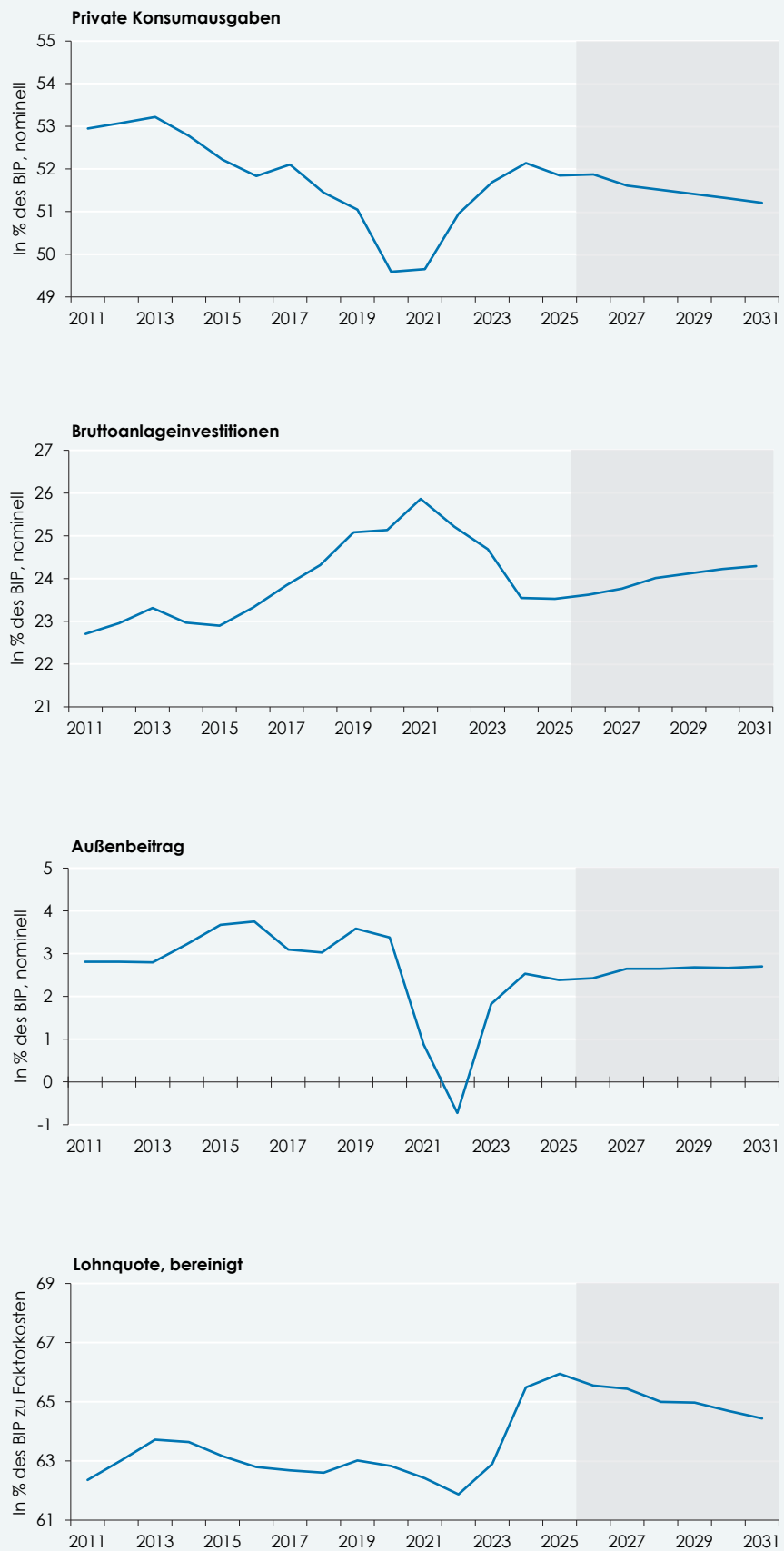
Einsatz von Kapital und Arbeit erklären lässt (Abbildung 7).

Die in Prozent des Trendoutputs ausgedrückte Differenz zwischen dem tatsächlichen BIP und dem Trendoutput wird als **Outputlücke** bezeichnet. Sie dient als Indikator der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung. Liegt die Auslastung der Produktionsfaktoren unter dem Durchschnitt, ist die Outputlücke negativ, was auf ein Nachlassen des Inflationsdrucks hindeutet. Im Gegensatz dazu zeigt eine positive Outputlücke eine überdurchschnittliche Auslastung an, die mit zunehmendem Inflationsdruck einhergeht.

Da es sich beim Trendoutput um eine nicht direkt messbare Größe handelt, muss er ökonomisch geschätzt werden. Die Europäische Kommission nutzt hierfür einen Produktionsfunktionsansatz, der die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung und wichtige Bestimmungsgrößen des Arbeitsmarktes um Konjunkturschwankungen bereinigt.

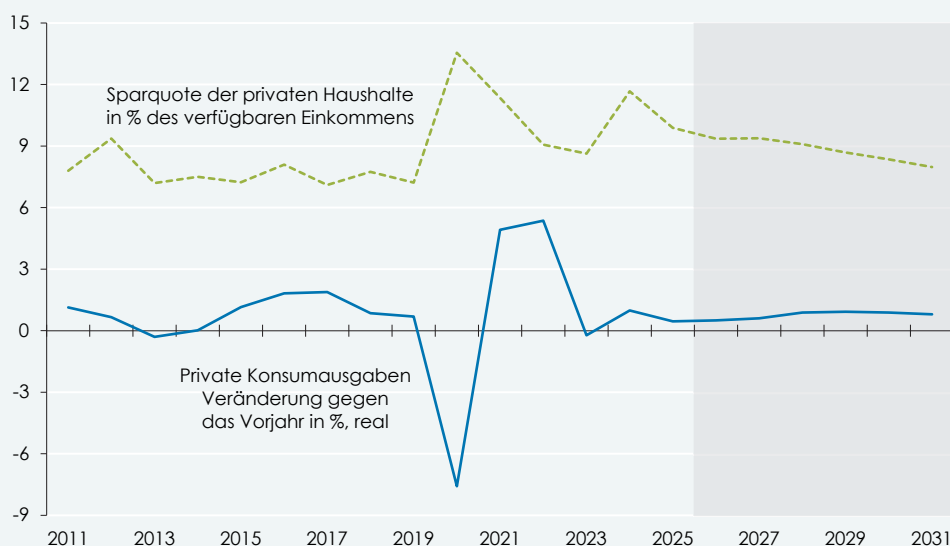
Die WIFO-Schätzung nach der Methode der Europäischen Kommission stützt sich auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für die Jahre 1976/2025 sowie auf die WIFO-Konjunkturprognose für 2026/27. Für den Zeitraum 2026/2031 ergibt sich nach dieser Methode ein durchschnittliches Trendwachstum von 0,9% p. a., was der Schätzung der Kommission vom November 2025 entspricht (Europäische Kommission, 2025). Die Outputlücke ist gemäß diesem Verfahren seit dem Jahr 2024 negativ und signalisiert somit eine Unterauslastung der Gesamtwirtschaft. Entsprechend der technischen Annahme der Kommission wird sich diese Lücke ab 2030 geschlossen haben (Abbildung 8).

Abbildung 5: Nachfrage und Einkommen



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 6: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs

		Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
Methode der Europäischen Kommission¹⁾											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,1	- 0,4	- 0,5	- 1,3	- 1,2	- 0,8	- 0,5	- 0,3	± 0,0	± 0,0
WIFO-Methode²⁾											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,0	- 0,3	- 0,3	- 1,3	- 1,1	- 0,6	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Schätzung der Europäischen Kommission (Herbst 2025)											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 1,3	- 1,2	- 0,7	- 0,4	- 0,2	± 0,0	± 0,0

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2025. – ²⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Eine detaillierte Gegenüberstellung der aktuellen WIFO-Schätzung nach der Methode der Europäischen Kommission und deren eigener Schätzung vom November 2025 findet sich in Übersicht 4. Darin werden die jeweiligen Wachstumsbeiträge von TFP, Arbeit und Kapital gesondert ausgewiesen. Das Trendwachstum von 0,9% p. a. (2026/2031,

WIFO-Schätzung gemäß Methode der Europäischen Kommission) wird durch die Wachstumsbeiträge des Faktors Arbeit (0,2 Prozentpunkte), des Kapitals (0,3 Prozentpunkte) sowie der TFP (0,3 Prozentpunkte) getragen.

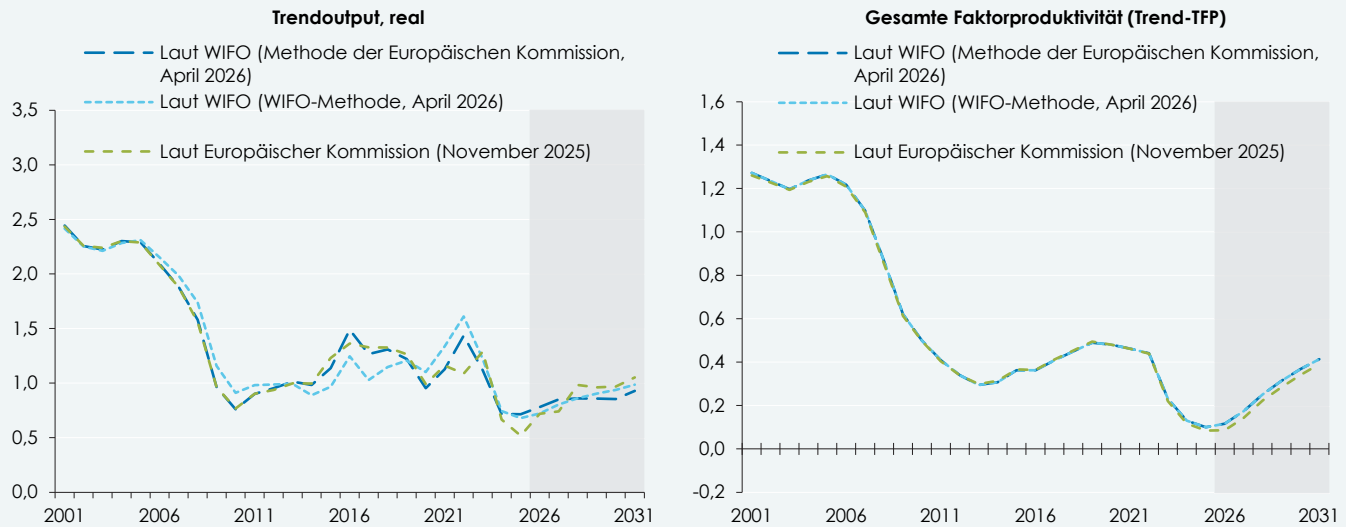
Das WIFO erwartet für den Prognosezeitraum 2026/2031 gemäß seiner eigenen Methode ein durchschnittliches Trendwachstum von 0,9% pro Jahr. Die Outputlücke erreicht 2031 +0,1% (2026 -1,1%).

In einer alternativen Schätzung ermittelt das WIFO die Outputlücke, wie sie sich aus der mittelfristigen BIP-Prognose und dem geschätzten Trendoutput endogen ergibt. Darüber hinaus werden in dieser Variante die Erwerbsquote und die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden stärker geglättet, um die Prozyklizität des geschätzten Produktionspotenzials zu verringern (Maidorn, 2018; EU Independent Fiscal Institutions, 2019, 2022).

Diese Schätzung gemäß **WIFO-Methode** ergibt ebenfalls ein durchschnittliches **Trendwachstum von 0,9% p. a.** (2026/2031). Die Outputlücke verbessert sich von -1,1% (2026) bis zum Ende des Prognosezeitraums auf +0,1%.

Abbildung 7: **Entwicklung des realen Trendoutputs und der gesamten Faktorproduktivität (Trend-TFP)**

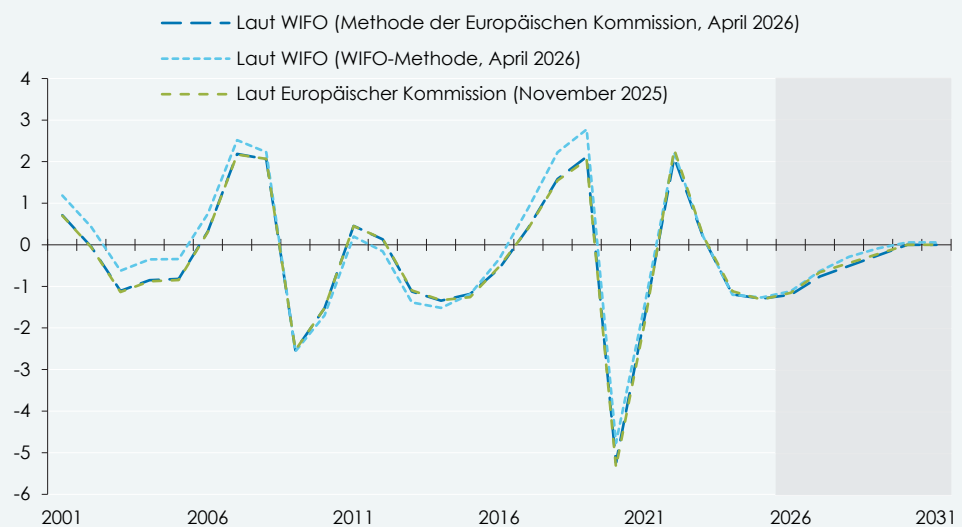
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2025.

Abbildung 8: **Outputlücke**

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2025.

2.3 Arbeitsmarkt

Die Nachwirkung der Rezession ließ die unselbständige aktive **Beschäftigung** im Jahr 2025 nahezu stagnieren (+0,2%). Mit der leichten Konjunkturbelebung verstärkt sich der Zuwachs 2026/2031 auf ½% p. a. (Übersicht 5). Der demografische Wandel verschärft im Prognosezeitraum die Arbeitskräfteknappheit. Die Erwerbsbevölkerung (15 bis 64 Jahre) schrumpft ab 2025 um durchschnittlich 0,3% p. a., wodurch sich das Wachstum des **Arbeitskräfteangebotes** von 0,6% (2025) auf 0,1% (2031) abschwächen wird. Die leichte Ausweitung trotz der ungünstigen demografischen Entwicklung liegt an der Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren. Sie folgt u. a. aus der schrittweisen Anhebung des Regelpensionsalters der Frauen ab 2024 und der Erhöhung des Eintrittsalters für die Korridor pension von 62 auf 63 Jahre.

Zusätzlich unterstellt das WIFO einen anhaltenden Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebotes. Getragen wird er u. a. durch Einpendler:innen aus den Nachbarländern und Vertriebene aus der Ukraine, die zunehmend in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert werden. Je nach Verlauf des Ukraine-Krieges könnte der Zustrom an Flüchtlingen anhalten bzw. sich die Aufenthaltsdauer in Österreich verlängern⁷⁾. Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der

Gesamtbeschäftigung dürfte bis 2031 auf knapp 30% ansteigen (2010: 13,8%).

Da geburtenstarke Jahrgänge ins Pensionsalter vorrücken und jüngere Kohorten schwächer besetzt sind, werden die Abgänge aus der Beschäftigung den Zufluss an neuen Arbeitskräften deutlich übersteigen (Horvath et al., 2022). Neben dieser quantitativen Angebotsverknappung wird sich in vielen Branchen auch der qualitative Mismatch verschärfen: Während vornehmlich Beschäftigte mit mittlerer Ausbildung (Lehrabschluss und betrieblicher Weiterbildung) aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, verfügen die neu eintretenden Arbeitskräfte deutlich öfter über höhere Ausbildungsabschlüsse. Insbesondere im Handwerk und im Handel dürfte es damit immer schwieriger werden, geeignetes Personal bzw. Lehrlinge zu finden (Horvath et al., 2024). Sollte sich der langfristig beobachtete Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen verstärken, würde dies das Arbeitsangebot zusätzlich schmälern (Statistik Austria, 2025).

Die mittelfristige Verknappung des Arbeitskräfteangebotes dämpft zwar das Trendwachstum, verringert aber auch die **Arbeitslosigkeit**: Die Arbeitslosenquote wird von 7,4% im Jahr 2025 bis 2031 auf voraussichtlich 5,7% zurückgehen.

Die Arbeitslosenquote dürfte nach der Schwächephase der letzten Jahre von 7,4% (2025) bis 2031 auf 5,7% zurückgehen.

Übersicht 5: **Arbeitsmarkt, Einkommen, Preise**

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
	In %									
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen ¹⁾	5,6	5,4	5,3	5,7	5,8	5,5	5,3	5,2	5,0	4,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,0	6,6	7,4	7,4	7,1	6,8	6,4	6,0	5,7
	Veränderung in % p. a.									
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ²⁾	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte ³⁾	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5
Selbständige ⁴⁾	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Arbeitslose	+ 1,5	- 5,0	- 4,2	+ 6,6	- 0,3	- 3,2	- 4,2	- 4,9	- 6,1	- 6,4
Produktivität ⁵⁾	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Lohn- und Gehaltssumme ⁶⁾	+ 3,5	+ 6,5	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5
Pro Kopf, real ⁷⁾	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 1,7	+ 4,4	+ 1,7	+ 3,2	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 5,1	+ 2,2	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 4,2	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ³⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁴⁾ Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ⁵⁾ BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁶⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁷⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

⁷⁾ Der Iran-Krieg und die damit einhergehende Instabilität im Nahen und Mittleren Osten bergen das Potenzial für eine erneute Zunahme der Flüchtlingsströme nach Europa. Daraus könnten sich zum einen

weitere Probleme in der Integration ergeben, zum anderen aber auch Chancen, das Arbeitsangebot zu erhöhen.

2.4 Inflation und Löhne

Die Inflationsrate erreicht 2028 den Zielwert von 2% und dürfte bis 2031 nahe dabei verharren.

Die Bruttoreallöhne pro Kopf werden nach einem Rückgang 2026 bis zum Ende der Prognoseperiode um 0,2% p. a. steigen.

Die Inflationsrate sank im Jänner und Februar 2026 kräftiger als in der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2025 erwartet (Ederer & Schiman-Vukan, 2025). Vor Ausbruch des Iran-Krieges Anfang März und dem folgenden Energiepreisanstieg lag die WIFO-Schätzung für die Inflationsrate im Jahr 2026 bei rund 2% (Jahresdurchschnitt; siehe Selektiv, 2026). Angesichts des Krieges am Persischen Golf und der Sperre der Straße von Hormus hat das WIFO seine Inflationsprognose für das laufende Jahr um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte auf 2,7% angehoben (laut Hauptszenario der WIFO-Konjunkturprognose vom April 2026; Scheiblecker & Ederer, 2026⁸⁾). Ohne weitere inflationsdämpfende Maßnahmen wird der Preisauftrieb mit 2,3% auch 2027 noch über dem angestrebten Zielwert von 2% bleiben. Dieser wird erst 2028 erreicht. In den Folgejahren dürfte die Inflationsrate nahe bei 2% verharren (\emptyset 2026/2031: 2,2% p. a.; Übersicht 5).

In Österreich ist der Preisauftrieb bei Dienstleistungen deutlich ausgeprägter als in anderen Euro-Ländern. Ursächlich sind neben den höheren Energiepreisen der wesentlich kräftigere Anstieg der Arbeitskosten und ein höheres Gewicht der Beherbergung und Gastronomie im Warenkorb des VPI. Im Jahr 2026 ist zudem ein weiterer Anstieg der öffentlichen Tarife und Gebühren zu erwarten. Teilweise wurden entsprechende Erhöhungen bereits umgesetzt (Ticketpreise für den öffentlichen Personennahverkehr und Park-

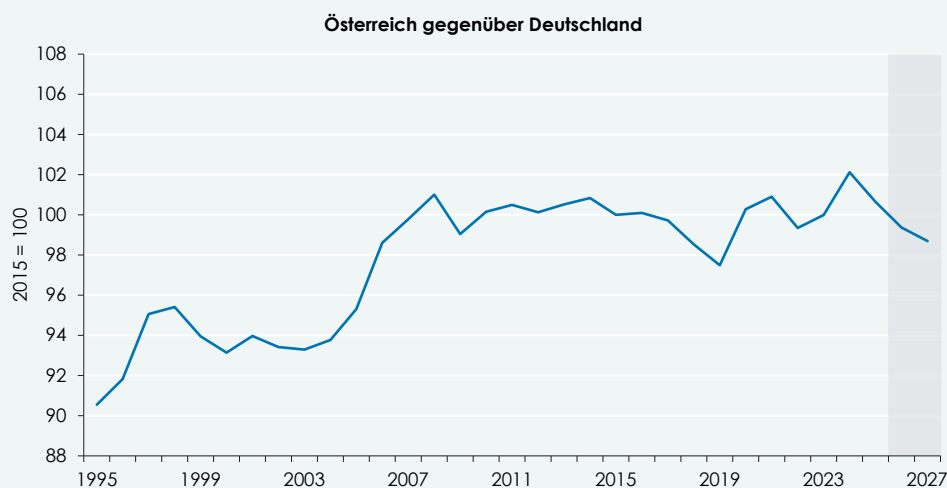
gebühren in Wien, Klimaticket, Bahntarife). Aufgrund des Budgetkonsolidierungsdrucks dürften die Gebietskörperschaften ihre Spielräume bei der Gestaltung der Tarife und Gebühren größtmöglich ausreizen.

In Österreich liegt den zeitlich gestaffelten Tarifverhandlungen (Bittschi, 2023) üblicherweise die Inflationsrate der letzten 12 Monate (rollierende Inflation) zugrunde. Infolge der schwächeren Lohnsteigerungen dürften die arbeitsintensiven Dienstleistungen 2026 etwas weniger zur Teuerung beitragen als noch im Vorjahr.

Für die Jahre 2026 bis 2031 erwartet das WIFO einen Anstieg der **Produzentenreal-löhne pro Stunde** von 0,2% pro Jahr, womit rund die Hälfte des Produktivitätsanstiegs auf den Faktor Arbeit entfällt. Der langfristige Strukturwandel, der einen Beschäftigungsabfluss aus der güterproduzierenden Industrie (mit höherem durchschnittlichem Lohnniveau) zu den Dienstleistungen mit sich bringt, dämpft den durchschnittlichen Lohnzuwachs.

Die Lohnsteigerungen in den Jahren 2023/24 haben die **Lohnstückkosten** (2023/24 +8 $\frac{1}{4}$ % p. a.) in Österreich markant und nachhaltig erhöht, wodurch sich die **relative Lohnstückkostenposition** gegenüber den europäischen Handelspartnern deutlich verschlechtert hat (Bittschi & Meyer, 2025). 2026 dürfte sie sich zumindest gegenüber Deutschland verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Industrie nicht weiter abnehmen (Abbildung 9)⁹⁾.

Abbildung 9: Entwicklung der relativen Lohnstückkosten



Q: Statistik Austria, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026), WIFO-Berechnungen.

⁸⁾ Siehe Fußnote 1.

⁹⁾ Diese Einschätzung fußt auf einem Vergleich der Lohnstückkosten auf der Basis der vorliegenden WIFO-Prognose und der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026) für Deutschland. Für einen Vergleich mit

einer größeren Ländergruppe wären die Länderprognosen der Europäischen Kommission oder der OECD geeignete Quellen, diese werden aber erst nach der Fertigstellung dieses Beitrages veröffentlicht.

2.5 Öffentlicher Sektor

Im Juli 2025 eröffnete der Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) gegen Österreich ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizites (ÜD-Verfahren). Österreich hat sich zu einem strengen Konsolidierungskurs verpflichtet, um die Neuverschuldung des Gesamtstaates in den kommenden Jahren nachhaltig zu reduzieren. Nach den krisenbedingten Belastungen der vergangenen Jahre steht die Fiskalpolitik damit vor der Herausforderung, die öffentlichen Haushalte zu stabilisieren, ohne das ohnehin schwache Wachstum abzuwürgen oder auf notwendige zukunftsgerichtete Ausgaben zu verzichten. Gleichzeitig bestehen weiterhin eine hohe strukturelle Ausgabendynamik, insbesondere im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel (Pensionen, Gesundheits- und Pflegekosten), sowie Nachhol- und Verbesserungsbedarfe bei Kinderbetreuung und Landesverteidigung.

Die Bundesregierung hat im Mai 2025 einen Doppelhaushalt für die Jahre 2025 und 2026 verabschiedet und eine Haushaltssanierung eingeleitet. Ziel ist die Verringerung des gesamtstaatlichen Budgetdefizites (Maastricht-Saldo) auf unter 3% des BIP bis zum Jahr 2028 als Voraussetzung für die Einstellung des ÜD-Verfahrens. Der reformierte Österreichische Stabilitätspakt 2025 verpflichtet ab dem laufenden Jahr auch die Bundesländer und Gemeinden zu einem strikteren Budgetkurs und einem Abbau ihrer Defizite. Ein erster Konsolidierungserfolg zeigte sich in der Verbesserung des Maastricht-Saldos von $-4,6\%$ des BIP im Jahr 2024 auf $-4,2\%$ (2025). Zahlreiche geplante Konsolidierungsmaßnahmen, die ihre Wirkung ab 2027 entfalten sollen, werden erst in den derzeit laufenden Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2027/28 konkretisiert und konnten daher in dieser Prognose nicht berücksichtigt werden.

Vor diesem Hintergrund erwartet das WIFO für 2026 nur eine leichte Reduktion des gesamtstaatlichen **Budgetdefizites** auf $4,1\%$ des BIP. In den darauffolgenden Jahren zeigt sich unter der "No-Policy-Change"-Annahme (d. h. ohne Berücksichtigung des Doppelhaushaltes 2027/28) eine geringfügige Verbesserung, die allerdings hinter den Anforderungen eines raschen Defizitabbaus zurückbleibt: Ohne zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen dürfte sich das Defizit im Prognosezeitraum bei etwa 4% des BIP einpendeln, womit die Maastricht-Referenzgrenze von 3% klar verfehlt würde. Die bereits beschlossenen Maßnahmen sind demnach zwar wirksam, jedoch bedarf es im Doppelhaushalt 2027/28 und in der mittelfristigen Finanzplanung für die Folgejahre zusätzlicher

struktureller Anpassungen, um einen tragfähigen Budgetpfad sicherzustellen¹⁰⁾.

Angesichts der prognostizierten Neuverschuldung und des flauen Wirtschaftswachstums bleibt auch die gesamtstaatliche **Schuldenquote** hoch. Nach einem deutlichen Anstieg seit 2019 (2019: 71% des BIP, 2025: $81,5\%$ des BIP) wird sie im Zeitraum 2026/2031 voraussichtlich weiter bis auf 90% des BIP zunehmen (\emptyset 2026/2031: $86,8\%$ des BIP).

Die Staatsausgabenquote verharrt ebenfalls im gesamten Prognosezeitraum auf hohem Niveau. Nach dem Ausgabenanstieg der vergangenen Jahre, verursacht durch multiple Krisen, wird sie sich bei über 54% des BIP einpendeln und damit weiter deutlich über der Einnahmenquote liegen. Das nominelle Ausgabenwachstum wird sich jedoch empfindlich auf $2,7\%$ p. a. verlangsamen (2026/2031; 2021/2025 $+5,4\%$ p. a.). Die Konsolidierungsmaßnahmen dämpfen zwar die Ausgabendynamik, allerdings bleiben zentrale Ausgabenkategorien strukturell expansiv. Insbesondere die monetären Sozialleistungen – allen voran Pensions- und Pflegeausgaben – wachsen infolge der demografischen Entwicklung trotz langsam einsetzender Reformwirkungen weiterhin überdurchschnittlich ($+3,0\%$ p. a.).

Ein zunehmend wichtiger Faktor für die Budgetentwicklung ist die Zinsbelastung. Infolge des gestiegenen Zinsniveaus und der hohen Staatsverschuldung werden die Zinsausgaben im Prognosezeitraum kräftig zunehmen. Lagen sie im Jahr 2024 noch bei rund $1\frac{1}{2}\%$ des BIP, dürften sie bis 2031 auf $2,1\%$ ansteigen. Damit entwickeln sich die Zinszahlungen zu einer der dynamischsten Ausgabenkomponenten mit einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von $8,0\%$ im Zeitraum 2026 bis 2031. Dies schränkt den fiskalischen Handlungsspielraum zusätzlich ein, da ein wachsender Anteil der öffentlichen Mittel für den Schuldendienst aufgewendet werden muss und nicht für produktive Ausgaben oder Entlastungsmaßnahmen zur Verfügung steht.

Auf der Einnahmenseite zeigt sich im Prognosezeitraum eine moderat positive Entwicklung. Die Staatseinnahmen wachsen im Einklang mit der Gesamtwirtschaft, bleiben jedoch durch strukturelle Faktoren gedämpft. Dazu zählen, trotz der Abschaffung des "diskretionären Drittels", insbesondere die fortgesetzte Anpassung der Tarifgrenzen im Einkommensteuersystem an die Inflation (Ausgleich der "kalten Progression") sowie eine insgesamt verhaltene Einkommens- und Gewinnentwicklung. Die Einnahmen aus direkten Steuern steigen im Zeitraum 2026 bis 2031 um durchschnittlich $3,4\%$ pro Jahr und damit deutlich langsamer als in den Jahren

Das gesamtstaatliche Defizit liegt im Prognosezeitraum mit durchschnittlich knapp 4% des nominellen BIP deutlich über den EU-Vorgaben. Die Staatsschuldenquote dürfte von $81\frac{1}{2}\%$ (2025) bis 2031 auf 90% des BIP steigen.

¹⁰⁾ Siehe dazu auch die Einschätzungen des Fiskalratsbüros (2026) und die Empfehlungen des Fiskalrates (2025).

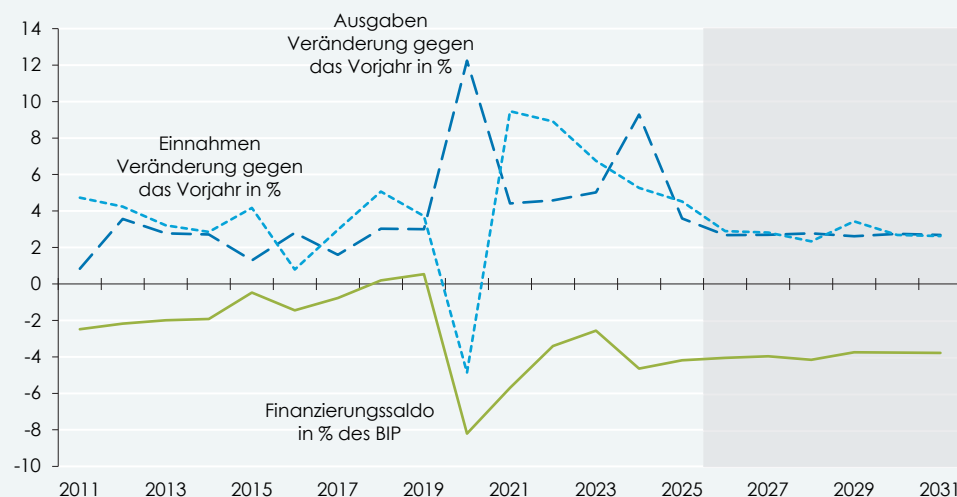
nach der COVID-19-Pandemie (2021/2025 +5,6%). Auch bei den Sozialbeitrügen ist aufgrund schwächerer Beschäftigungs- und Lohnzuwächse mit einer abgeschwächten Dynamik zu rechnen. Die Einnahmen aus indirekten Steuern entwickeln sich mit +2,8% p. a. verhalten, wobei im Jahr 2028 rein buchungstechnische Anpassungen bei der Überführung der nationalen CO₂-Bepreisung in den europäischen Emissionshandel sogar zu einer vorübergehenden Verschlechterung des gesamtstaatlichen Budgetsaldos beitragen werden. Insgesamt dürften die Staatseinnahmen im Prognosezeitraum 2026/2031 um 2,8% pro Jahr wachsen und sich bei etwas über 50% des nominellen BIP stabilisieren.

Die Gegenüberstellung von Ausgaben- und Einnahmenentwicklung verdeutlicht die zentrale Herausforderung, vor der die österreichische Fiskalpolitik in den kommenden Jahren stehen wird: Trotz der im Doppelbudget 2025/26 eingeleiteten Konsolidierung

bleibt eine strukturelle Lücke bestehen, die eine nachhaltige Verbesserung der Haushaltskennzahlen erschwert. Im Budget 2027/28 sind somit zusätzliche Maßnahmen auf der Bundesebene erforderlich, um den Vorgaben des Fiskalstrukturplans gerecht zu werden. Der Anpassungsdruck betrifft allerdings nicht nur den Bund, sondern alle Ebenen des Staates. Insbesondere die Länder und Gemeinden sehen sich mittelfristig mit steigenden Ausgabenbedarfen konfrontiert, während ihre Einnahmenbasis vergleichsweise wenig dynamisch wächst. Insgesamt wird die budgetäre Entwicklung bis 2031 vom Spannungsfeld zwischen Sanierungsnotwendigkeit und strukturellem Ausgaben- druck geprägt bleiben. Vor diesem Hintergrund wird es entscheidend sein, die Konsolidierungsstrategie weiterzuentwickeln. Kurzfristige Maßnahmen müssen durch Effizienzreformen im öffentlichen Sektor und durch wachstumsfördernde Strukturreformen ergänzt werden, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen langfristig sicherzustellen.

Abbildung 10: **Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates**

Laut Maastricht-Definition



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

2.6 Entwicklung von Armutsgefährdung und Einkommensverteilung

Für 2026 erwartet das WIFO einen Anstieg der Armutsgefährdungsquote um 0,2 Prozentpunkte auf 14,6%. Dämpfend wirken der ab 2027 prognostizierte Rückgang der Arbeitslosigkeit sowie das im Vergleich zu den indexierten Pensionen und Sozialleistungen schwächere Lohnwachstum¹¹⁾. Dem stehen Maßnahmen gegenüber, die einem Rück-

gang der Quote entgegenwirken: Dazu zählen Kürzungen bei der Wiener Mindestsicherung, das Aussetzen der Valorisierung von bestimmten Sozialleistungen, insbesondere Familienleistungen, in den Jahren 2026 und 2027¹²⁾, die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionist:innen (ab 2026 erstmals ganzjährig wirksam), die das Wachstum der Nettopensionen bremst, sowie das Aussetzen des diskretionären Drittels

¹¹⁾ Fink und Rocha-Akis (2025) zeigen, dass Pensionsanpassungen, die über dem durchschnittlichen Wachstum der Löhne und Gehälter liegen, die Armutsgefährdungsquote senken können.

¹²⁾ Kinder leben häufiger in Haushalten mit geringem Äquivalenzeinkommen.

beim Ausgleich der kalten Progression von 2026 bis 2029¹³). Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbeziehende und Kinder sind überdurchschnittlich armutsgefährdet. Daher wirken sich die geringere Mindestsicherung und die nicht valorisierten Familienleistungen weniger auf deren Armutsgefährdung als auf die Armutsgefährdungslücke aus, d. h. das verfügbare Einkommen der Betroffenen sinkt in Relation zur Armutsgefährdungsschwelle weiter ab.

Für 2027 wird bei anhaltendem Abbau der Arbeitslosigkeit und stärker als die Löhne wachsenden Sozialleistungen eine Armutsgefährdungsquote von 14,3% erwartet. Dieser rückläufige Trend setzt sich bis 2031 fort.

Gründe hierfür sind u. a. der weitere Rückgang der Arbeitslosigkeit, eine ähnliche Dynamik der Pensionsanpassungen und des Wachstums der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter¹⁴) sowie die erneute Valorisierung bestimmter Sozialleistungen ab 2028. Zusätzlich erhöht die schrittweise Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters ab 2024 die Erwerbs- und Beschäftigungsquote der 60- bis 64-jährigen Frauen (Horvath et al., 2025), dämpft die Zugänge in Alterspension und drückt den Frauenanteil unter den 60- bis 64-jährigen Alterspensionist:innen. Bis 2031 sinkt die Armutsgefährdungsquote dadurch auf 13,4% (-0,9 Prozentpunkte gegenüber 2025).

Indikatoren zur Einkommensverteilung

Die Prognose der Verteilungsindikatoren erfolgt auf Basis von individuellen Mikrodaten (EU-SILC) und einer Mikrosimulation der verfügbaren Haushaltseinkommen (EUROMOD).

Daten und Referenzjahr

Als Datenbasis dient EU-SILC 2024, bereitgestellt von Eurostat¹⁾. EU-SILC ist eine jährliche Befragung von rund 6.000 Haushalten, deren Einkommen großteils ex post auf Basis von Verwaltungsdaten ergänzt werden. Die Daten sind mit Gewichten versehen, die darauf ausgerichtet sind, dass die Stichprobe hinsichtlich der privaten Haushalte in Österreich repräsentativ ist (Glaser & Till, 2010). Die nationalen EUROMOD-Teams bereiten die Daten für die Verwendung mit EUROMOD (Sutherland & Figari, 2013) auf.

Das Einkommensreferenzjahr in EU-SILC ist das Jahr 2023. Die Indikatoren werden, abweichend von der EU-Praxis, diesem Jahr und nicht dem Befragungsjahr (2024) zugeordnet.

Methode

Methodisch baut die mittelfristige Prognose der Verteilungsindikatoren auf Ederer et al. (2024) auf. Sie erfolgt unter Berücksichtigung von demografischen Veränderungen nach Altersgruppen, Geschlecht und Haushaltsgröße (laut Bevölkerungs- und Haushaltsprognose von Statistik Austria), Veränderungen der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit (laut aktueller WIFO-Prognose) sowie unter Berücksichtigung der Entwicklung der Beziehenden von Alters- und Hinterbliebenenpensionen sowie Ausgleichszulagen gemäß Alterssicherungskommission (2024). Weiters berücksichtigt werden sektorale Beschäftigungsverchiebungen (Horvath et al., 2024) und die veränderte Pensionszugangsdynamik aufgrund der Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters auf Basis von Schiman-Vukan et al. (2025).

Mit einem Umgewichtungsverfahren werden die Gewichte in EU-SILC so angepasst, dass die Werte der Stichprobe in Summe den jeweils prognostizierten Werten entsprechen (Deville & Särndal, 1992; Pacifico, 2014). Darüber hinaus wird die Entwicklung der Faktoreinkommen (z. B. Löhne und Gehälter) auf Basis der WIFO-Prognose berücksichtigt. Die öffentlichen Pensionen sowie die Höhe zahlreicher Sozialtransfers werden wie gesetzlich vorgesehen an die maßgebliche Inflation (laut WIFO-Prognose) angepasst. Veränderliche Werte in der Sozialversicherung werden mit der Aufwertungsrate ebenfalls jährlich angepasst. Sofern keine Informationen zu diskretionären Maßnahmen zur Abgeltung der kalten Progression vorliegen, wird ein voller automatischer Ausgleich angenommen.

Zur Simulation von Sozialtransfers und Sozialabgaben sowie Steuern auf individueller Ebene und zur Bildung des verfügbaren Einkommens wird eine für den Prognosebedarf adaptierte Version des Mikrosimulationsmodells EUROMOD (Version J2.0+; Fuchs et al., 2026) verwendet. Dabei werden die für die Ermittlung der Haushaltseinkommen im Prognosezeitraum wichtigsten (beschlossenen) Reformen bzw. Maßnahmen des Steuer- und Transfersystems berücksichtigt. Die so ermittelten verfügbaren Einkommen bilden die Grundlage für die Berechnung der Armutsgefährdungsquote und des S80/S20-Einkommensquintilverhältnisses.

¹⁾ Für alle Schlussfolgerungen sind ausschließlich die Autor:innen verantwortlich.

Das S80/S20-Einkommensquintilverhältnis dürfte 2026 geringfügig um 0,03 steigen. Die Zunahme des Indikators in den Jahren 2026 und 2027 ist insbesondere auf eine geringere Dynamik im untersten Quintil (S20) in den Jahren 2025 und 2026 zurückzuführen. Dies steht im Zusammenhang mit der Kürzung der

Mindestsicherung (2026) sowie der realen Entwertung vormals valorisierter Familienleistungen (2026 und 2027). Zudem kommt ein großer Teil des Volumens der automatischen (Zwei-Drittel-)Indexierung dem oberen Quintil zugute (2025: rund 35%, vgl. Fink & Rocha-Akis, 2024; Budgetdienst, 2024a,

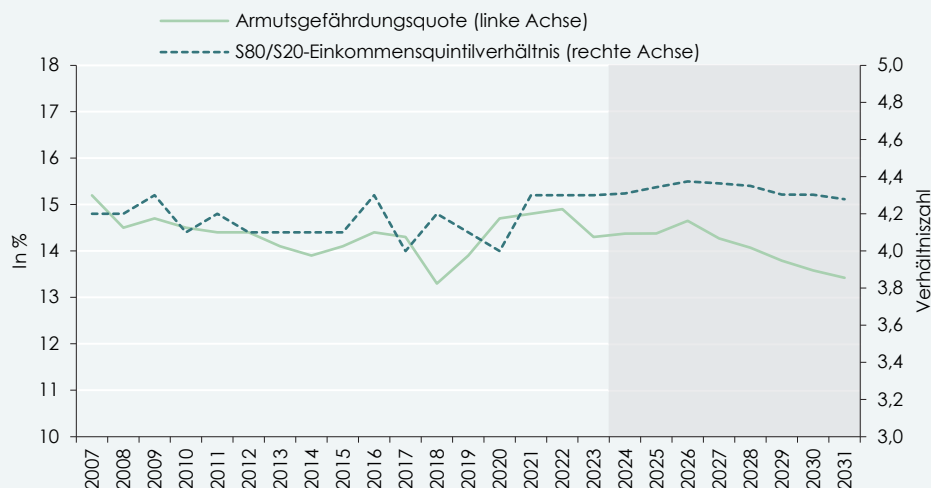
¹³⁾ Fink und Rocha-Akis (2024) schätzen den Effekt des diskretionären Drittels 2025 auf -0,3 Prozentpunkte.

¹⁴⁾ Die geringere Abgabenbelastung von Pensionen und Sozialleistungen führt bei gleichem Bruttowachstum zu höherem Nettowachstum.

2024b), während ein allfälliger Ausgleich durch das diskretionäre Drittel bis 2029 ausbleibt. Im weiteren Verlauf bis 2031 prognostiziert das WIFO für jedes Jahr einen leichten Rückgang bzw. eine Stagnation.

Der spürbarste Rückgang auf der ersten Nachkommastelle wird 2029 erwartet. Er hängt u. a. mit dem Wiedereinsetzen der Valorisierung der Sozialleistungen im Jahr 2028 zusammen.

Abbildung 11: Verteilungsindikatoren



Q: Eurostat, ilc_li02 und ilc_di11 (dem Einkommensjahr zugeordnet). Ab 2024: WIFO-Prognose.

3. Prognoserisiken

Der Iran-Krieg, der Ukraine-Krieg und Handelskonflikte im Zusammenhang mit der Zollpolitik der USA bergen bedeutende Abwärtsrisiken.

Beträchtliche Abwärtsrisiken bergen der **Iran-Krieg** und weiterhin der **Ukraine-Krieg**. So könnte eine weitere Verschärfung des Konfliktes mit dem Iran den Nahen und Mittleren Osten destabilisieren. Länger anhaltende Lieferengpässe, höhere Transportkosten und eine deutliche Verteuerung von Rohöl und Erdgas – bis hin zu Mangellagen bei verarbeiteten Mineralölprodukten (Diesel, Kerosin) – hätten schwerwiegende Folgen für die Weltwirtschaft. Eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges könnte u. a. verstärkte Fluchtbewegungen, höhere Erdgaspreise und umfassendere EU-Sanktionen gegen Russland zur Folge haben.

Eine Ausweitung protektionistischer Maßnahmen in den bilateralen **Handelskonflikten** zwischen den USA, China und der EU hätte wegen der Verzahnung der Wertschöpfungsketten ebenfalls negative Folgen für die gesamte Weltwirtschaft.

China ringt weiterhin mit einer hohen Überschuldung von Unternehmen der Immobilienbranche und der Bauwirtschaft¹⁵⁾. Dies birgt nicht nur Risiken für die chinesische Konjunktur, sondern durch internationale Verflechtungen auch für die globalen Finanzmärkte. Eine **Okkupation Taiwans durch China** hätte, neben geostrategischen und sicherheitspolitischen, auch drastische wirtschaftliche Folgen, vor allem für die Indus-

trielländer (z. B. hinsichtlich der Verfügbarkeit von Highend-Computerchips).

Bei einem **Eintreten der erwähnten Abwärtsrisiken** würde die **Inflation in Österreich deutlich lebhafter** ausfallen als in der vorliegenden Prognose dargelegt. Aufgrund der in Österreich höheren Inflationpersistenz (wie sie in den Jahren 2022 bis 2024 zu beobachten war) könnte ein solcher Inflationsschock hierzulande neuerlich stärker und dauerhafter wirken als in anderen Euro-Ländern.

Zusätzlich zur **geringeren Konsumnachfrage** aufgrund des Kaufkraftverlustes würden sich auch die **österreichischen Ausfuhren schwächer entwickeln** als in der Prognose unterstellt. Ein Einbruch der in- und ausländischen Nachfrage würde auch die **Investitionstätigkeit der Unternehmen verringern**. Zusammengefasst würden das **Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und die Einkommensentwicklung** in diesem Fall deutlich gedämpft.

Als weitere Konsequenz würde das Abgabenaufkommen merklich zurückgehen, während die Staatsausgaben tendenziell höher ausfielen als angenommen, wodurch sich die fiskalische Position Österreichs weiter verschlechtern würde.

¹⁵⁾ Zusammen machen diese beiden Sektoren etwa ein Viertel des chinesischen BIP aus.

Aufgrund der "No-Policy-Change"-Annahme unterstellte das WIFO in der vorliegenden Prognose keine zusätzlichen Maßnahmen oder Reformen, um die Neuverschuldung auf bzw. nachhaltig unter das 3%-Ziel zu

senken. Abhängig von den getroffenen Maßnahmen hätte dies Rückwirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung; das BIP-Wachstum würde dadurch tendenziell niedriger ausfallen als in dieser Prognose dargestellt.

4. Literaturhinweise

- Alterssicherungskommission (2024). *Gutachten über die voraussichtliche Gebarung der gesetzlichen Pensionsversicherung in den Jahren 2024 bis 2029*. https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:7dae8f86-e88d-4d53-b318-c92b17554dc4/Mittelfristgutachten_Gesetzliche_PV_2023.pdf.
- Baumgartner, J., Bierbaumer, J., & Bilek-Steindl, S. (2023). Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen". *WIFO-Monatsberichte*, 96(1), 45-62. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/29858508>.
- Baumgartner, J., Breuss, F., & Kaniowski, S. (2005). WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy. In OeNB (Hrsg.), *Macroeconomic Models and Forecasts for Austria. Proceedings of OeNB Workshops* (S. 61-86), (5).
- Baumgartner, J., & Kaniowski, S. (2025). Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum. *Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030. WIFO-Monatsberichte*, 98(10), 533-550. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/63892103>.
- Bitschi, B. (2023). Lohnführerschaft in Österreich: Relikt der Vergangenheit oder sozialpartnerschaftlicher Dauerbrenner? *Wirtschaft und Gesellschaft*, 49(29), 79-101. <https://journals.akkwien.at/index.php/wug/article/view/187/182>.
- Bitschi, B., & Meyer, B. (2025). Deutlicher Anstieg der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2024. *WIFO-Monatsberichte*, 98(10), 571-585. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55113938>.
- Budgetdienst (2024a). *Abgeltung der kalten Progression im Jahr 2025*. <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-zu-gesetzen/BD-Abgeltung-der-kalten-Progression-im-Jahr-2025.pdf>.
- Budgetdienst (2024b). *Verteilungswirkung der Abgeltung der kalten Progression 2023 bis 2025*. <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-auf-anfrage/BD-Verteilungswirkung-kalte-Progression-2023-bis-2025.pdf>.
- Deville, J.-C., & Särndal, C.-E. (1992). Calibration Estimators in Survey Sampling. *Journal of the American Statistical Association*, 87(418), 376-382. <https://doi.org/10.1080/01621459.1992.10475217>.
- Ederer, S., Fink, M., Rocha-Akis, S., & Lechinger, V. (2024). Prognose von "Beyond GDP"-Indikatoren zur Einkommensverteilung. *WIFO Research Briefs*, (5). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51178914>.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2019). *A practitioner's guide to potential output and the output gap*.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2022). *Testing output gaps: An Independent Fiscal Institutions' guide*.
- Europäische Kommission (2025). European Economic Forecast. Autumn 2025. *European Economy, Institutional Papers*, (327).
- Felbermayr, G. (2024). Konjunktur und Wachstum in Österreich. Ein Rendezvous mit der Realität. *WIFO-Monatsberichte*, 97(9), 519-530. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54820544>.
- Fink, M., & Rocha-Akis, S. (2024). *Verteilungswirkungen des Ausgleichs der kalten Progression für das Jahr 2025. Zusatzbericht zum Progressionsbericht 2024*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53782588>.
- Fink, M., & Rocha-Akis, S. (2025). Armutsgefährdung und Einkommenswachstum: Paradoxe Zusammenhänge im Prognosekontext. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 51(1), 17-41. <https://doi.org/10.59288/wug511.277>.
- Fiskalrat (2025). *Bericht über die öffentlichen Finanzen 2024 bis 2029*. https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:754b0046-0838-466b-8f64-8091ad2e47e8/FISK-Jahresbericht_2025-Web.pdf.
- Fiskalratbüro (2026). *Aktueller Budgetausblick 2026 und 2027. Schnelleinschätzung des Fiskalratsbüros*. <https://www.fiskalrat.at/presseinformationen/Presseinformation-vom-15.-April-2026.htm> (abgerufen am 16. 4. 2026).
- Fuchs, M., Wohlgemuth, F., & Conforti, D. (2026). *EUROMOD Country Report. Austria (AT) 2022-2025*. Publications Office of the European Union.
- Glaser, T., & Till, M. (2010). Gewichtungungsverfahren zur Hochrechnung von EU-SILC-Querschnittergebnissen. *Statistische Nachrichten*, (7), 566-577.
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., & Vandermeulen, V. (2014). The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. *European Economy, Economic Papers*, (535).
- Horvath, T., Huber, P., Huemer, U., Kogler, M., Mahringer, H., Piribauer, P., Sommer, M., & Weingärtner, S. (2024). *Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2023 bis 2030*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55858191>.
- Horvath, T., Hyll, W., Mahringer, H., Lutz, H., & Spielauer, M. (2022). *Ältere am Arbeitsmarkt: Eine Vorausschau bis 2040 als Grundlage für wirtschaftspolitische Maßnahmen*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/19098022>.

- Horvath, T., Mahringer, H., & Mayrhuber, C. (2025). Älterenbeschäftigungsquoten bis 2030. *WIFO Research Briefs*, (11). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60174119>.
- Lui, Z. Z. (2024). China's Real Economic Crisis, Why Beijing Won't Give Up on a Failing Model. *Foreign Affairs*, 103(5). <https://www.foreignaffairs.com/china/chinas-real-economic-crisis-zongyuan-liu>.
- Maidorn, S. (2018). Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations? *Empirica*, 45(1), 59-82.
- Pacifico, D. (2014). Sreweight: A Stata Command to Reweight Survey Data to External Totals. *The Stata Journal*, 14(1), 4-21. <https://doi.org/10.1177/1536867X1401400103>.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2025). *Gemeinschaftsdiagnose #2-2025 – Expansive Finanzpolitik kaschieret Wachstumsschwäche*. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/62904743>.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026). *Gemeinschaftsdiagnose #1-2026: Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls – Wachstumskräfte versiegen*. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67833047>.
- Scheiblecker, M., & Ederer, S. (2026). Iran-Krieg gefährdet die Konjunkturerholung. Prognose für 2026 und 2027. *WIFO-Monatsberichte*, 99(4), 151-166. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/68109995>.
- Schiman-Vukan, S., Horvath, T., & Spielauer, M. (2025). *Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/64187468>.
- Selektiv (2026, 5. Februar). Interview – WIFO-Ökonom: "Inflation könnte im Jahresschnitt unter 2,0% sinken". <https://www.selektiv.at/wifo-baumgartner-interview/>.
- Statistik Austria (2025). *Detailltabellen zu geleisteter Arbeitszeit, Arbeitsvolumen, Überstunden – Zeitreihen, Arbeitskräfteerhebung 2024*. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/264/13_Arbeitszeit_Arbeitsvolumen_Zeitreihen_bis2024.ods.
- Sutherland, H., & Figari, F. (2013). EUROMOD: The European Union Tax-Benefit Microsimulation Model. *International Journal of Microsimulation*, 6(1), 4-26. <https://doi.org/10.34196/ijm.00075>.

Leichtes Wachstum löst Rezession ab

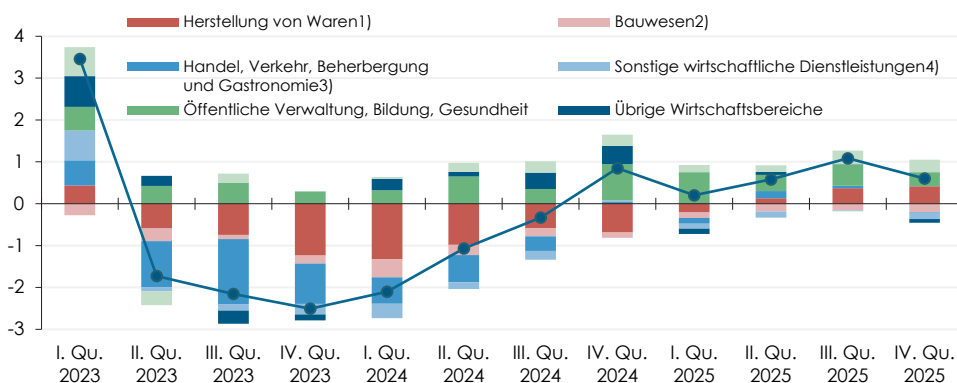
Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2025

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

- Das weltweite Wirtschaftsgeschehen war im Jahr 2025 von einem Wandel der handelspolitischen Rahmenbedingungen geprägt. Die neue Regierung der USA erhöhte die Importzölle nach ihrem Amtsantritt im Jänner 2025 markant.
- In den Schwellenländern expandierte die Wirtschaft weiterhin deutlich kräftiger als in den Industrieländern. Auch im Euro-Raum zeigten sich regionale Unterschiede.
- Die österreichische Wirtschaft wuchs nach zwei Rezessionsjahren wieder leicht um real 0,6%.
- Das Defizit des Gesamtstaates betrug 2025 4,2% des BIP. Im März 2025 wurde ein umfangreiches Konsolidierungsprogramm beschlossen.
- Die schwache Entwicklung der Realeinkommen dämpfte die Konsumausgaben, die Sparquote sank kräftig.
- Die Inflationsrate gemäß VPI kletterte im Jahresdurchschnitt 2025 auf 3,6%, da einige inflationsdämpfende Maßnahmen zu Jahresbeginn ausgelaufen waren.

Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche zum BIP

Real, Veränderung gegen das Vorjahr in % (BIP) bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (Komponenten)



"Nach zwei Rezessionsjahren wuchs die österreichische Wirtschaft im Jahr 2025 wieder leicht. Die Industrieproduktion erholte sich angesichts der trägen Konjunktur im Euro-Raum und der handelspolitischen Unsicherheit nur langsam."

Das österreichische BIP lag ab dem IV. Quartal 2024 wieder über dem Wert des Vorjahres. Während die Bauwirtschaft die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2025 abermals bremste, lieferte der Bereich öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit durchwegs positive Beiträge. Die Herstellung von Waren trug erst ab dem II. Quartal 2025 zum BIP-Wachstum bei, die Dienstleistungen entwickelten sich uneinheitlich (Q: Statistik Austria, WIFO. – 1) ÖNACE 2008, Abschnitt C. – 2) ÖNACE 2008, Abschnitt F. – 3) ÖNACE 2008, Abschnitte G bis I. – 4) ÖNACE 2008, Abschnitte M und N).

Leichtes Wachstum löst Rezession ab

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2025

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

Leichtes Wachstum löst Rezession ab. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2025

Österreichs Wirtschaft wuchs 2025 nach zwei Rezessionsjahren wieder leicht um real 0,6%. Während die Industriekonjunktur langsam an Schwung gewann, verzeichnete die Bauwirtschaft abermals Wertschöpfungseinbußen. Das Defizit des Gesamtstaates betrug 2025 4,2% des BIP. Die schwache Entwicklung der Realeinkommen dämpfte die Konsumausgaben, die Sparquote sank kräftig. Die Inflationsrate stieg insbesondere durch das Auslaufen der Strompreisbremse sowie Gebührenerhöhungen deutlich und betrug im Jahresdurchschnitt 3,6%.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Wirtschaftsentwicklung

Der vorliegende Beitrag analysiert in einem Rückblick das Wirtschaftsgeschehen in Österreich und weltweit mit Fokus auf die heimische Lohn-, Konsum- und Preisentwicklung. Eine Detailanalyse zu den Bereichen Geld- und Finanzmärkte findet sich bei Pekanov (2026, in diesem Heft). Berichte zur Entwicklung von Industrie, Außenhandel und Arbeitsmarkt folgen im Heft 5/2026 der WIFO-Monatsberichte.

Begutachtung: Stefan Ederer • **Wissenschaftliche Assistenz:** Anna Albert (anna.albert@wifo.ac.at), Martina Einsiedl (martina.einsiedl@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Victoria Plöchl (victoria.ploechl@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at), Stephan Schreml (stephan.schreml@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 14. 4. 2026

Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Jürgen Bierbaumer (juergen.bierbaumer@wifo.ac.at), Sandra Bilek-Steindl (sandra.bilek-steinidl@wifo.ac.at), Benjamin Bittschi (benjamin.bittschi@wifo.ac.at), Christian Glocker (christian.glocker@wifo.ac.at), Margit Schratzenstaller (margit.schratzenstaller@wifo.ac.at)

Modest Growth Replaces Recession. The Austrian Economy in 2025

Following two years of recession, Austria's economy grew modestly again in 2025 (+0.6 percent in real terms). While industrial growth gradually gathered pace, the construction sector experienced further losses in value added. The general government deficit stood at 4.2 percent of GDP. Weak growth in real incomes dampened consumer spending, and the savings rate fell sharply. Inflation rose significantly, particularly due to the expiry of the electricity price cap and increases in charges, averaging 3.6 percent for the year.

1. Weltkonjunktur im Zeichen handelspolitischer Verwerfungen

Die Weltwirtschaft wuchs 2025 abermals robust, war jedoch von einem Wandel der handelspolitischen Rahmenbedingungen geprägt.

Die Weltwirtschaft expandierte im Jahr 2025 mit +2,3% ähnlich kräftig wie im Vorjahr und trotzte damit dem tiefgreifenden Wandel der handelspolitischen Rahmenbedingungen. Mit dem Amtsantritt des Kabinetts Trump II im Jänner 2025 begann eine Phase von Importzollerhöhungen, die den globalen Güterhandel belasteten. Die neue Regierung der USA setzt Importzölle als wirtschaftspolitisches Instrument ein, um die amerikanische Industrie zu stärken, Staatseinnahmen zu generieren und Handelspartner unter Druck zu setzen. Der durchschnittliche Zollsatz auf Importe der USA stieg von 2,5% im Jahr 2024 auf über 11% zu Jahresbeginn 2025, kletterte nach den umfassenden Zollankündigungen vom 2. April 2025 auf knapp 16,5% und sank danach wieder. Damit waren 2025 nicht länger das Nachlassen des Inflationsdrucks und die Normalisierung der Lieferketten die prägenden Themen, sondern eine aktiv betriebene, sich sprunghaft verändernde Handelspolitik.

Eine Stütze für den Welthandel, insbesondere im 1. Halbjahr 2025, waren umfangreiche Vorziehimporte in die USA. Importeure tätigten ihre Bestellungen gezielt vor dem Inkrafttreten der angekündigten Zölle. Dies ließ den weltweiten Warenhandel im Jahresdurchschnitt 2025 um rund 4,4% wachsen (2024 +2,5%). Der hohe Durchschnittswert täuscht jedoch über die unterjährige Dynamik hinweg: Im 2. Halbjahr 2025 verlangsamte sich der Welthandel, da die Vorzieheffekte verebbten und die Belastungen durch die nun höheren Zölle zunehmend zum Tragen kamen. Im Jahresverlauf schlossen mehrere wichtige Handelspartner – darunter das Vereinigte Königreich, Japan, Südkorea sowie die EU – Vereinbarungen mit den USA. Diese gaben zwar Planungssicherheit, zementierten aber zugleich ein dauerhaft höheres Zollniveau. Die erratische Handelspolitik der USA führte zu einem Anstieg der wirtschaftspolitischen Unsicherheit und trübte damit weltweit das Investitionsklima.

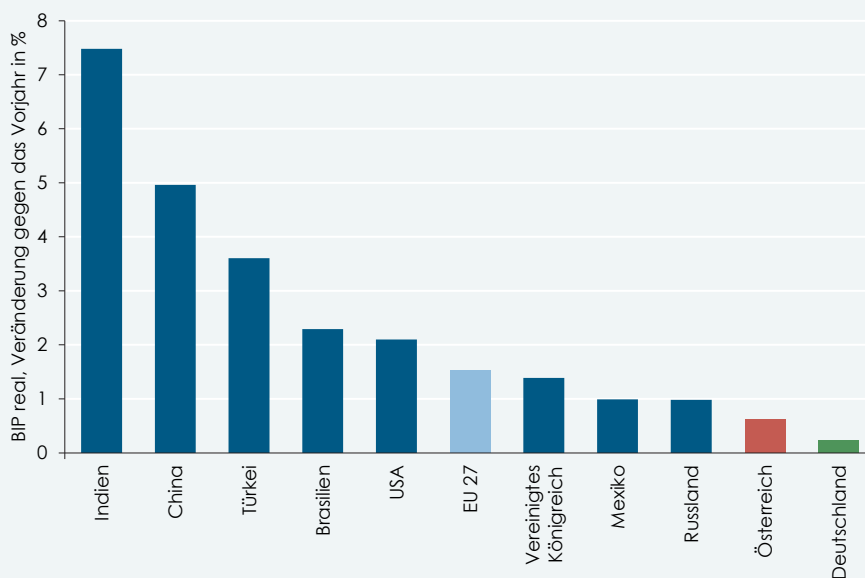
Eine weitere geopolitische Verwerfung folgte aus Israels Angriff auf den Iran im Juni 2025. Der Zwölfstagekrieg löste erhebliche Turbulenzen auf den Rohstoffmärkten aus und trieb die Ölpreise zeitweise stark in die Höhe. Eine erhöhte Förderung der OPEC-Länder bei gedämpfter globaler Nachfrage hielten den Rohölpreis (Sorte Brent) im Jahresdurchschnitt dennoch bei rund 68 \$ je Barrel – deutlich unter dem Vorjahresniveau von knapp 80 \$. Gleichzeitig bewogen die gestiegenen sicherheitspolitischen Risiken eine Reihe von Ländern dazu, ihre Militärausgaben beträchtlich anzuheben. So führte der Beschluss Deutschlands, die Schuldenbremse auszusetzen und ein umfangreiches Sondervermögen für Militär und Infrastruktur einzurichten, auch auf EU-Ebene zur Lockerung der Fiskalregeln zugunsten kreditfinanzierter Militärausgaben.

Die Wirtschaft in den Schwellenländern wuchs 2025 mit 4,4% weiterhin deutlich kräftiger als in den Industrieländern. Unter den BRICS-Ländern stach Indien mit einem BIP-Zuwachs von 7,5% hervor. China erzielte ein Wachstum von 5,0%, gestützt durch eine expansive Fiskal- und Geldpolitik sowie hohe Exportzuwächse zu Jahresbeginn. In der zweiten Jahreshälfte verlangsamte sich die Dynamik dort jedoch, da Zölle der USA den Außenhandel bremsten und strukturelle Schwächen im Immobiliensektor fortbe-

standen. Die Verbraucherpreise stagnierten hingegen weitgehend. Russland verzeichnete im Jahr 2025 nach dem breit getragenen Aufschwung der Vorjahre, der deutlich das Trendwachstum übertrafen hatte, eine Verlangsamung der Konjunktur. Die hohe Auslastung hatte erheblichen Inflationsdruck erzeugt, worauf die Zentralbank mit einer massiven geldpolitischen Straffung reagierte und den Leitzinssatz auf 21% an hob, um die private Nachfrage zu dämpfen. Ähnlich war die Entwicklung in Brasilien. Dort verlangsamte sich das Wachstum von 3,4% im Vorjahr auf 2,3%. Die Inflation stieg dagegen auf rund 5%, was die Zentralbank zu weiteren Leitzinserhöhungen veranlasste.

In den Industrieländern expandierte die Wirtschaft mit 1,8% ebenfalls etwas langsamer als 2024. In den USA betrug das BIP-Wachstum 2,1%. Das Verbrauchervertrauen sank im Umfeld der Zollpolitik, die Sparquote zog sprunghaft an und die realen Konsumausgaben verloren an Dynamik. Im Euro-Raum fiel der Zuwachs mit 1,4% gegenüber dem Vorjahr scheinbar hoch aus, ohne Irland (+12,7%) war er jedoch nur moderat (+0,9%). Überdies waren die regionalen Unterschiede erheblich. So expandierte Spaniens Wirtschaft kräftig (+2,8%), während Deutschland (+0,2%) deutlich hinter dem Durchschnitt zurückblieb.

Abbildung 1: **Wirtschaftswachstum im Jahr 2025**



Q: Eurostat, OECD, nationale Statistikämter, Macrobond.

Die Konjunktur im Euro-Raum wurde 2025 von gegenläufigen Kräften bestimmt. Unterstützend wirkten die steigenden Reallohne, der robuste private Konsum sowie die im Jahresverlauf erstarkenden fiskalischen Impulse aus den erhöhten Militär- und Infra-

strukturausgaben, insbesondere in Deutschland. Bremsend wirkte hingegen die erhebliche Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar, welche die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft verschlechterte. Darüber hinaus belasteten die Zölle der USA

und die allgemeine Handelsunsicherheit die Industrie und die Exportnachfrage. Das verarbeitende Gewerbe nahm somit kaum Fahrt auf, wenngleich die Auftragseingänge im Jahresverlauf zunahmen. Die Beschäftigung im Euro-Raum stieg moderat und die Arbeitslosenquote blieb mit 6,2% auf einem niedrigen Niveau.

rer Energiepreise zum Teil kompensierten. Zudem hatten sich die Inflationserwartungen der amerikanischen Konsument:innen für die nächsten zwölf Monate im Zuge der Zollankündigungen zwischenzeitlich auf nahezu 5% verdoppelt.

Die unterschiedlichen Inflationsprofile spiegelten sich in einer ausgeprägten Divergenz der Geldpolitik. So senkte die EZB ihren Einlagezinssatz in acht Schritten von 4,0% im Sommer 2024 auf 2,0% Mitte 2025 und beendete damit ihren Lockerungszyklus. In den USA dagegen hielt die Notenbank den Leitzins angesichts der hartnäckigen Inflation weitgehend konstant bei 4,25% bis 4,5%, bevor im September 2025 eine erste Senkung auf 4,0% bis 4,25% erfolgte.

Die weltweite Inflation verlangsamte sich im Jahr 2025 weiter.

Die Inflationsrate sank in den Industrieländern auf durchschnittlich 2,5%, in den Schwellenländern auf 3,1%. Im Euro-Raum näherte sie sich mit 2,1% dem Zielwert der Europäischen Zentralbank (EZB) an. Begünstigt wurde dies u. a. durch die Euro-Aufwertung. In den USA blieb die Inflationsrate mit 2,7% über dem Zielwert der Notenbank, da zollbedingte Preissteigerungen bei importierten Waren den dämpfenden Effekt niedrige-

Während die öffentliche Verwaltung, das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie die Herstellung von Waren die Wirtschaft stützten, büßte die Bauwirtschaft abermals an Wertschöpfung ein. Die Dienstleistungsbereiche entwickelten sich uneinheitlich.

2. Österreich: Leichter Anstieg der Wirtschaftsleistung

2.1 Dynamik insgesamt schwach und sektoral uneinheitlich

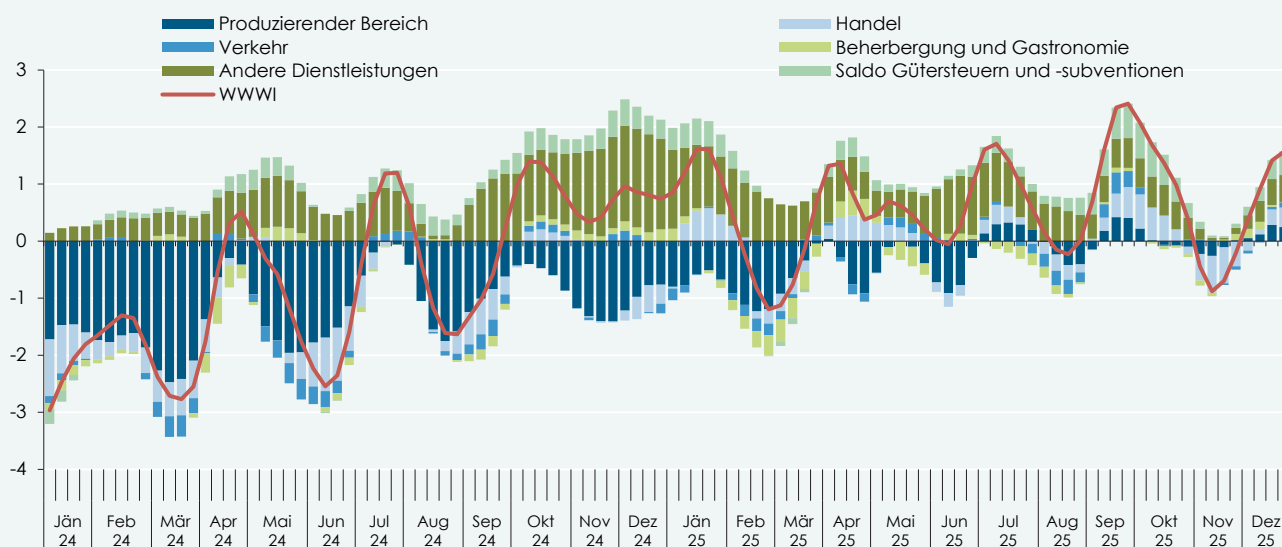
Nach zwei Rezessionsjahren durchlief die österreichische Wirtschaft 2025 eine moderate Erholung. Nachdem das BIP 2024 preisbereinigt um 0,7% zurückgegangen war, stieg es wieder leicht um 0,6% an (nominell +3,8%). Unterjährig zeigte sich jedoch keine kontinuierliche Konjunkturaufhellung, sondern ein Wechsel von Wachstum und Stagnation.

Auch im Vorjahresvergleich verlief die Wirtschaftsleistung gemäß dem Wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) ungleich-

mäßig mit sowohl positiven als auch negativen Vorzeichen¹⁾. Vom produzierenden Bereich gingen, vor allem gedämpft durch die Bauwirtschaft, mehrheitlich negative Beiträge aus. Die Dienstleistungen schnitten uneinheitlich ab. Während Handel, Verkehr sowie Beherbergung und Gastronomie (ÖNACE 2008, Abschnitte G bis I) über einige Wochen das BIP dämpften, entwickelten sich die übrigen Marktdienstleistungen (Abschnitte J bis N) sowie der Bereich öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheit (Abschnitte O bis Q) überwiegend positiv (Abbildung 2).

Abbildung 2: **Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) – Teilkomponenten der Entstehungsseite**

Veränderung gegen das Vorjahr in % (Gesamtindex) bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (Komponenten)



Q: Statistik Austria, WIFO. Produzierender Bereich (ÖNACE 2008, Abschnitte A bis F), Handel (ÖNACE 2008, Abschnitt G), Verkehr (ÖNACE 2008, Abschnitt H), Beherbergung und Gastronomie (ÖNACE 2008, Abschnitt I), andere Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte J bis T). Die Summe der Wachstumsbeiträge der Teilkomponenten kann vom geschätzten BIP-Wachstum abweichen (Residuum).

¹⁾ Da es sich um unbereinigte Werte im Vergleich zum Vorjahr handelt, spielten teilweise auch Kalendereffekte eine Rolle.

Übersicht 1: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 3,4	- 4,9	+ 2,2	+ 1,6
Bergbau, Herstellung von Waren, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	+ 8,8	- 2,6	- 5,0	- 0,7
Herstellung von Waren	+ 8,3	- 3,3	- 5,6	+ 1,2
Bau	- 7,8	- 3,7	- 4,2	- 2,9
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	+ 1,0	- 7,9	- 3,0	+ 0,9
Verkehr und Lagerei	+ 19,4	+ 0,1	- 1,5	- 0,3
Beherbergung und Gastronomie	+ 84,9	+ 3,7	- 0,3	- 1,4
Information und Kommunikation	+ 4,2	+ 5,3	+ 1,7	+ 0,8
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	- 0,1	- 7,3	+ 4,6	+ 0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 1,5	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,7
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	+ 7,5	+ 0,5	- 1,9	- 1,2
Öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit ²⁾	+ 2,2	+ 2,8	+ 3,4	+ 2,8
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	+ 20,8	+ 2,6	+ 0,9	- 0,7
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	+ 6,5	- 1,0	- 1,0	+ 0,4
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	+ 5,3	- 0,8	- 0,7	+ 0,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macroband. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M und N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, persönliche Dienstleistungen, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die österreichische Industrie überwand 2025 die Rezession der beiden Vorjahre, die geringe europäische Nachfrage wirkte jedoch weiterhin belastend (Scheiblecker, 2026). Die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung expandierte leicht um 1,2% (2024 -5,6%, 2023 -3,3%). Unterjährig war vor allem zu Jahresbeginn eine positive Dynamik zu erkennen (saisonbereinigt und gegenüber dem Vorquartal), diese ebnete allerdings im IV. Quartal 2025 wieder ab. Im Vorjahresvergleich lag die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung ab dem II. Quartal 2025 über dem Niveau des Vorjahres.

In der Bauwirtschaft setzte sich die Schwächephase hingegen auch 2025 fort. Die Wertschöpfung ging das siebte Jahr in Folge zurück (2025 -2,9%). Während der Wohnbau von verbesserten Finanzierungsbedingungen infolge der Leitzinssenkungen der EZB profitierte, hinterließ die Rezession Spuren im sonstigen Hochbau (Industrie-, Büro- und Geschäftsbau; Klien & Weingärtler, 2026).

Dem Handel, dessen Wertschöpfung in den beiden Vorjahren geschrumpft war, gelang 2025 wieder ein leichter Zuwachs (+0,9%, im Detail siehe Kapitel 2.4). Beherbergung und Gastronomie büßten hingegen abermals an Wertschöpfung ein (-1,4%, 2024 -0,3%), obwohl sich die Nächtigungszahlen erneut sehr positiv entwickelten (+1,9% gegenüber dem Vorjahr). Jedoch dämpften die kräftigen

Preissteigerungen zusammen mit der anhaltend hohen Sparneigung der Gäste die realen Einnahmen und schmälerten die preisliche Attraktivität des Standorts (Burton & Ehn-Fragner, 2023; Peneder et al., 2025).

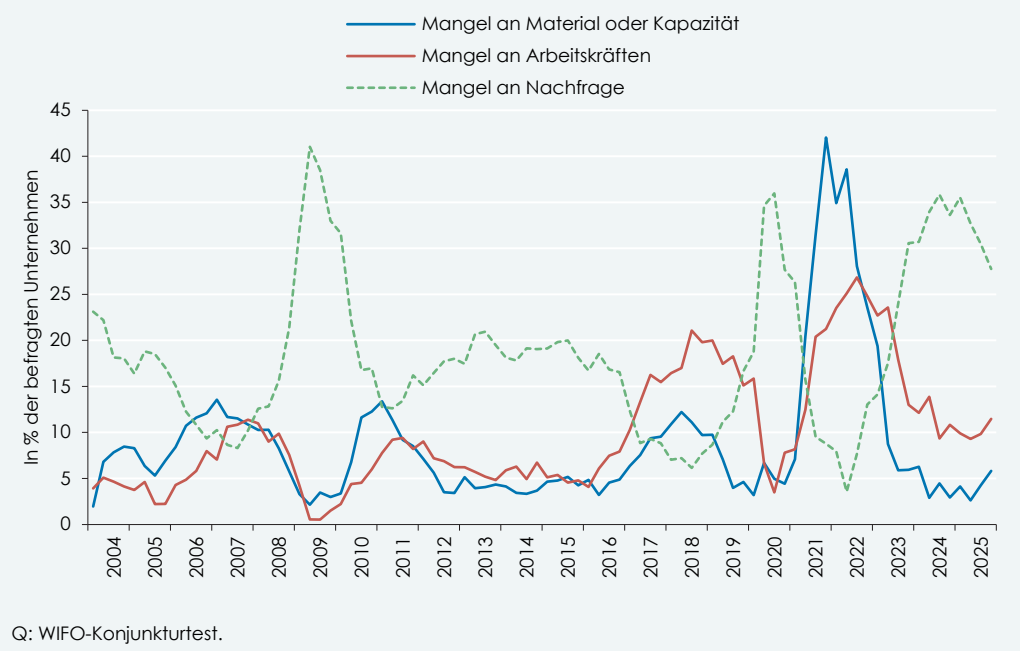
Wertschöpfungsrückgänge wurden auch in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (-1,2%), den sonstigen Dienstleistungen (-0,7%) sowie im Verkehr (-0,3%) beobachtet. Zuwächse verzeichneten hingegen der Bereich öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit (+2,8%), das Grundstücks- und Wohnungswesen (+2,7%), die Information und Kommunikation (+0,8%) sowie das Finanz-, Kredit- und Versicherungswesen (+0,1%).

Der Konjunkturaufhellung entsprechend verbesserten sich auch die Einschätzungen der österreichischen Unternehmen im Jahresverlauf 2025 leicht. Dennoch überwog laut WIFO-Konjunkturtest beinahe das gesamte Jahr hindurch der Pessimismus, sowohl bezüglich der aktuellen Wirtschaftslage als auch hinsichtlich der unternehmerischen Erwartungen. Ab der Jahresmitte 2023 hatten die befragten Sachgütererzeuger die Nachfrageschwäche als bedeutendstes Produktionshemmnis eingestuft. Diese Wahrnehmung setzte sich im Jahr 2025 fort, wenngleich die entsprechenden Meldungen ab April leicht zurückgingen (Abbildung 3).

Die Konjunktureinschätzungen stabilisierten sich 2025, die österreichischen Unternehmen beklagten jedoch abermals die Nachfrageschwäche.

Abbildung 3: **Produktionshemmnisse in der Sachgütererzeugung**

Saisonbereinigt



Nachdem die Unternehmensinsolvenzen während der Rezessionsjahre bereits deutlich angestiegen waren, legten sie 2025 nochmals leicht zu (+3,4%). Insgesamt wurden 6.810 Insolvenzfälle²⁾ verzeichnet. Die am stärksten betroffenen Wirtschaftsbereiche waren erneut der Handel, das Bauwesen sowie Beherbergung und Gastronomie.

quote sank auf 9,9% (2024: 11,7%). Während die Ausgaben für nichtdauerhafte Güter und Dienstleistungen nahezu stagnierten, stiegen jene für dauerhafte Konsumgüter deutlich (siehe Kapitel 2.4). Der private Konsum lieferte in der wöchentlichen Betrachtung (gemäß WWWI) zwar überwiegend positive Impulse, zwischenzeitlich jedoch auch negative. Die öffentliche Konsumnachfrage wurde hingegen mit +2,4% spürbar und das gesamte Jahr hindurch ausgeweitet. Insgesamt legte der Konsum 2025 um 1,0% zu.

Die Investitions- und Konsumnachfrage verliefen 2025 leicht positiv.

Die Investitionsnachfrage der Unternehmen entwickelte sich trotz der herausfordernden Konjunktur positiv (Bruttoanlageinvestitionen +1,4%). Während die Bauinvestitionen schrumpften (-2,9%), expandierten die Ausrüstungsinvestitionen kräftig (+9,2%). Besonders hoch war die Nachfrage nach Maschinen, Elektrogeräten und Fahrzeugen. Gemäß der WIFO-Investitionsbefragung (Friesenbichler & Agnezy, 2026) war die Investitionstätigkeit österreichischer Unternehmen in erster Linie durch technologische Entwicklungen getrieben. Investitionen dienten eher dem Ersatz veralteter Anlagen oder Ausrüstungen als der Kapazitätserweiterung.

Der Außenhandel litt 2025 unter der internationalen Nachfrageschwäche sowie der geo- und handelspolitischen Unsicherheit. Die ungestete Zollpolitik der USA belastete die Warenexporte nach Übersee. Gemäß WWWI war der Außenbeitrag vor allem in der ersten Jahreshälfte negativ. Die Exporte insgesamt nahmen im Jahr 2025 um 0,3% zu (Güter -0,2%), die Importe um 1,7% (Güter +1,7%). Nominell expandierten die Ausfuhren um 2,0% und die Einfuhren um 2,2%. Nach dem Rückgang der Importpreise im Jahresdurchschnitt 2024 stiegen diese 2025 wieder leicht (+0,4%). Die Exporte verteuerten sich im Vorjahresvergleich um 1,7%.

Die rückläufige Entwicklung der Realeinkommen dämpfte die Konsumnachfrage der privaten Haushalte. In der Folge nahm sie 2025 nur geringfügig um 0,5% zu und die Spar-

²⁾ Eröffnete und nicht eröffnete Fälle gemäß Kredit-schutzverband von 1870 (KSV1870).

Übersicht 2: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

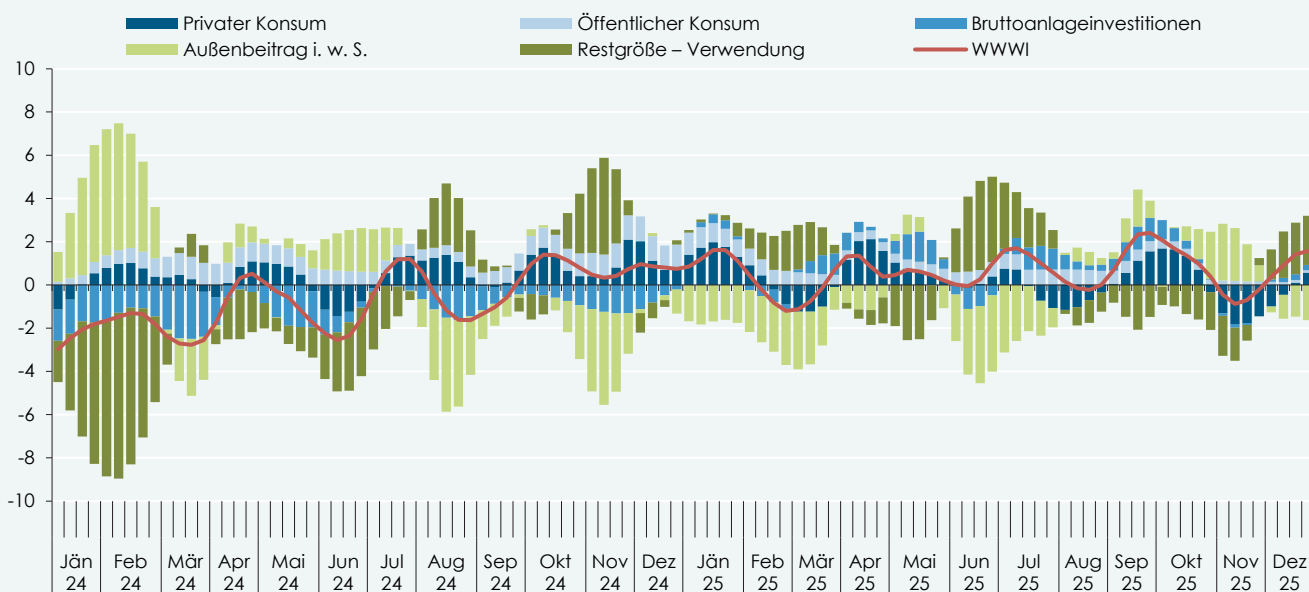
Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 3,7	+ 0,0	+ 1,8	+ 1,0
Private Haushalte ¹⁾	+ 5,4	- 0,2	+ 1,0	+ 0,5
Staat	+ 0,0	+ 0,6	+ 3,8	+ 2,4
Bruttoinvestitionen	+ 5,0	- 10,4	- 9,1	+ 2,0
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,3	- 1,3	- 4,3	+ 1,4
Ausrüstungen ²⁾	- 1,7	+ 1,2	- 4,4	+ 9,2
Bauten	- 2,1	- 4,5	- 5,9	- 2,9
Sonstige Anlagen ³⁾	+ 5,8	+ 2,3	- 0,8	- 0,2
Inländische Verwendung	+ 3,9	- 3,1	- 0,8	+ 1,4
Exporte	+ 9,4	- 0,6	- 2,3	+ 0,3
Importe	+ 6,9	- 4,3	- 2,6	+ 1,7
Bruttoinlandsprodukt	+ 5,3	- 0,8	- 0,7	+ 0,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Abbildung 4: **Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) – Teilkomponenten der Verwendungsseite**

Veränderung gegen das Vorjahr in % (Gesamtwirtschaftsindex) bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (Komponenten)



Q: Statistik Austria, WIFO.

2.2 Verschuldung steigt aufgrund der Rezession und krisenbedingter Mehrausgaben deutlich

Bereits vor der Nationalratswahl Ende September 2024 hatte sich eine mittelfristige Verfehlung der reformierten EU-Fiskalregeln abgezeichnet. Bei Amtsübernahme der neuen Regierung Anfang März 2025 wurde ohne weitere Gegenmaßnahmen mit einem Anstieg des gesamtstaatlichen Maastricht-Defizits von 4,7% (2024) auf 5,8% des BIP (2025) und einer Zunahme des Schuldenstands auf 96,5% des BIP bis 2029 gerechnet (Bundesministerium für Finanzen – BMF, 2025).

Die neue Bundesregierung hat daher im März 2025 ein umfangreiches Konsolidierungsprogramm beschlossen, das mit dem Doppelhaushalt 2025/26 sowie dem Bundesfinanzrahmen bis 2029 konkretisiert wurde (BMF, 2025; Pitlik & Schratzenstaller, 2025). Es soll das Maastricht-Defizit bis 2028 auf knapp unter 3% und 2029 weiter auf 2,8% der Wirtschaftsleistung drücken (Übersicht 3). Die Schuldenquote steigt nach diesen Plänen bis 2028 auf 87% des BIP und sinkt erst anschließend wieder leicht auf 86,9% im Jahr 2029.

Das Volumen der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen soll von 7 Mrd. € 2025 auf 16,5 Mrd. € 2029 ansteigen (Abbildung 5).

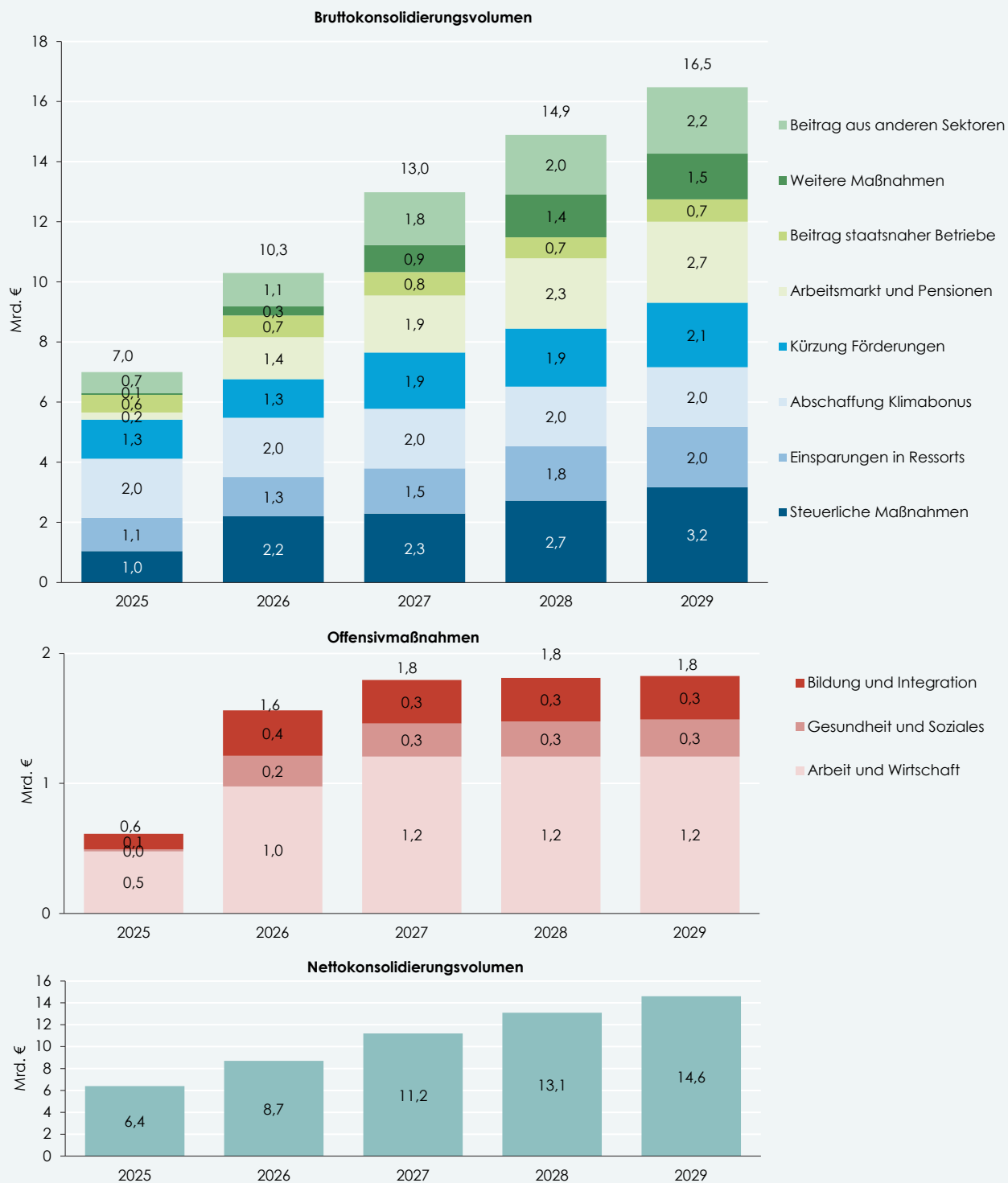
Seit Juli 2025 befindet sich Österreich im EU-Defizitverfahren.

Übersicht 3: **Budgetdefizit und Staatsverschuldung gemäß mittelfristiger Budgetplanung vom Mai 2025**

	2024	2025	2026	2027	2028	2029
	In % des BIP					
Budgetdefizit	- 4,7	- 4,5	- 4,2	- 3,5	- 3,0	- 2,8
Schuldenquote	81,8	84,7	86,2	86,9	87,0	86,9

Q: Bundesministerium für Finanzen (2025).

Abbildung 5: **Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung im Überblick**



Q: Bundesministerium für Finanzen (2025), WIFO-Darstellung. Offensivmaßnahmen verringern als Mehrausgaben oder Steuermindereinnahmen das Bruttokonsolidierungsvolumen.

Gut 70% des geplanten Konsolidierungsvolumens ergeben sich aus ausgabenseitigen Maßnahmen. Diese umfassen eine Reihe von Kürzungen in unterschiedlichen Bereichen. Die Abschaffung des Klimabonus ist mit knapp 2 Mrd. € die umfangreichste Einzelmaßnahme. Hinzu kommen Einsparungen in der Verwaltung der Bundesressorts sowie in den Bereichen Arbeitsmarkt (Abschaffung der Bildungskarenz) und Pensionen (Maßnahmen zur Erhöhung des effektiven Pensionsantrittsalters), Kürzungen bei Förderungen (insbesondere im Bereich Klimaschutz) sowie Einsparungen bei Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern. Knapp 30% des Bruttokonsolidierungsvolumens sollen einnahmenseitig erbracht werden, insbesondere durch die Erhöhung diverser Steuern, Abgaben und Gebühren sowie aus Dividenden staatsnaher Unternehmen.

2023 hatte das gesamtstaatliche Defizit mit 2,6% des BIP erstmals seit 2019 die 3%-Obergrenze unterschritten, war aber 2024 wieder markant auf 4,6% der Wirtschaftsleistung angestiegen. 2025 ging das Maastricht-Defizit auf 4,2% zurück und lag damit unter den Erwartungen des BMF laut mittelfristiger Budgetplanung vom Mai 2025 (4,5% des BIP). Dazu trug der Bund mit 3,0% bei und wies damit ein geringeres Defizit auf als erwartet (3,5%), Länder und Gemeinden mit insgesamt 1,1% dagegen ein leicht höheres (1,0%). Auf die Sozialversicherungen entfielen 0,1%. Die Staatsschuldenquote erreichte 2025 81,5% des BIP (2024: 80,0%). Die Staatsausgabenquote verringerte sich um 0,1 Prozentpunkt auf 55,2%. Die Staatsausgaben wuchsen insgesamt um 3,6%. Der Zuwachs beruhte vor allem auf einem Anstieg der monetären Sozialleistungen (+6,1%) und der sozialen Sachleistungen (+6,3%) sowie auf einer kräftigen Steigerung der Zinszahlungen um 12,6% auf knapp 8,3 Mrd. €. Dämpfend wirkten merkliche Rückgänge bei den Ausgaben für Subventionen und Investitionen. Die Staatseinnahmen stiegen 2025 auf 51,0% des BIP (2024: 50,7%). Mit +4,5% gegenüber dem Vorjahr wuchsen sie rascher als die Staatsausgaben. Steuern (+4,8%) und Sozialbeiträge (+5,0%) machten in Summe 86,5% der Staatseinnahmen aus.

2.3 Reallöhne stagnieren

Das wirtschaftliche Umfeld des Jahres 2025 wirkte bremsend auf die Entwicklung der Erwerbseinkommen. Nach zwei Rezessionsjahren in Folge blieb das BIP-Wachstum sehr verhalten und die Zahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten stagnierte bei rund 3,9 Mio. Auch aus dem zaghaften Produktivitätswachstum – das reale BIP je Erwerbstätigen stieg lediglich um 0,4% – ergab sich kein Rückenwind für die Lohnentwicklung. Da sich die Lohnverhandlungen an vergangenen Inflationsraten orientieren, waren die Real-löhne 2024 trotz der Rezession (BIP

real –0,7%) kräftig gestiegen. Dies begünstigte 2025 einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 7,4%. Bei einer weiterhin hohen Jahresinflation von 3,6% legten die Tariflöhne um 3,9% zu. Aufgrund der anhaltend schwachen Konjunktur ergab sich allerdings eine negative Lohndrift von –0,3%, wodurch die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigtenverhältnis im Einklang mit der Inflation um 3,6% anstiegen.

Von den wichtigen Kollektivvertragsabschlüssen für das Jahr 2025 war jener der Metallindustrie vom November 2024 in Grundzügen bereits im Vorjahr von den Gewerkschaften und Fachverbänden beschlossen worden. Die Anhebung der Kollektivvertragslöhne und -gehälter erfolgte im Ausmaß der rollierenden Inflation (+3,8%), jene der Ist-Löhne und -Gehälter um 4,8% ergab sich aus der rollierenden Inflation zuzüglich 1 Prozentpunkt. Im öffentlichen Dienst bzw. im Handel lag der Abschluss bei durchschnittlich 3,5% bzw. 3,3%.

In der Frühjahrslohnrunde zeigten sich im Bereich der Industrie bereits deutlich niedrigere Abschlüsse. In der Elektro- und Elektronikindustrie einigte man sich auf einen gestaffelten Abschluss, welcher eine Erhöhung der Ist-Löhne und -Gehälter von 2,75% vorsah, jedoch mit maximal 115 € gedeckelt war. Ein Abschluss nach ähnlichem Muster wurde in der chemischen Industrie vereinbart (Ist-Löhne und Gehälter +2,65%; mindestens +80 €, höchstens +113 €). In den Dienstleistungen waren die Lohnabschlüsse höher. Das Hotel- und Gastgewerbe schloss mit Kollektivvertragserhöhungen von 3,9% ab, das Bankwesen mit 3,0%.

Im gewichteten Durchschnitt führten die Lohnabschlüsse zu einem Anstieg des Tariflohnindex um 3,9% und lagen geringfügig über der Jahresinflationsrate von 3,6%. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine deutliche Verlangsamung des Tariflohnwachstums (Übersicht 4). In Tourismus und Freizeitwirtschaft war es am dynamischsten (+5,9%), im Handel am schwächsten (+3,3%).

Die kollektivvertraglichen Lohnvereinbarungen bestimmen die Entwicklung der Mindestlöhne, von welchen die tatsächliche Entlohnung abweichen kann. Dies war im Jahr 2025 der Fall, wenn auch in geringem Ausmaß (Übersicht 5). Insgesamt stiegen die nominellen Bruttolöhne und -gehälter mit 3,8% etwas schwächer als die tariflichen Mindestlöhne, pro Kopf wuchsen die Bruttolöhne mit +3,6% noch etwas langsamer. Der im Jahr 2025 weiterhin lebhaftere Verbraucherpreisauftrieb bestimmte die verhaltene Entwicklung der realen Brutto- und Nettolöhne und -gehälter pro Kopf, welche stagnierten (0,0%) bzw. sogar leicht sanken (–0,4%).

Die weiterhin hohe Verbraucherpreis-inflation führte im Jahr 2025 zu stagnierenden Bruttorealeinkommen bzw. leicht sinkenden Netto-realeinkommen.

Übersicht 4: Entwicklung der kollektivvertraglichen Mindestbezüge

	Gewichtung	Tariflohnindex 2016 ¹⁾	
		Beschäftigte insgesamt	
		2024	2025
Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Tariflohnindex insgesamt	1.000.000	+ 8,5	+ 3,9
Ohne öffentlich Bedienstete	837.726	+ 8,3	+ 4,0
Gewerbe und Handwerk	196.327	+ 8,4	+ 4,0
Industrie	163.994	+ 7,4	+ 3,5
Handel	127.187	+ 8,6	+ 3,3
Transport und Verkehr	54.763	+ 8,5	+ 4,7
Tourismus und Freizeitwirtschaft	49.712	+ 7,9	+ 5,9
Banken und Versicherungen	37.035	+ 8,5	+ 4,2
Information und Consulting	67.321	+ 8,3	+ 3,7
Öffentlich Bedienstete	162.274	+ 9,4	+ 3,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond; WIFO-Berechnungen auf Basis des Tariflohnindex 2016. – ¹⁾ Aufgrund von Rundungen können die Wachstumsraten geringfügig von den von Statistik Austria veröffentlichten Indexwerten abweichen.

Übersicht 5: Entwicklung der Löhne und Gehälter

	2023	2024	2025
Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Löhne und Gehälter insgesamt			
Brutto	+ 8,3	+ 7,4	+ 3,8
Netto ¹⁾	+ 8,8	+ 7,3	+ 3,3
Beschäftigte ²⁾	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,1
Löhne und Gehälter pro Kopf ³⁾			
Brutto nominell	+ 7,1	+ 6,5	+ 3,6
Brutto real ⁴⁾	- 0,6	+ 3,5	+ 0,0
Netto nominell ¹⁾	+ 7,5	+ 6,5	+ 3,2
Netto real ¹⁾⁴⁾	- 0,2	+ 3,5	- 0,4
Geleistete Arbeitsstunden pro Kopf ³⁾	- 0,1	- 0,5	+ 0,4
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde			
Brutto nominell	+ 7,2	+ 7,1	+ 3,2
Brutto real ⁴⁾	- 0,5	+ 4,1	- 0,4
Netto nominell ¹⁾	+ 7,7	+ 7,0	+ 2,7
Netto real ¹⁾⁴⁾	- 0,1	+ 4,0	- 0,8

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ 2025: laut WIFO-Konjunkturprognose vom April 2026. – ²⁾ Unselbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ³⁾ Je unselbständiges Beschäftigungsverhältnis. – ⁴⁾ Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (VPI).

Die realen Konsumausgaben der österreichischen Haushalte legten im Jahr 2025 kaum mehr zu.

Die unselbständige Beschäftigung nahm gegenüber dem Vorjahr um nur mehr 0,2% zu, die effektive Pro-Kopf-Arbeitszeit um 0,4%. Über alle Branchen hinweg lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der unselbständig Beschäftigten 2025 bei 27,5 Stunden – ein Anstieg um 0,5% gegenüber 2024. Daher fällt die Einkommensentwicklung verhaltener aus, wenn die Arbeitsstunde als Bezugspunkt gewählt wird. In der Bruttobetrachtung stiegen die Löhne und Gehälter je geleisteter Arbeitsstunde im Jahr 2025 um 3,2% (real -0,4%) und netto um 2,7% (real -0,8%).

2.4 Schwache Entwicklung der Realeinkommen dämpft Konsumausgaben und lässt Sparquote kräftig sinken

Im Jahr 2025 nahm die reale Konsumnachfrage nach Waren und Dienstleistungen nach vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria um 0,5% zu (Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck). Damit halbierte sich der Anstieg gegenüber dem Vorjahr (Übersicht 7). Auch der Inlandskonsum³⁾ wuchs 2025 mit +½% langsamer als noch im Jahr davor. Laut den Daten der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ließ die Ausgabenbereitschaft speziell im 2. Halbjahr 2025 nach. Nominell nahm der private

³⁾ Der Inlandskonsum entspricht den Konsumausgaben von in Österreich wohnhaften Personen im Inland sowie von Tourist:innen im Inland.

Konsum (Inländerkonzept) im Jahresdurchschnitt um 3,2% zu (2024: 4,3%, Übersicht 6).

Nachdem das real verfügbare Haushaltseinkommen die zentrale Determinante der Konsumnachfrage darstellt, ist seine Entwicklung und Zusammensetzung von entscheidender Bedeutung. Die privaten Haushalte treffen Konsumententscheidungen zumeist innerhalb dieser Budgetrestriktionen, vor allem bei eingeschränktem Zugang zu Krediten⁴⁾. Eine zentrale Rolle spielt auch die Unsicherheit über die künftige Einkommensentwicklung und die weiteren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen⁵⁾. Im Jahr 2024 stiegen die verfügbaren Haushaltseinkommen nicht nur nominell (+7,8%), sondern auch real (+4,4%) sehr kräftig (Übersicht 6). Der nachlassende Preisauftrieb in Verbindung mit hohen Lohn- und Gehaltsabschlüssen stärkte die realen Einkommen. Ein Großteil davon wurde

jedoch nicht ausgegeben, sondern gespart, womit die Sparquote 2024 knapp 12% erreichte. Für 2025 weisen die vorläufigen Daten von Statistik Austria einen sehr schwachen Anstieg der verfügbaren Einkommen aus. Nominell dürften die Haushaltseinkommen nur um gut 1% gestiegen sein, was preisbereinigt einen Rückgang von 1,6% bedeutet. Dämpfend wirkte vor allem die deutlich negative Entwicklung der Vermögens-einkommen, die auch zur geringen Ersparnisbildung beigetragen haben dürfte. Die Arbeitnehmerentgelte, welche typischerweise konsumwirksam sind, legten dagegen auch 2025 zu (nominell +3,7%, Konsumdeflator +2,7%, ergibt real +0,9%). Die Sparquote wird vorläufig mit 9,9% ausgewiesen. Dies entspräche zwar einem Rückgang von rund 2 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Im langfristigen Vergleich seit 2010 wäre die Quote aber weiterhin sehr hoch.

Geringere Vermögens-einkommen dämpften 2025 das verfügbare Haushaltseinkommen und somit die Sparquote. Die positive Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte wirkte dem etwas entgegen.

Übersicht 6: **Privater Konsum, verfügbares Einkommen, Konsumquote**

	Privater Konsum ¹⁾		Verfügbares Einkommen, netto		Konsumquote ²⁾
	Nominell	Real ³⁾	Nominell	Real ³⁾	
	Veränderung in % p. a.				
Ø 2013/2017	+ 2,9	+ 1,2	+ 2,9	+ 1,3	± 0,0
Ø 2017/2021	+ 1,3	- 0,4	+ 2,5	+ 0,8	- 1,2
Ø 2021/2025	+ 7,1	+ 1,6	+ 6,6	+ 1,1	+ 0,5
2022	+13,5	+ 5,4	+10,4	+ 2,5	+ 2,8
2023	+ 7,9	- 0,2	+ 7,4	- 0,7	+ 0,4
2024	+ 4,3	+ 1,0	+ 7,8	+ 4,4	- 3,3
2025	+ 3,2	+ 0,5	+ 1,1	- 1,6	+ 2,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Konsum in % des verfügbaren Einkommens (netto). – ³⁾ Auf Basis von Vorjahrespreisen.

Eine nähere Betrachtung der Konsumausgaben nach Güterarten zeigt für das Jahr 2025 folgendes Bild (Übersicht 7):

- Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern legte erstmals seit dem Jahr 2021 wieder deutlich zu (real +2,9%, vorläufig). Das lässt sich primär auf Pkw-Neanschaffungen zurückführen, welche im Gesamtjahr 2025 um 27,5% (bzw. rund +22.500⁶⁾) auf über 100.000 anwuchsen, womit der Wert des Vorkrisenjahres 2019 beinahe erreicht wurde.
- Nach Jahren real rückläufiger Ausgaben fragten die privaten Haushalte auch wieder vermehrt nichtdauerhafte Konsumgüter nach (+0,9%). Dazu zählen z. B. Nahrungsmittel und Getränke sowie Energie und Treibstoffe.

- Die Nachfrage nach halbdauerhaften Gütern, die etwa Bekleidung, Schuhe, Heimtextilien oder Haushaltsartikel umfassen, stieg nach vorläufigen Daten real um 2,2% (nach +3,1% 2024).
- Der Dienstleistungskonsum sank dagegen leicht (real -0,3%, vorläufig; 2024 +1,2%).

Die ab der zweiten Jahreshälfte 2024 beobachtete, schrittweise Eintrübung des Verbrauchervertrauens hielt bis April 2025 an, bevor im weiteren Jahresverlauf eine Besserung auf niedrigem Niveau eintrat (Abbildung 6). Gemessen am harmonisierten EU-Konsumklimaindex stieg der Indexwert von April bis Dezember 2025 um gut 5 Prozentpunkte, blieb mit -16 Punkten aber deutlich im pessimistischen Bereich. Zum Anstieg

Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern war 2025 erstmals seit vier Jahren wieder positiv, die Ausgaben für Dienstleistungen dagegen leicht rückläufig.

Das Verbrauchervertrauen verbesserte sich im Jahresverlauf 2025 moderat.

⁴⁾ Je nach volkswirtschaftlicher Theorie beziehen die Haushalte nicht nur das derzeitige Einkommen, sondern auch ein künftig erwartetes, dauerhaftes Einkommen in ihre Konsumententscheidungen ein.

⁵⁾ Mit der wahrgenommenen Unsicherheit (z. B. infolge makroökonomischer Schocks) erhöht sich typischerweise die Vorsichtssparneigung der privaten Haushalte. Damit sind sie in ihren Konsumausgaben auch dann zurückhaltender, wenn das laufende Einkommen stabil bleibt.

⁶⁾ Vor allem im II. und III. Quartal 2025 war eine hohe Dynamik bei den Pkw-Neuzulassungen zu verzeichnen (+29,3% bzw. +47,5%). Dies lag mitunter an den Änderungen bei der motorbezogenen Versicherungssteuer ab 1. April 2025, wonach diese nun auch für Elektroautos zu entrichten ist bzw. bei Plug-In-Hybride der CO₂-Abzugsposten verringert wurde. Gleichzeitig konnten Anträge für die "E-Auto-Förderung 2024" noch bis 31. Mai 2025 eingereicht werden.

trugen die optimistischeren Erwartungen der Konsument:innen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden 12 Monaten bei. Ebenso gaben wieder mehr Befragte an, größere Anschaffungen tätigen zu wollen. Hinsichtlich der finanziellen Lage der

privaten Haushalte zeigten die Rückmeldungen im Jahresverlauf 2025 keine wesentliche Dynamik. Die Einschätzung zur Arbeitslosigkeitseentwicklung⁷⁾ verbesserte sich um knapp 10 Punkte.

Übersicht 7: Entwicklung im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz-Handel)	Einzelhandel (ohne Kfz-Handel)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Umsätze, nominell				
2023	- 0,8	+ 11,8	- 5,5	+ 2,9
2024	- 0,8	+ 2,1	- 3,3	+ 2,1
2025	+ 2,1	+ 6,3	+ 0,6	+ 2,7
Umsätze, real				
2023	- 3,6	+ 4,4	- 5,6	- 3,5
2024	- 1,6	+ 0,5	- 3,3	+ 0,5
2025	+ 0,6	+ 3,4	- 0,3	+ 0,8
Preise (Ø 2015 = 100)				
2023	+ 3,1	+ 7,1	+ 0,3	+ 6,7
2024	+ 0,8	+ 1,7	± 0,0	+ 1,7
2025	+ 1,5	+ 2,8	+ 0,9	+ 1,8
Beschäftigung				
2023	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	- 0,9
2024	- 0,9	+ 1,7	- 0,7	- 1,6
2025	- 1,5	+ 0,6	- 1,6	- 2,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Im Vergleich zu Deutschland bzw. dem gesamten Euro-Raum waren die österreichischen Konsument:innen in den letzten Jahren pessimistischer gestimmt, ablesbar an den negativeren Salden. Die Stimmungsaufhellung ab dem Frühjahr 2025 war jedoch weder in Deutschland noch im Euro-Raum insgesamt beobachtbar (Abbildung 6).

Österreichs Handel litt in den Jahren 2023 und 2024 – wie auch die meisten anderen Wirtschaftssektoren – stark unter den Folgen der Teuerungswelle des Jahres 2022, konnte sich 2025 aber leicht erholen. Die nominellen Umsätze stiegen nach zwei Jahren des Rückgangs (jeweils -0,8%) wieder um 2,1% an, wozu alle drei Bereiche (Großhandel, Einzelhandel und Kfz-Handel) beitrugen. In den Jahren 2022 bis 2024 war die Entwicklung noch uneinheitlich gewesen.

Der Preisauftrieb im Handel insgesamt betrug im Jahr 2025 1,5% (2024 +0,8%, 2023 +3,1%) und blieb damit abermals unter der allgemeinen Teuerung. Im Großhandel (ohne Kfz-Handel) stiegen die Preise um rund 1%, im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) wie auch im Kfz-Handel hingegen kräftiger (+1,8% bzw. +2,8%). Nach Abzug der

Preissteigerungen wuchs der österreichische Handel insgesamt um 0,6%, nachdem er in den beiden Vorjahren noch geschrumpft war (2024 -1,6%, 2023 -3,6%). Zum realen Umsatzzuwachs trugen der Einzelhandel mit +0,8% sowie der Kfz-Handel mit kräftigen +3,4% bei, während der Großhandel nahezu stagnierte (-0,3%).

Die Steigerung der Umsätze ließ auch die Wertschöpfung im Handel insgesamt erstmals seit 2022 wieder ansteigen (nominell +4,7%, real +0,9%, vorläufig). In den ersten drei Quartalen legte die reale Wertschöpfung im Vorjahresvergleich zu, im IV. Quartal 2025 sank sie leicht.

Die Arbeitsmarktlage im Handel blieb auch 2025 angespannt. Im beschäftigungsintensiven Einzelhandel, dem mehr als die Hälfte der insgesamt rund 655.000 Beschäftigungsverhältnisse zuzuordnen sind, sank die Beschäftigung nach -1,6% im Jahr 2024 um weitere 2,0%. Im Großhandel verlief der Arbeitsplatzabbau sogar mehr als doppelt so schnell (2024 -0,7%, 2025 -1,6%). Im Kfz-Handel nahm die Zahl der Beschäftigten zwar abermals zu (+0,6%), die Dynamik des

Die Handelsumsätze verzeichneten nach 2021 erstmals wieder einen realen Zuwachs.

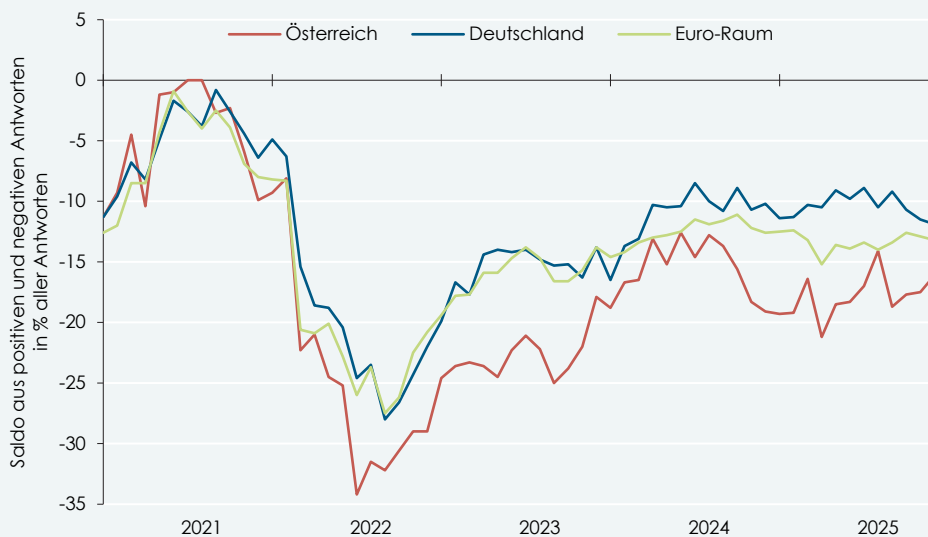
⁷⁾ Diese Frage ist zwar nicht Teil des Konsumklimaindikatoren, Analysen haben jedoch gezeigt, dass sie für

Österreich ergänzende konjunkturelle Informationen über das rezente Verbrauchervertrauen liefert.

Vorjahres (+1,7%) konnte aber nicht gehalten werden. Insgesamt verzeichnete der Handel damit das dritte Jahr in Folge einen

Personalabbau (2025 -1,5%, 2024 -0,9%, 2023 -0,2%).

Abbildung 6: Entwicklung des saisonbereinigten Konsumklimaindiktors



Q: Europäische Kommission, WIFO-Darstellung. Arithmetisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Antworten in Prozent aller Antworten zur vergangenen und künftigen finanziellen Situation des Haushaltes, zur Erwartung hinsichtlich der künftigen allgemeinen Wirtschaftslage und zu geplanten größeren Anschaffungen. Saisonbereinigt durch Eurostat mittels Tramo-Seats.

2.5 Inflation legt wieder merklich zu

Nach einem Rückgang der Inflationsrate auf 2,9% im Jahr 2024 (Ø 2000/2020 +1,9%, 2023 +7,8%) stieg sie 2025 wieder auf 3,6%. Im Jahresverlauf sprang sie dabei von 2,0% im Dezember 2024 auf 3,1% im Jänner 2025 und legte bis zum September auf 4,0% zu. Der Anstieg im Jänner 2025 war vor allem auf das Auslaufen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Dämpfung der Inflation zurückzuführen: So wurden mit 1. Jänner 2025 die Strompreisbremse abgeschafft, die Ökostromförderbeiträge und -pauschale wieder eingehoben und die Energieabgaben auf Strom und Gas auf ihr ursprüngliches höheres Niveau zurückgeführt. Zusätzlich wurden die Netzentgelte für Strom und Gas massiv angehoben und die CO₂-Bepreisung von Treibstoffen, Heizöl und Erdgas erhöht. Zusammengenommen resultierte das in einem zusätzlichen Inflationsbeitrag von rund +1 Prozentpunkt, der als Basiseffekt die monatliche Inflationsrate bis zum Jahresende um dieses Ausmaß erhöhte. Der Strompreis war infolge der angeführten Maßnahmen im Jänner 2025 um ganze 45% höher als im Vormonat.

Angepasst wurden zudem Tarife und Gebühren⁸⁾ der öffentlichen Gebietskörperschaften i. w. S. Im 1. Halbjahr 2025 waren sie

um 4,5% höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (Inflationsbeitrag +0,3 Prozentpunkte), in der zweiten Jahreshälfte um 5,4% (+0,4 Prozentpunkte). Deutlich verteuerten sich in der ersten Jahreshälfte die Rezeptgebühr (+6,3% gegenüber dem Vorjahr) und die Autobahnvignette (+7,7%). Ab Juli wurden im Zuge der Budgetkonsolidierung weitere Gebühren markant erhöht: neben der Führerschein- (+48,8%) und der Reisepassgebühr (+47,6%) wurde auch das Anmelden eines Pkw deutlich teurer (+30,4%). Im August 2025 folgte die Preiserhöhung für das Klimaticket Österreich (+18,7%), im November die Anhebung der E-Card-Gebühr um 81%. Damit waren die Körperschaften öffentlichen Rechts und die Netzbetreiber (bzw. die E-Control, welche die höchstzulässigen Netzentgelte festlegt) die Hauptverursacher des markanten Inflationsanstieges.

Die Inflationsentwicklung im Bereich Energie wurde maßgeblich von den oben angeführten Maßnahmen bzw. deren Auslaufen beeinflusst. Die Preisrückgänge der Mineralölprodukte gegenüber dem Vorjahr wirkten mit abnehmender Tendenz noch bis zum III. Quartal 2025 inflationsdämpfend. Der Zwölfstagekrieg im Iran im Juni 2025 reduzierte den direkten dämpfenden Effekt der Mineralölprodukte um knapp 0,2 Prozent-

Die Inflationsrate betrug laut VPI im Jahresdurchschnitt 2025 3,6%; unterjährig stieg sie von 1,9% im IV. Quartal 2024 auf 3,9% im IV. Quartal 2025.

⁸⁾ Der überwiegende Teil der Tarife und Gebühren wird im VPI den Dienstleistungen zugerechnet (Teilgewicht 6,85%). Lediglich die Wasserversorgung und die

Rezeptgebühr werden den Gütern zugeordnet (0,41%).

punkte, hatte darüber hinaus aber wenig Einfluss auf die Preise anderer Güter.

Die Inflation im Bereich der Dienstleistungen war 2025 mit +4,5% (Inflationsbeitrag +2,2 Prozentpunkte, 2024 +2,6 Prozentpunkte) weiterhin sehr persistent. Die Mieten, die über die Indexierung stark von der vergangenen Teuerung beeinflusst sind, erhöhten sich im Jahresdurchschnitt um 4,3%, während die Preise in der Gastronomie und der Beherbergung um 5,8% stiegen. Da die Bereitstellung von Dienstleistungen in der Regel arbeitsintensiv ist, wurden die Preissteigerungen maßgeblich von den Lohnerhöhungen getrieben, die wiederum von den Preissteigerungen im Vorjahr beeinflusst waren. Im Bereich Beherbergung und Gastronomie (ÖNACE 2008, Abschnitt I) legte der Tariflohnindex laut Statistik Austria gegenüber dem Vorjahr um 6,3% zu (2024 +7,6%).

Ab Mai 2025 trugen die Preisanstiege bei Lebensmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak; III. Quartal 2025 +4,5%, Jahresdurchschnitt +3,6%) wieder vermehrt zur Gesamt-

inflation bei. Bei Saisonprodukten war im Juni ein geringerer saisonaler Preisrückgang zu beobachten. Auch die Fleischpreise zogen 2025 markanter an als im Vorjahr (+4,4%, 2024 +2,3%) – eine Folge des Importrückgangs aufgrund der Maul- und Klauenseuche in der Slowakei. Zusätzlich verteuerten sich aus Übersee importierte Nahrungs- und Genussmittel wie Kaffee (+26,2%), Kakao (+20,7%) oder Orangen bzw. Orangensaftkonzentrat (+10,7%) empfindlich und erhöhten die Inflation bei den Lebensmitteln.

Bei industriell hergestellten Gütern (Konsumgüter +1,3%) lag der Preisauftrieb im 1. Halbjahr 2025 mit +1,0% gegenüber dem Vorjahr deutlich unter der Gesamtinflation, legte aber im Juli (+1,4%) und August (+2,2%) merklich zu (III. Quartal 2025 +1,7%). Hier zeigte sich im Bereich Bekleidung und Schuhe ein anderes Saisonmuster (geringerer Effekt vor allem des Sommerschlussverkaufs als in den Vorjahren). Die Kerninflation (ohne Lebensmittel, Alkohol, Tabak und Energie) betrug im Gesamtjahr 2025 3,3%.

Übersicht 8: Entwicklung des österreichischen Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 7,8	+ 2,9	+ 3,6
Kerninflationsrate ¹⁾	+ 7,7	+ 3,8	+ 3,3
Mikrowarenkorb (täglicher Einkauf)	+ 11,0	+ 4,5	+ 3,8
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	+ 6,8	+ 3,4	+ 2,7
Gebühren und Tarife	+ 3,6	+ 2,3	+ 4,9
COICOP-Hauptgruppen			
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 11,0	+ 2,6	+ 3,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren und Drogen	+ 6,5	+ 3,4	+ 3,2
Bekleidung und Schuhe	+ 5,3	- 0,3	+ 0,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	+ 11,1	+ 2,2	+ 5,7
Einrichtungsgegenstände, Hausrat sowie deren regelmäßige Instandhaltung	+ 7,2	+ 1,1	- 0,3
Gesundheit	+ 5,1	+ 4,8	+ 5,0
Verkehr	+ 1,7	+ 0,6	+ 1,0
Information und Kommunikation	- 1,1	- 5,9	- 3,9
Freizeit, Sport und Kultur	+ 8,2	+ 4,5	+ 4,2
Bildung	+ 5,4	+ 5,4	+ 5,0
Gastronomie- und Beherbergungsdienstleistungen	+ 12,3	+ 7,0	+ 5,8
Versicherungs- und Finanzdienstleistungen	+ 8,1	+ 6,5	+ 4,2
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 6,9	+ 4,3	+ 4,3
Sondergliederung			
Lebensmittel, Tabak und Alkohol	+ 10,1	+ 2,7	+ 3,6
Energie	+ 4,9	- 4,6	+ 5,1
Industriegüter	+ 7,5	+ 1,3	+ 1,3
Dienstleistungen	+ 8,0	+ 5,2	+ 4,5

Q: Macrobond, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Energie und Lebensmittel (einschließlich Alkohol und Tabak).

War die Inflationsrate in Österreich zum Jahresende 2024 leicht unter dem Durchschnitt des Euro-Raumes gelegen, notierte sie im Jahresverlauf 2025 wieder merklich darüber (Inflationsdifferenzial +1,5 Prozentpunkte,

laut HVPI; Abbildung 7). Dafür sind in erster Linie die oben beschriebenen Entwicklungen in den Bereichen Energie und Dienstleistungen verantwortlich. Durch das Auslaufen der inflationsdämpfenden Maßnahmen (ins-

besondere bei Strom) legten die Energiepreise in Österreich um 7,6% zu, wogegen sie im Euro-Raum um 1,4% zurückgingen (Beitrag zum Inflationsdifferenzial knapp 2/3 Pro-

zentpunkte). Die in Österreich höheren Preissteigerungen bei Dienstleistungen trugen etwa 1/2 Prozentpunkt zum Inflationsabstand bei (Abbildung 8).

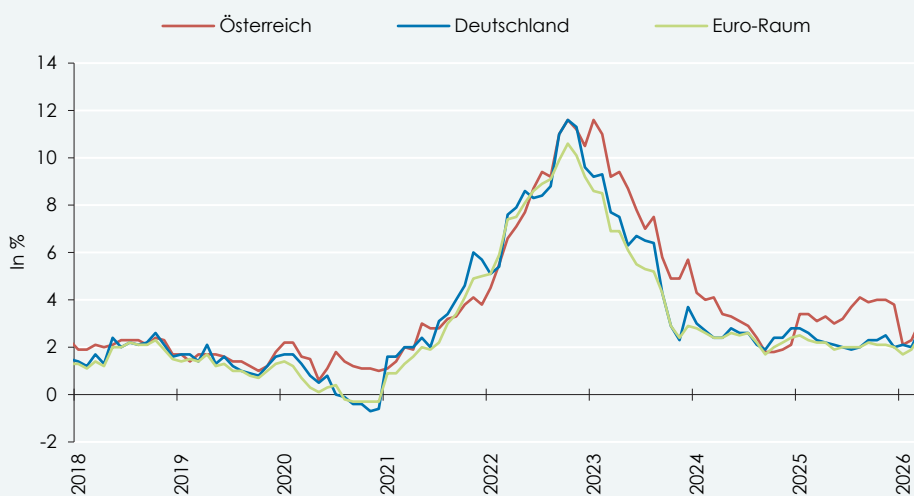
Übersicht 9: Entwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2023		2024		2025	
	Österreich	Euro-Raum	Österreich	Euro-Raum	Österreich	Euro-Raum
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Verbraucherpreisindex insgesamt	+ 7,7	+ 5,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 3,6	+ 2,1
Kerninflationsrate ¹⁾	+ 7,3	+ 5,0	+ 3,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,4
HVPI zu konstanten Steuersätzen	+ 7,1	+ 4,8	+ 2,8	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,8
COICOP-Hauptgruppen						
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 11,0	+ 11,8	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,6	+ 2,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren und Drogen	+ 6,6	+ 7,0	+ 3,4	+ 5,5	+ 3,2	+ 3,7
Bekleidung und Schuhe	+ 5,0	+ 3,8	- 0,3	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	+ 11,9	+ 1,6	+ 0,6	+ 1,4	+ 7,3	+ 2,1
Einrichtungsgegenstände, Hausrat sowie deren regelmäßige Instandhaltung	+ 7,4	+ 6,2	+ 1,7	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3
Gesundheit	+ 5,2	+ 3,7	+ 5,1	+ 3,8	+ 5,0	+ 3,4
Verkehr	+ 2,1	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,9
Information und Kommunikation	- 0,8	- 0,1	- 2,2	- 2,3	- 4,0	- 2,3
Freizeit, Sport und Kultur	+ 7,8	+ 6,5	+ 4,4	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,3
Bildung	+ 5,6	+ 4,2	+ 5,1	+ 4,1	+ 4,8	+ 3,9
Gastronomie- und Beherbergungsdienstleistungen	+ 11,7	+ 7,5	+ 6,7	+ 4,9	+ 5,4	+ 3,8
Versicherungs- und Finanzdienstleistungen	+ 8,7	+ 3,9	+ 6,6	+ 6,9	+ 3,7	+ 5,5
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 6,9	+ 5,2	+ 3,8	+ 2,7	+ 3,5	+ 2,8
Sondergliederung						
Lebensmittel einschließlich Alkohol und Tabak	+ 10,0	+ 10,9	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,9
Energie	+ 6,9	- 2,0	- 5,4	- 2,2	+ 7,6	- 1,4
Industriegüter	+ 6,4	+ 5,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6
Dienstleistungen	+ 7,8	+ 4,9	+ 5,7	+ 4,0	+ 4,5	+ 3,4

Q: Eurostat, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Energie und Lebensmittel (einschließlich Alkohol und Tabak).

Abbildung 7: Inflation in Österreich, Deutschland und dem Euro-Raum



Q: Macrobond, Eurostat.

Abbildung 8: Beiträge zur Inflationsdifferenz zwischen Österreich und dem Euro-Raum

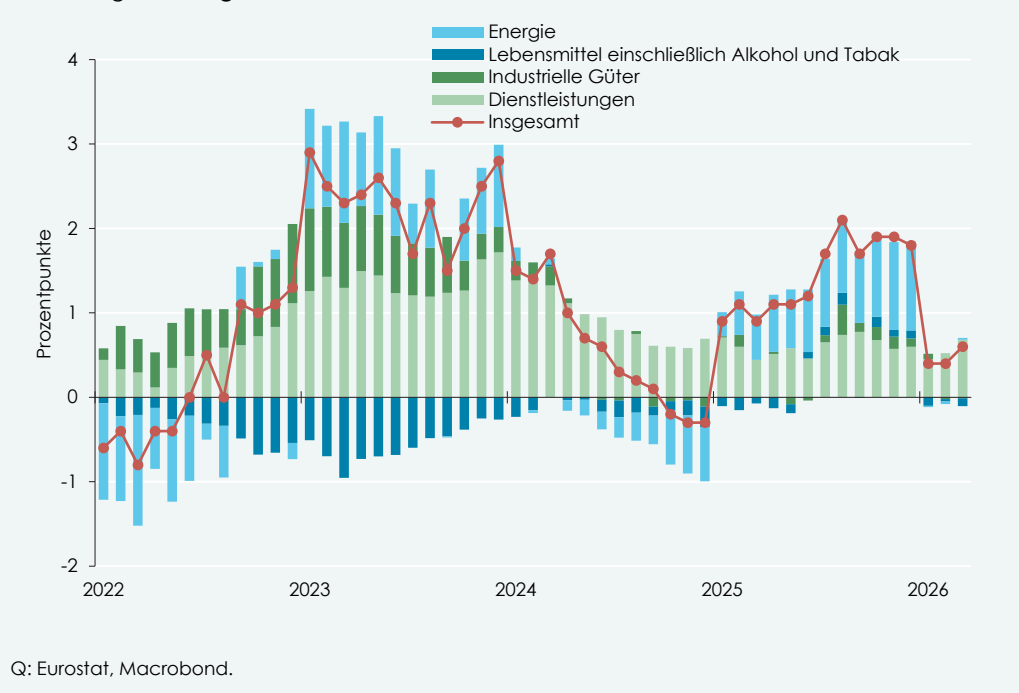
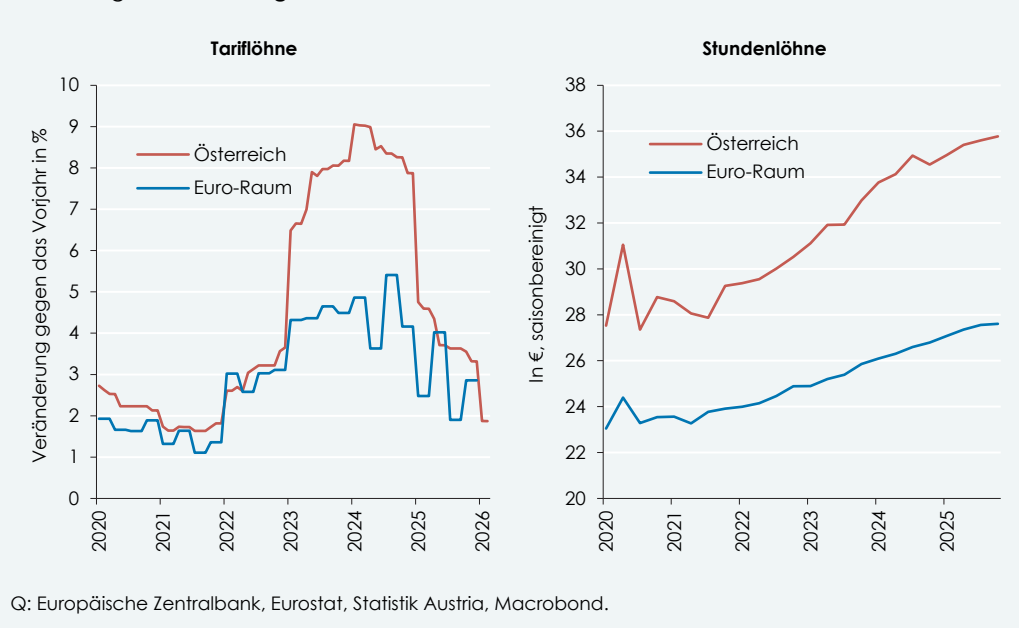


Abbildung 9: Entwicklung der Tarif- und der Stundenlöhne

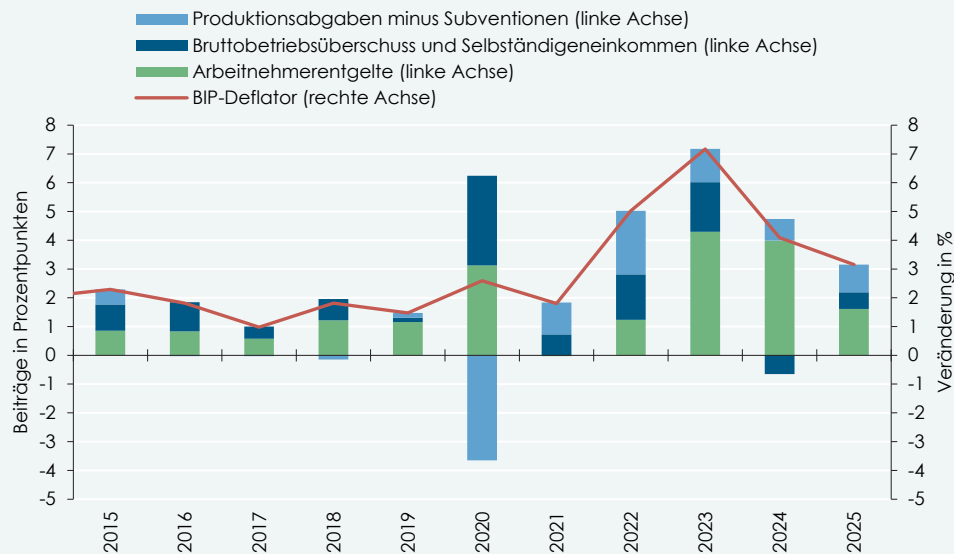


Im Euro-Raum nahm die Streuung der Inflationsentwicklung (Inflationsdispersion) im Jahr 2025 leicht zu. Der Variationskoeffizient stieg geringfügig von 1,0 auf 1,1, war aber nach wie vor viel niedriger als 2022 und 2023 (3,9 bzw. 2,4).

Der BIP-Deflator als Indikator für Preisveränderungen in der gesamtwirtschaftlichen Produktion erhöhte sich 2025 um voraussichtlich

3,2% (2024 +4,1%) und damit schwächer als der VPI. Wie die WIFO-Berechnungen auf Basis der vorläufigen vierteljährlichen VGR-Daten für 2025 zeigen, war der Anstieg des BIP-Deflators zur Hälfte auf den Lohnanstieg zurückzuführen, während auf die Bruttobetriebsüberschüsse und die Selbständigeneinkommen knapp ein Fünftel und auf die Nettosteuern knapp ein Drittel des Preisanstieges entfielen (Abbildung 10).

Abbildung 10: Zerlegung des BIP-Deflators



Q: Statistik Austria, Macrobond, WIFO-Berechnungen.

3. Literaturhinweise

- Bundesministerium für Finanzen – BMF (2025). *Strategiebericht 2025 bis 2028 und 2026 bis 2029 gem. § 14 BHG 2013. Budgetbericht 2025 und 2026 gem. § 42 Abs. 3 BHG 2013.* https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:128b6817-d7fe-4056-9d2d-7d5a9addf8e2/Strategiebericht_2025-2028_2026-2029_Budgetbericht_2025_2026.pdf.
- Burton, A., & Ehn-Fragner, S. (2023). Tourismus trotz anhaltender Teuerung wieder deutlich erstickt. *WIFO-Monatsberichte*, 96(11), 765-777. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/49745063>.
- Friesenbichler, K., & Agnezy, B. (2026). WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025, *WIFO-Konjunkturtest Investitionsbefragung*, (1). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/65928949>.
- Klien, M., & Weingärtler, M. (2026). Europäisches Bauwesen vor moderatem Aufschwung. *Euroconstruct-Prognose bis 2028. WIFO-Monatsberichte*, 99(2), 83-94. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67083689>.
- Peneder, M., Bittschi, B., Burton, A., Kletzan-Slamanig, D., & Url, T. (2025). Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2025. Schwerpunktthema: Die Preisentwicklung im Tourismus als Wettbewerbsfaktor. *WIFO-Monatsberichte*, 98(12), 651-665. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/65063122>.
- Pitlik, H., & Schratzenstaller, M. (2025). Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen. *Bundesvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029. WIFO-Monatsberichte*, 98(6), 317-330. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60272915>.
- Scheiblecker, M. (2026). Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich. Aktualisierung 2026. *WIFO-Monatsberichte*, 99(1), 17-26. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/66502882>.

Gleichstellungswirkungen von Budgetkonsolidierungen

Margit Schratzenstaller, Julia Bock-Schappelwein, Christine Mayrhuber



WIFO ■

Gleichstellungswirkungen von Budget- konsolidierungen

Margit Schratzenstaller, Julia Bock-Schappelwein, Christine Mayrhuber

Wissenschaftliche Assistenz: Stephan Schreml

April 2026
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Die vorliegende Kurzstudie verfolgt drei Zielsetzungen. Erstens werden die Wirkungskanäle und -dimensionen unterschiedlicher Kategorien von ausgaben- und einnahmenseitigen Konsolidierungsoptionen in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen und Männern systematisch dargestellt. Damit soll zweitens das Wissen über geschlechtsspezifische Wirkungen von Konsolidierungsmaßnahmen gestärkt werden. Drittens wird anhand von mehreren beispielhaften Politikfeldern verdeutlicht, wie unterschiedlich Frauen und Männer infolge ihrer unterschiedlichen sozioökonomischen Ausgangsbedingungen von Konsolidierungsmaßnahmen betroffen sein können. Die exemplarische Darstellung von drei Politikbereichen zeigt, dass ausgabenseitige Konsolidierungsmaßnahmen bestehende Gleichstellungsdefizite tendenziell vergrößern, wenn ein Zurückfahren oder ein unzureichendes Niveau öffentlicher Leistungen durch unbezahlte Arbeit kompensiert werden muss (Pflegeleistungen). Ebenso dann, wenn verringerte Geldleistungen das im Durchschnitt geringere Fraueneinkommen relativ stärker belasten als Männer. Auch eine restriktive Beschäftigungspolitik in öffentlichen Dienstleistungsbereichen, in denen tendenziell mehr Frauen als Männer beschäftigt sind, trifft Frauen stärker. Die Arbeit zeigt, dass auch einnahmenseitige Maßnahmen Gleichstellungsdefizite verstärken können, insbesondere Gebührenerhöhungen oder Erhöhungen der Umsatz- oder Verbrauchssteuern, die unabhängig von der individuellen Einkommenssituation sind. Auch Erhöhungen von Sozialbeiträgen sowie der Einkommen- bzw. Lohnsteuer im unteren Einkommensbereich vertiefen tendenziell den geschlechtsspezifischen Einkommensunterschied. Die im Rahmen der Studie erarbeiteten Analysen lassen sich auf sämtliche Politikfelder übertragen, um strukturelle geschlechtsspezifische Effekte aufzuzeigen.

Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien • April 2026 • 61 Seiten • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67720145>

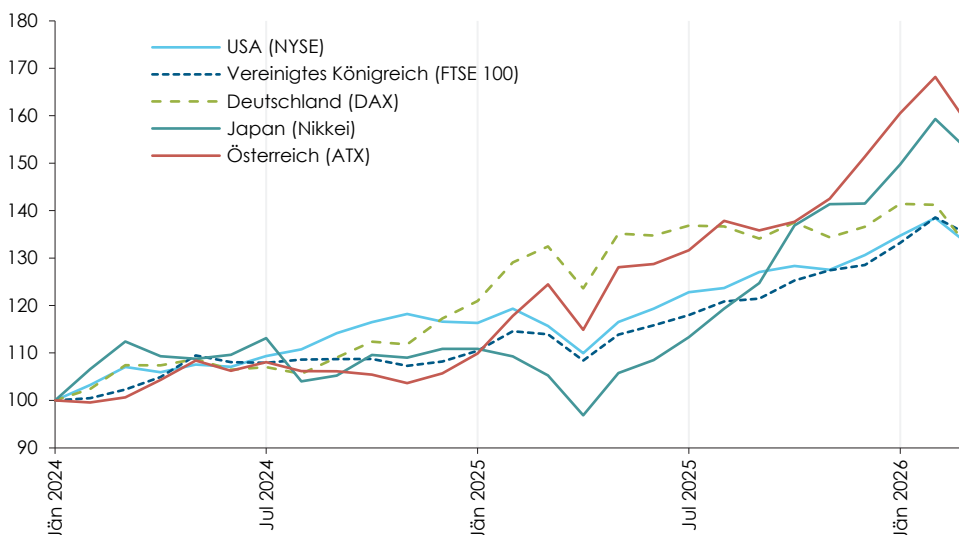
Ende des Zinssenkungszyklus, zaghafte Kreditwachstum und Hausse an den Börsen

Atanas Pekanov

- Ab Juni 2025 sah die Europäische Zentralbank die Geldpolitik in einer "guten Position". Die Inflationsrate im Euro-Raum stabilisierte sich im Jahresverlauf 2025 nahe am Zielwert von 2%.
- Der Zinsabstand österreichischer Staatsanleihen zu deutschen Bundesanleihen verringerte sich 2025 deutlich und lag zum Jahresende bei etwa 0,3 Prozentpunkten, dem Niveau vor Ausbruch des Ukraine-Krieges.
- Das Kreditvolumen wuchs in Österreich merklich langsamer als im Euro-Raum insgesamt.
- Für den österreichischen Bankensektor war 2025 ein weiteres erfolgreiches Jahr.
- Der ATX erwies sich 2025 als einer der wachstumsstärksten Aktienindizes Europas. Die Marktkapitalisierung der Wiener Börse erreichte hohe 35% des nominellen BIP.
- Der Euro wertete gegenüber dem Dollar deutlich auf.

Internationale Börsenindizes

Jänner 2024 = 100



"Der ATX war 2025 einer der Spitzenreiter unter den europäischen Aktienindizes."

Der ATX legte 2025 mit +43,3% weit kräftiger zu als der DAX, der Nikkei, der FTSE und der NYSE. Damit zählte er zu den wachstumsstärksten Aktienindizes in Europa (Q: Deutsche Bundesbank, OECD, Wiener Börse).

Ende des Zinssenkungszyklus, zaghaftes Kreditwachstum und Hausse an den Börsen

Atanas Pekanov

Ende des Zinssenkungszyklus, zaghaftes Kreditwachstum und Hausse an den Börsen

Die Europäische Zentralbank erreichte 2025 das Ende ihres Zinssenkungszyklus, nachdem sich die Inflationsrate im Euro-Raum nahe am 2%-Ziel stabilisiert hatte. Der Zinsabstand österreichischer Staatsanleihen zu deutschen Bundesanleihen verringerte sich deutlich und erreichte mit rund 0,3 Prozentpunkten wieder das Niveau vor Ausbruch des Ukraine-Krieges. Das Kreditvolumen wuchs in Österreich langsamer als im Euro-Raum. Zuzuschreiben war dies vor allem der schwachen Kreditnachfrage der privaten Haushalte, insbesondere nach Wohnbaukrediten. Die Kreditqualität blieb trotz der Konjunkturschwäche hoch. Wenngleich die Bonitätsbewertungen für Österreich gesenkt wurden und die Zinsausgaben stiegen, lässt die laufende fiskalische Konsolidierung gewisse Verbesserungen erwarten. Der Aktienmarkt entwickelte sich in Österreich erheblich günstiger als im Euro-Raum insgesamt.

JEL-Codes: E52, G21, G32, G52 • **Keywords:** Geldpolitik, Kreditwesen, Unternehmensfinanzierung, Sparen der privaten Haushalte

Begutachtung: Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nathalie Fischer (nathalie.fischer@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 23. 4. 2026

Kontakt: Atanas Pekanov (atanas.pekanov@wifo.ac.at)

Conclusion of the Monetary Easing Cycle, Subdued Credit Growth, and Bullish Equity Markets

In 2025, the European Central Bank concluded its cycle of interest rate reductions as inflation in the euro area stabilised near the 2 percent target. The yield spread between Austrian government bonds and German bonds narrowed significantly, returning to the pre-Ukraine war level of approximately 0.3 percentage points. Credit volume in Austria expanded at a slower pace than the euro area average, a development primarily driven by weak demand from private households, particularly regarding residential mortgages. Despite the prevailing economic slowdown, asset quality remained robust. While Austria's credit ratings were adjusted downward and interest expenditures increased, the ongoing fiscal consolidation measures indicate an improving outlook. Furthermore, the Austrian equity market outperformed the broader euro area significantly.

1. Zinspause der Europäischen Zentralbank seit Mitte 2025

Im 1. Halbjahr 2025 senkte die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinssätze in vier aufeinanderfolgenden Schritten um jeweils 25 Basispunkte. Der Einlagenzinssatz verringerte sich dadurch von 3% zu Jahresbeginn auf 2% im Juni 2025. Ab diesem Zeitpunkt sah die EZB die Geldpolitik in "einer guten Position" und nährte somit die Erwartung, dass der Hauptrefinanzierungssatz bis Ende 2025 auf dem Niveau von 2,15% verharren würde. Ab der Jahresmitte folgten tatsächlich keine weiteren Zinsschritte. Das Transmission Protection Instrument (TPI) wurde bislang noch nicht aktiviert, spielt aber weiterhin eine wichtige präventive Rolle. Es hat dazu beigetragen, eine Ausweitung der Zinsabstände zwischen den Euro-Ländern zu verhindern und den geldpolitischen Übertragungsmechanismus sicherzustellen – trotz

der Kritik, es mindere in den am höchsten verschuldeten Euro-Ländern die Anreize zur fiskalischen Konsolidierung.

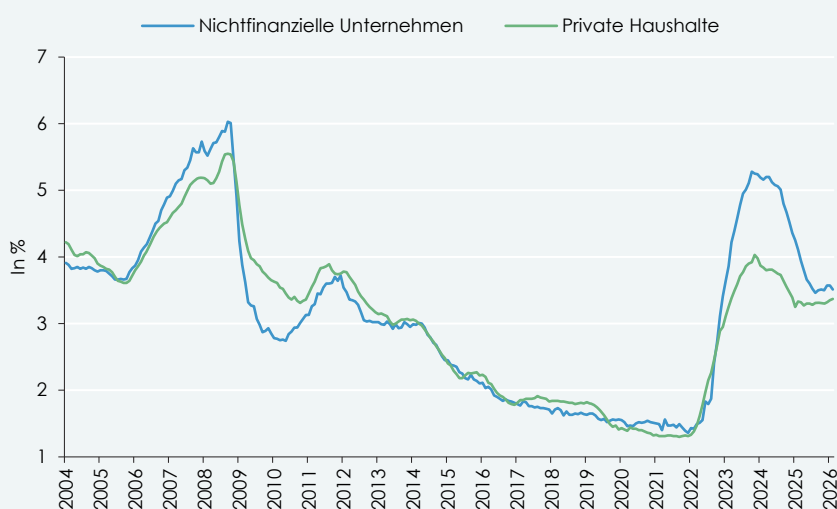
Die Lockerung der Geldpolitik ließ neben den Sekundärmarktrenditen auf Staatsanleihen auch die Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen, die ihre letzten Höhepunkte 2023 und 2024 erreicht hatten, weiter sinken (Abbildung 1). Anfang 2025 lagen sie bei 4,25%, im Februar 2026 nur mehr bei 3,51%. Damit waren sie um 170 Basispunkte niedriger als Anfang 2024 (5,2%). Die Zinssätze für Kredite an private Haushalte veränderten sich im Jahresverlauf 2025 kaum. Zu Jahresbeginn lagen sie bei 3,25%, im Dezember 2025 bei 3,32% und im Februar 2026 bei 3,37%.

Übersicht 1: Änderungen der Zinssätze des Eurosystems und der OeNB

	Einlagefazilität	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäft In %	Basiszinssatz	Referenzzinssatz
18. Dezember 2024	3,00	3,40	3,15	2,53	3,65
5. Februar 2025	2,75	3,15	2,90	2,53	3,65
12. März 2025	2,50	2,90	2,65	2,03	3,15
23. April 2025	2,25	2,65	2,40	2,03	3,15
11. Juni 2025	2,00	2,40	2,15	1,53	2,65

Q: EZB, OeNB.

Abbildung 1: Kreditzinssätze für das Neugeschäft im Euro-Raum



Q: EZB. Private Haushalte: Zinssatz für Wohnbalkredite.

Im Euro-Raum wurden die Geldmarktzinssätze von den Entscheidungen der EZB getrieben. Der Zinssatz für die Einlagefazilität sank, wie erwähnt, von 3,0% im Jänner auf 2,0% im Dezember 2025, der Euribor-Dreimonatszinssatz von 2,7% auf 2,05%. Die Differenz zwischen den beiden Zinssätzen schwankte 2025 zwischen 0,3 und 0,05 Prozentpunkten zu Jahresende.

Im Verlauf des Jahres 2025 erreichte die Inflationsrate im Euro-Raum, gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), allmählich wieder den Zielwert von 2%. Zu Jahresbeginn hatte sie noch 2,5% betragen und war somit etwas höher als erwünscht. Im Dezember 2025 sank sie auf 1,9%. Auch die Kerninflation ging im Lauf des Jahres zurück (Euro-Raum: Jänner 2,7%, Dezember 2,3%), blieb aber weiter über der 2%-Marke. Das Risiko einer erneuten Beschleunigung des Preisauftriebes bestand zwar aufgrund von Zöllen, Dienstleistungsinflation, steigenden Lebensmittelpreisen und fiskalischen Impulsen, realisierte sich aber nicht.

In Österreich blieb die Inflationsrate gemäß HVPI auch 2025 deutlich über dem Durch-

schnitt des Euro-Raumes. Im Jänner betrug sie 3,4%, im Dezember 3,8%. Erst im Jänner 2026 wurde das Inflationsziel von 2% auch in Österreich erreicht.

Die Lockerung der Geldpolitik spiegelte sich in der langsameren Reduktion der konsolidierten Bilanz der EZB und der nationalen Zentralbanken. Die Bilanzsumme der EZB lag im Dezember 2025 lediglich um 1,4% unter dem Vorjahresniveau (nach -7,5% im Jahr 2024). Die konsolidierte Bilanzsumme des Eurosystems belief sich Ende 2025 auf 6.321 Mrd. €, nach 6.412 Mrd. € 2024 und 6.935 Mrd. € im Dezember 2023. Die Wertpapierbestände aus dem Asset Purchase Programme verringerten sich um 351 Mrd. € auf 2.322 Mrd. €. Abreifende Papiere aus dem PEPP (Pandemic Emergency Purchase Programme) wurden ab Jänner 2025 nicht mehr reinvestiert, wodurch sich das PEPP-Portfolio 2025 um 186 Mrd. € auf 1.423 Mrd. € verkleinerte. Dieser Rückgang wurde durch die Zunahme des Euro-Gegenwertes der Goldbestände des Eurosystems auf 1.274 Mrd. € (2024: 872 Mrd. €) – eine Folge des Goldpreisanstieges – teilweise

Die Inflationsrate im Euro-Raum stabilisierte sich 2025 nahe am Zielwert von 2%.

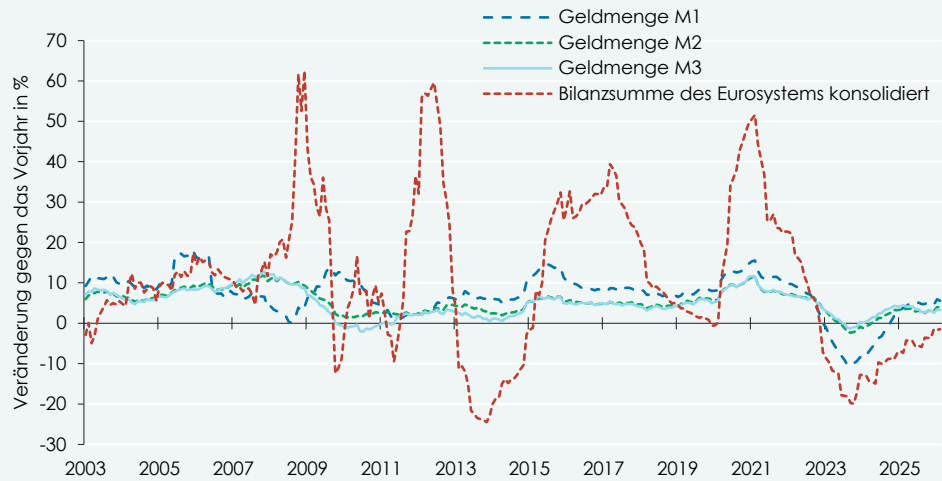
Die Bilanz des Eurosystems wurde 2025 weiter reduziert, aber langsamer als im Vorjahr.

Die Geldmenge weitete sich 2025 aus, gemessen am BIP blieb sie aber stabil.

ausgeglichen¹⁾). Getrieben durch die lockere Geldpolitik war das Geldmengenwachstum im Euro-Raum 2025 positiv. Die Geldmenge

M1 wuchs um 4,6% gegenüber dem Vorjahr, das M3-Aggregat um 2,5%.

Abbildung 2: **Geldmengenwachstum im Euro-Raum**



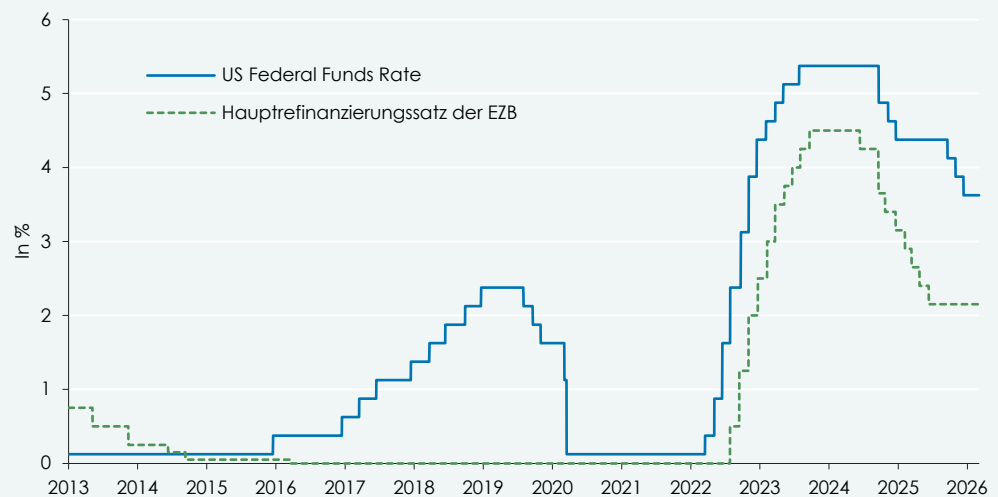
Q: EZB, Geldmengen saisonbereinigt.

Die Federal Reserve trieb die Zinssenkungen langsamer voran als erwartet.

Die Geldpolitik wurde 2025 auch in den USA weiter gelockert und die Leitzinssätze dreimal um jeweils 25 Basispunkte gesenkt (Abbildung 3). Die Federal Reserve trieb jedoch die Zinssenkung langsamer voran als ursprünglich erwartet, da sie auf die erhöhte Inflation Rücksicht nahm. Die EZB erreichte somit Ende 2025 deutlich niedrigere Zinssätze als die Federal Reserve. In den USA war die Diskussion um die Geldpolitik durch einen

Konflikt zwischen der Trump-Administration und dem Vorsitzenden der Zentralbank Jerome Powell gekennzeichnet. Mit dem Auslaufen des Mandats von Powell im Mai 2026 ernannte Präsident Trump Kevin Warsch zum neuen Vorsitzenden des Federal Reserve Board. Die künftige Geldpolitik der USA könnte daher sehr locker ausfallen – mit einschlägigen Konsequenzen für den Euro-Dollar-Kurs.

Abbildung 3: **Leitzinssätze im Euro-Raum und in den USA**



Q: EZB, Federal Reserve Board (Mittelwert der Bandbreite).

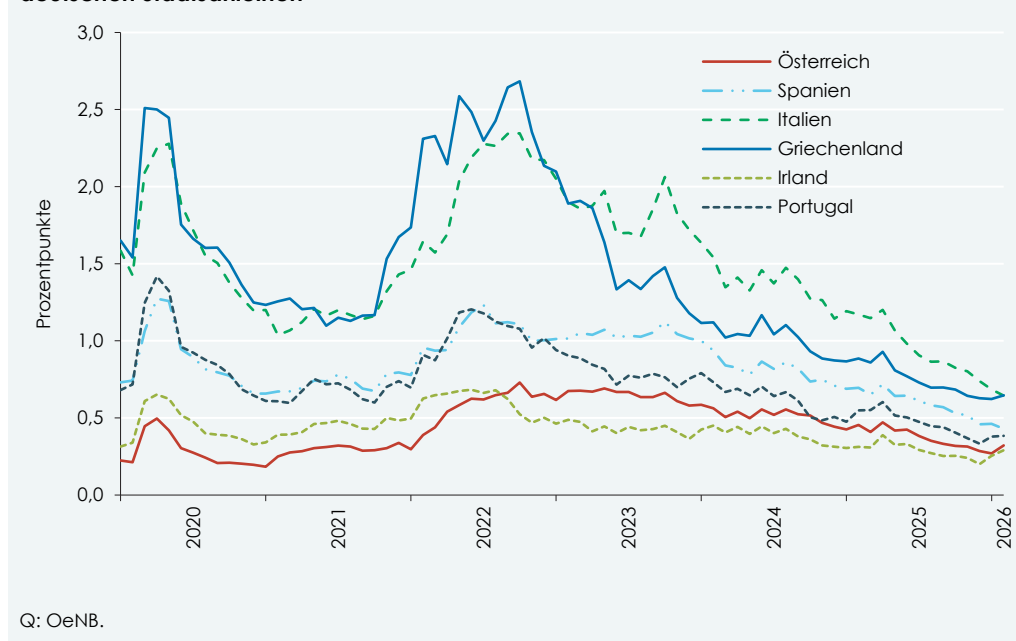
¹⁾ <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2026/html/ecb.pr260226~15d8e4febc.de.html>.

Die Renditen auf Staatsanleihen der Euro-Länder hielten sich 2025 relativ stabil. Die Rendite auf festverzinsliche österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren betrug im Jänner 2,91%, erreichte im März mit 3,15% den Höhepunkt, und lag Ende 2025 mit 3,10% auf einem geringfügig höheren Niveau als zu Jahresbeginn. Die Rendite auf deutsche Bundesanleihen stieg aufgrund des erwarteten kräftigen Fiskalimpulses in Deutschland und der damit verbundenen höheren Defizite etwas deutlicher von 2,48% im Jänner 2025 auf 2,81% im Dezember. Der Zinsabstand österreichischer

Staatsanleihen zu deutschen Bundesanleihen verringerte sich somit und erreichte gegen Jahresende mit etwa 0,3 Prozentpunkten wieder das Niveau vor Ausbruch des Ukraine-Krieges. 2024 hatte der Abstand zwischen 0,4 und 0,6 Prozentpunkte geschwankt. Im Falle Italiens waren die Renditen zu Jahresende niedriger als zu Jahresbeginn (Jänner 2025: 3,68%, Dezember 2025: 3,55%). Aufgrund der ungünstigen Haushaltslage in Frankreich waren die Renditen auf französische Staatsanleihen in einigen Monaten fast so hoch wie auf italienische (Jänner 3,32%, Dezember 3,56%).

Der Zinsabstand österreichischer Staatsanleihen zu deutschen Bundesanleihen verringerte sich 2025 deutlich auf etwa 0,3 Prozentpunkte.

Abbildung 4: Zinsabstand 10-jähriger Staatsanleihen ausgewählter Euro-Länder zu deutschen Staatsanleihen



Das Budgetdefizit des österreichischen Gesamtstaates sank 2025 aufgrund der Sparmaßnahmen der Bundesregierung von 4,6% auf 4,2% des BIP. Trotz des ex post verbesserten Budgetsaldos stufen Ratingagenturen Österreichs Kreditwürdigkeit angesichts der anhaltenden Defizite der letzten Jahre sowie der schwachen Konjunktur herab. Im Jänner 2025 senkte Fitch den Ausblick von AA+ "stabil" auf "negativ". Im Juni 2025 folgte aufgrund des erwarteten Budgetdefizites und des drohenden EU-Defizitverfahrens die Herabstufung auf "AA" mit stabilem Ausblick. Im August 2025 senkte auch Moody's den Ausblick für Österreich von "stabil" auf "negativ", bestätigte jedoch das Rating "Aa1". Standard & Poors hingegen beließ Österreichs Rating bei "AA+" mit stabilem Ausblick. Trotz dieser Serie von Herabstufungen waren die Renditen auf österreichische Staatsanleihen, wie erwähnt, relativ stabil und der Renditeaufschlag gegenüber deutschen Bundesanleihen schrumpfte.

Österreichs Staatsschuld stieg nur moderat von 79,9% des BIP Ende 2024 auf 81,5% Ende 2025 (laut Herbstprognose des Fiskalrates 2025). Der Anstieg wurde vor allem durch das Sparpaket der Bundesregierung verlangsamt, das 2025 erste Auswirkungen zeigte. In den kommenden drei Jahren sollen die Sparmaßnahmen den weiteren Anstieg der Schuldenquote dämpfen und die Einstellung des Defizitverfahrens ermöglichen.

Der Zinsdienst nimmt seit 2022 jedes Jahr zu und lag 2025 erstmals über 1% der Wirtschaftsleistung. Für 2026 wird ein Niveau von 1,3% des BIP erwartet. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Staatsschuld belief sich Ende 2023 auf 11,5 Jahre (Österreichische Bundesfinanzierungsagentur – OeBFA, 2025). Die Verschuldung der Republik Österreich war mit einer durchschnittlichen Verzinsung von 2,48% ausgestattet, wobei die Effektivverzinsung im gesamten Schuldenbestand weiter auf 2,02% anstieg (2022: 1,79%; OeBFA, 2024).

Ratingagenturen stufen Österreichs Kreditwürdigkeit wegen der anhaltenden Defizite und der schwachen Konjunktur der letzten Jahre herab.

2. Wachsendes Interesse der privaten Haushalte an festverzinslichen Wertpapieren und börsennotierten Aktien

Die Sparquote der privaten Haushalte (einschließlich betrieblicher Versorgungsansprüche) reduzierte sich 2025 auf 9,9% (2024: 11,7%). Damit lag sie nach Jahren des Angstsparens und erhöhter Unsicherheit wieder näher an den langfristig gemessenen Werten. Die finanziellen Aktiva der privaten Haushalte lagen 2025 mit 950 Mrd. € um 5,1% über dem Vorjahresniveau.

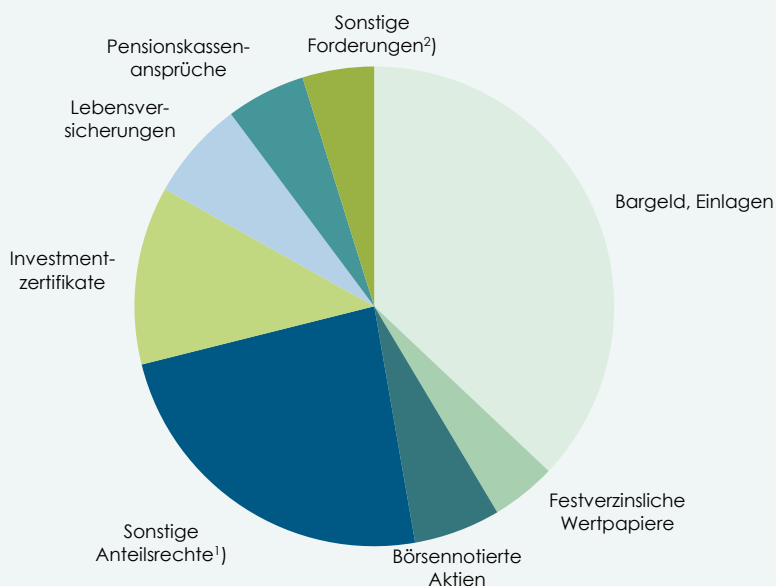
Die Struktur ihres Finanzvermögens veränderte sich nur begrenzt gegenüber dem Vorjahr. Aufgrund der Reduktion der Einlagenzinssätze schrumpfte der Anteil des Geldvermögens in Bargeld und Einlagen leicht von rund 38% auf 37% (352 Mrd. €; Abbildung 6). Festverzinsliche Wertpapiere (4,4%, 2024: 3,9%), börsennotierte Aktien (5,8%, 2024: 5%) und Investmentzertifikate (12%, 2024: 11,3%) gewannen dagegen innerhalb des Portfolios an Gewicht. Dies steht im Einklang mit den hohen Kursgewinnen an den österreichischen und europäischen Börsen sowie mit der aktuellen Priorität der EU-Wirtschaftspolitik, die europäischen Kapitalmärkte zu stärken und die privaten Haushalte vermehrt daran zu beteiligen. Wenn-

gleich in absoluten Zahlen alle Veranlagungsformen außer Lebensversicherungen Zuwächse verzeichneten, waren diese bei festverzinslichen Wertpapieren (+17,9%) und börsenorientierten Aktien (+22,2%) aufgrund von Preiseffekten besonders hoch.

Die Neuveranlagung des Geldvermögens der privaten Haushalte (Transaktionen) war 2025 durch das Hochzinsumfeld geprägt. Ein Großteil der Neuveranlagung floss in festverzinsliche Wertpapiere – mit 5,7 Mrd. € aber weniger als 2023 und 2024. Von größerer Bedeutung waren Neuveranlagungen in Investmentzertifikate; Lebensversicherungen verzeichneten wie in den Vorjahren Abflüsse aus dem Bestand.

Die Einlagenzinssätze für kurzfristig gebundene Neueinlagen privater Haushalte reduzierten sich aufgrund der Lockerung der Geldpolitik im 1. Halbjahr 2025 weiter. Für Einlagen mit Laufzeiten von bis zu 1 Jahr sanken die Zinsen von 2,24% im Jänner auf 1,54% im August und September und stiegen gegen Ende 2025 wieder geringfügig auf 1,58%.

Abbildung 5: **Struktur des Finanzvermögens der privaten Haushalte** 2025



Q: OeNB. Das Geldvermögen der privaten Haushalte belief sich 2025 insgesamt auf 950 Mrd. €. – ¹⁾ Nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. – ²⁾ Kredite, Nicht-Lebensversicherungsansprüche, Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen, sonstige Forderungen einschließlich Finanzderivate.

3. Schwaches Kreditwachstum getrieben von privaten Haushalten

Das Kreditwachstum (ohne Interbankkredite) blieb in Österreich während des gesamten Jahres 2025 niedriger als im Durchschnitt des

Euro-Raumes. Gegenüber dem Vorjahr lag es in fast allen Monaten unter 2%, im Euro-Raum insgesamt dagegen durchgängig

darüber oder sogar bei 3%. Im Jahresdurchschnitt betrug das Kreditwachstum in Österreich 1,65%, im Euro-Raum 2,71%. Zuzuschreiben war der Rückstand Österreichs vor allem der schwachen Kreditnachfrage der privaten Haushalte, die im 1. Halbjahr kaum gewachsen und im I. Quartal sogar geschrumpft war (Jänner 2025 -0,7%, Februar -0,6%, März -0,1%). Darin spiegelte sich das geringe Verbrauchervertrauen, bedingt nicht zuletzt durch die Konjunkturschwäche der letzten Jahre. Die Kreditnachfrage der nichtfinanziellen Unternehmen war dagegen in Österreich ähnlich hoch wie im Euro-Raum.

Besonders verhalten verlief die Nachfrage nach Wohnbaukrediten. Von Jänner bis Juni 2025 war sie rückläufig (Jänner -1,2% gegenüber dem Vorjahr, Juni -0,2%), im Gegensatz zum Euro-Raum insgesamt. Die Lockerung der makroprudenziellen Vorgaben im Bereich der Wohnbaukredite (KIM-Verordnung²⁾ zeigte erst Ende 2025 Wirkung, als die Zuwächse auf über 1% stiegen (November +1,1%, Dezember +1,2%). Dies könnte jedoch auch aus den besseren Konjunkturaussichten und der Lockerung der Geldpolitik gefolgt sein.

Das aushaftende Volumen für Wohnbaukredite belief sich in Österreich Ende 2025 auf rund 131,6 Mrd. €, während es für Konsumkredite 17,8 Mrd. € und für sonstige Kredite 37,9 Mrd. € betrug. Bei den letzteren Kreditarten entsprach die Dynamik in Österreich jener im Euro-Raum.

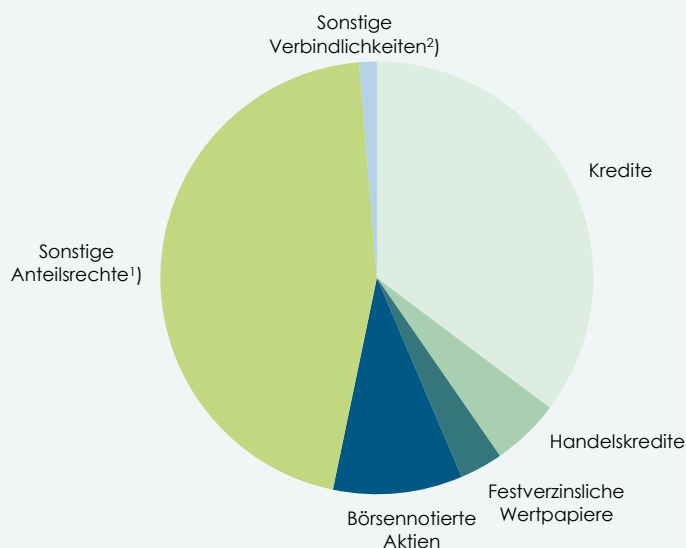
Die Gesamtverbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen in Österreich summierten sich Ende 2025 auf rund 1.143 Mrd. € und lagen somit geringfügig über dem Vorjahresniveau (1.136 Mrd. €). Das Wachstum verlangsamte sich damit deutlich.

Die Struktur der Unternehmensfinanzierung blieb 2025 relativ unverändert. Bankenfinanzierung blieb eine wichtige Quelle für Finanzmittel, Kredite machten weiterhin rund ein Drittel der Finanzierung aus. Das an nichtfinanzielle Unternehmen ausbezahlte Kreditvolumen war 2025 leicht rückläufig (-1,1% auf rund 395 Mrd. €). Diese Entwicklung steht im Einklang mit der abnehmenden Kreditnachfrage infolge gedämpfter Investitionserwartungen und dem Abbau kurzfristiger Verbindlichkeiten. Auch Handelskredite verloren leicht an Gewicht (von 5,3% 2024 auf 5,0% Ende 2025). Die Anteile festverzinslicher Wertpapiere und sonstiger Verbindlichkeiten blieben weitgehend stabil (Abbildung 6).

Das Kreditvolumen wuchs in Österreich deutlich langsamer als im Euro-Raum.

Im 1. Halbjahr 2025 war die Vergabe von Wohnbaukrediten durchgängig rückläufig.

Abbildung 6: **Struktur der Finanzverbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen 2025**



Q: OeNB. Die Verpflichtungen der nichtfinanziellen Unternehmen beliefen sich bis 2025 auf insgesamt 1.143 Mrd. €. – ¹⁾ Nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. – ²⁾ Kapitalgedeckte Pensionsansprüche und sonstige Verbindlichkeiten einschließlich Finanzderivate.

²⁾ Siehe Finanzmarktstabilitätsgremium 2023.

Kredite dominierten 2025 wieder als wichtigste Finanzierungsquelle für nichtfinanzielle Unternehmen.

Der Eigenkapitalanteil, gemessen an sonstigen Anteilsrechten und börsennotierten Aktien, erreichte 2025 54%, während der Fremdkapitalanteil auf 44% sank. Bedingt war der Anstieg des Eigenkapitals vorrangig durch den Bedeutungsgewinn börsennotierter Aktien innerhalb der Verbindlichkeiten (von 8,0% 2024 auf 9,5% 2025), seinerseits getrieben von den lebhaften Zuwächsen auf dem österreichischen Aktienmarkt.

Die Zinssätze für Neukredite an nichtfinanzielle Unternehmen gingen im Zuge des EZB-Senkungszyklus 2024/25 deutlich zurück. Nach dem Höhepunkt im Herbst 2023 (rund 5,5%) stabilisierten sie sich im Jahresverlauf 2025 bei etwa 3,5%. Im Jänner 2026 lagen die Zinssätze für Unternehmensneukredite bei rund 3,5%, jene für Wohnbaukredite an private Haushalte bei rund 3,4%.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen erreichte 2025 einen neuen Höchststand.

Im Jahr 2025 meldeten in Österreich 6.810 Unternehmen Insolvenz an (+3,4% gegenüber dem Vorjahr), dies entsprach im Schnitt 19 Firmenpleiten pro Tag³). Die vorläufigen Passiva sanken dennoch um 55,2% auf 8,48 Mrd. €, da die Zahl der Großinsolvenzen mit Passiva von über 200 Mio. € deutlich abnahm. Die größte Pleite des Jahres 2025 betraf die SIGNA Prime Capital Invest GmbH mit Passiva von 870 Mio. €, eine weitere Nachwirkung der großen SIGNA-Insolvenzwellen 2023 und 2024. Die Zahl der von Insolvenzen betroffenen Mitarbeiter:innen verringerte sich gegenüber 2024 um 26% auf rund 21.900, während die Zahl der Gläubiger:innen auf 54.600 (+8,5%) stieg. Die zahlreichen Insolvenzfälle der letzten Jahre spiegeln die strukturellen Herausforderungen wider, denen die österreichischen Unternehmen

gegenüberstanden – zwei Drittel der Betriebe meldeten rückläufige oder stagnierende Umsätze und der Anteil der Unternehmen in den besten Ratingklassen sank. Für 2026 prognostiziert der Kreditenschutzverband von 1870 ein ähnliches Insolvenzaufkommen wie 2025, sofern sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht gravierend ändern (KSV1870, 2025).

Die Kreditumfrage der OeNB vom Oktober 2025 ergab nach einer dreijährigen Schwächephase wieder eine leicht steigende Kreditnachfrage der österreichischen Unternehmen. Hauptursachen für den Anstieg waren der Zinsrückgang, die Trendwende in der Investitionstätigkeit und der gestiegene Finanzierungsbedarf für Lagerhaltung und Betriebsmittel. Während die meisten Unternehmen von der allmählichen Konjunkturerholung profitierten, divergierten laut der Umfrage zwei Sektoren von der allgemeinen Entwicklung: so blieb die Kreditnachfrage von energieintensiven Industrieunternehmen und Kfz-Zulieferern schwach, zumal dort die strukturellen Schwächen und hohe Energiepreise weiterhin die Aussichten trübten. Angesichts der erhöhten Risiken haben die Banken seit 2025 ihre Kreditangebotspolitik verschärft. Dies erschwert Unternehmen, Kredite aufzunehmen. Betroffen sind insbesondere Immobilienunternehmen und hier wiederum stärker Gewerbeimmobilien- als Wohnimmobilienunternehmen⁴). Mit 1. Juli 2025 wurde der sektorale Systemrisikopuffer für Gewerbeimmobilienfinanzierungen auf 1% des aushaftenden Kreditvolumens festgesetzt⁵). Gemäß den Empfehlungen des Finanzmarktstabilitätsgremiums (FMSG) ist eine schrittweise Anhebung geplant.

4. Weiteres erfolgreiches Jahr für den Bankensektor

Für den österreichischen Bankensektor war 2025 ein weiteres erfolgreiches Jahr. Das Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 12,8% auf 12,8 Mrd. €. Zuzuschreiben ist der Anstieg vor allem einer Verbesserung des Betriebsergebnisses (+8,9% auf 15,0 Mrd. €), die die höheren Verwaltungsaufwendungen (+4,3% auf 12,9 Mrd. €) mehr als kompensierte.

Das Zinsergebnis blieb mit 14,9 Mrd. € die wichtigste Ertragsquelle, ging gegenüber 2024 (15,5 Mrd. €) jedoch leicht zurück (-4,1%). Ursächlich dafür sind die vier Zinssenkungsschritte der EZB im 1. Halbjahr 2025, die die Zinsmargen im Neugeschäft drückten. Neben den Zinserträgen (-19,5%) sanken auch die Zinsaufwendungen deutlich (-26,9%), was die Nettobelastung dämpfte. Das Provisionsergebnis entwickelte sich

dagegen positiv und stieg um 4,3% auf 5,6 Mrd. €, womit es seinen Anteil an den Gesamterträgen weiter ausbaute. Die sonstigen betrieblichen Erträge legten ebenfalls zu (+13,4% auf 3,8 Mrd. €).

Die Risikovorsorgen für das Kreditrisiko (Wertminderungen und Rückstellungen) gingen 2025 leicht auf 2,4 Mrd. € zurück (2024: 2,8 Mrd. €), was trotz weiterhin erhöhter Unternehmensinsolvenzen auf eine insgesamt stabile Kreditqualität hindeutet. Die Verwaltungs- und sonstigen Aufwendungen stiegen trotz der Filialschließungen um 4,3%, die Personalaufwendungen mit +1,5% aber etwas schwächer. Das Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen erreichte 10,7 Mrd. € (2024: 9,7 Mrd. €), ein Zuwachs von rund 10,2%. Das Aufwand-Ertrag-

³) <https://www.ksv.at/insolvenzstatistik/unternehmensinsolvenz-2025>.

⁴) <https://www.oenb.at/Geldpolitik/Erhebungen/umfrage-ueber-das-kreditgeschaeff.html>.

⁵) <https://www.fmsg.at/publikationen/presseaussendungen/2024/42te-sitzung.html>.

Verhältnis (Cost-Income-Ratio) kletterte im 1. Halbjahr 2025 auf 55%.

Automatisierung und Digitalisierung von Finanzdienstleistungen schreiten voran und treiben vor allem über die virtuelle Verbuchung von Finanztransaktionen die Ausdehnung des Filialnetzes. Internet- und Mobile-Banking sowie Transaktionen in Selbstbedienungsfoyers treten zunehmend an die Stelle des persönlichen Kundenkontakts. Die seit Jahren beobachteten Filialschließungen wurden auch 2025 weiter fortgesetzt. Die Anpassung des Filialnetzes führte 2025 zur Schließung von 13 Haupt- und 94 Zweiganstalten. Die Konsolidierung war aber sehr fokussiert – die Schließungen der Hauptanstalten entfielen vor allem auf den Raiffeisen-sektor (8), jene der Zweiganstalten betrafen in ähnlichem Ausmaß Aktienbanken (30), die Sparkassen (11) und den Raiffeisensektor (47). Gegenüber 2008, dem ersten Jahr der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, hat sich die Zahl der Hauptanstalten damit um 422 bzw. 49% verringert, jene der Zweigstellen um 1.194 bzw. 28%.

5. Internationale Börsen auch 2025 sehr wachstumsstark

Trotz der erhöhten geopolitischen Risiken erwiesen sich die Aktienmärkte 2025 erneut als sehr dynamisch. Für europäische Aktien war 2025 eines der besten Jahre seit 2021. Der Stoxx Europe 600 legte um 16,7% zu, wobei vor allem der Bankensektor eine hohe Jahresrendite auswies. Ermöglicht wurde dies durch niedrigere Zinsen, bessere Gewinnperspektiven und zusätzliche Fiskalimpulse für einige Sektoren wie Verteidigung und Infrastruktur. Die teilweise Umschichtung von Anlagen aus amerikanischen in europäische Aktien – eine Folge der steigenden Unsicherheit – begünstigte den europäischen Markt ebenfalls.

Österreich war 2025 zusammen mit Spanien und Italien einer der Spitzenreiter hinsichtlich der europäischen Aktienindizes – mit +43,3% verzeichnete der ATX ein sehr starkes Jahr und wuchs deutlich kräftiger als der deutsche DAX (+22,4%), der MSCI World Index (20,6%) und der Euro-Stoxx (17,6%)⁷⁾. Der ATX Total Return schnitt mit rund +49,9%⁸⁾ noch besser ab.

Die Kreditqualität blieb trotz der schwachen Konjunktur der letzten Jahre gut. Im 1. Halbjahr 2025 war der Anteil notleidender Kredite (NPL-Rate, konsolidiert) mit 3% noch relativ niedrig, stieg jedoch gegenüber dem Vorjahr. Die Liquidität lag mit 176% deutlich über den Mindestanforderungen von 100% für den Liquiditätsdeckungsgrad.

Die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) berechnete Lücke im Verhältnis zwischen Kreditvolumen und BIP⁶⁾ zeigt bei negativen Werten eine Unterausnutzung von Kreditfinanzierungen. Ein positiver Wert deutet hingegen eine Überhitzung des Kreditmarktes an. In Österreich ist die Lücke seit 2022 negativ (I. Quartal 2022 –1,7%, IV. Quartal 2022 –7,8%). Wegen der fortgesetzten Straffung der Geldpolitik und den strengen regulatorischen Vorgaben vergrößerte sie sich 2024 noch weiter (IV. Quartal 2024 –14,2%) und blieb auch 2025 deutlich negativ (II. Quartal 2025 –14,3%). Dies signalisiert klar ein zusätzliches Potenzial zur Kreditvergabe in Österreich.

Die Schließung von Bankfilialen schreitet voran – gegenüber 2008 hat sich die Zahl der Hauptanstalten um 422 bzw. 49%, jene der Zweigstellen um 1.194 bzw. 28% verringert.

Trotz der schwachen Konjunktur und Problemen im Bauwesen blieb die Kreditqualität gut.

Die von der BIZ errechnete negative Kreditlücke deutet auf eine Unterauslastung des heimischen Kreditmarktes hin.

Die Marktkapitalisierung der Wiener Börse erhöhte sich merklich von 25,5% des nominalen BIP (2024) auf 35,0%. Die nominelle Kapitalisierung stieg vor allem aufgrund der hohen Wertzuwächse kräftig von 126,0 Mrd. € auf 179,7 Mrd. €. Der durchschnittliche Umsatz je Monat erhöhte sich schwächer von 5,34 Mrd. € auf 5,68 Mrd. €, die monatlichen Aktienumsätze variierten zwischen 4,49 Mrd. € und 7,87 Mrd. €. Die Anzahl der gelisteten Anleihen erreichte mit 38.692 einen neuen Höchststand. Auf ausländische Investor:innen entfiel mit 41% (58,2 Mrd. €) ein Großteil der österreichischen börsennotierten Aktien, gefolgt vom Finanzsektor (19%), inländischen nichtfinanziellen Unternehmen (17%) und dem Staat (15%). Die fünf wichtigsten institutionellen Investoren an der Wiener Börse waren 2025 The Vanguard Group (USA), Black Rock (USA), Erste Asset Management (Österreich), Norges Bank Investment Management (Norwegen) und Dimensional Fund Advisers (USA).

2025 war der ATX einer der dynamischsten Aktienindizes Europas.

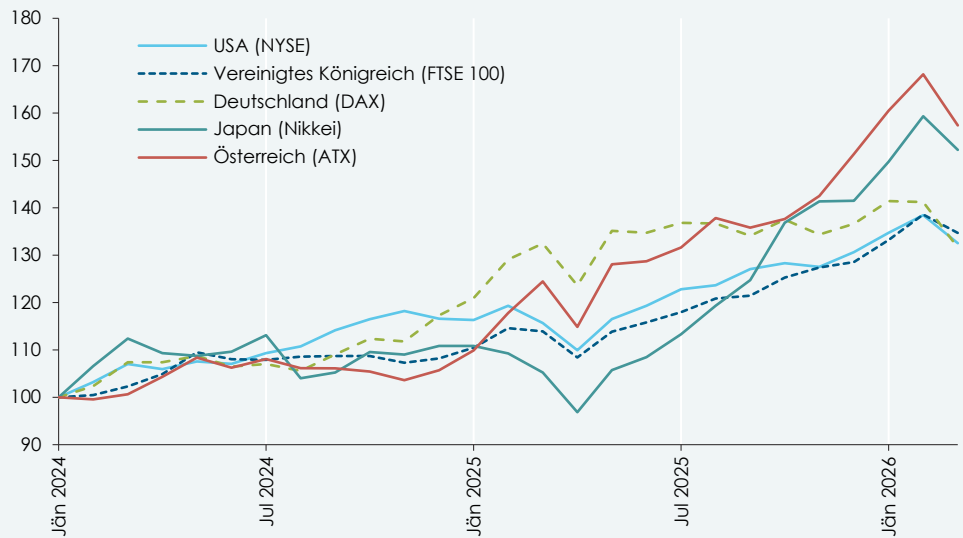
⁶⁾ Die Lücke ergibt sich aus dem Unterschied zwischen dem aktuellen und dem über die Zeit mittels Hodrick- Prescott-Filtern geglätteten Kredit-BIP-Verhältnis.

⁷⁾ <https://www.wienerbourse.at/en/news/vienna-stock-exchange-news/vienna-stock-exchange-2025/>.

⁸⁾ <https://www.wienerbourse.at/en/news/vienna-stock-exchange-news/vienna-stock-exchange-2025/>.

Abbildung 7: **Internationale Börsenindizes**

Jänner 2024 = 100



Q: Deutsche Bundesbank, OECD, Wiener Börse.

6. Nominell- und real-effektive Aufwertung des Euro

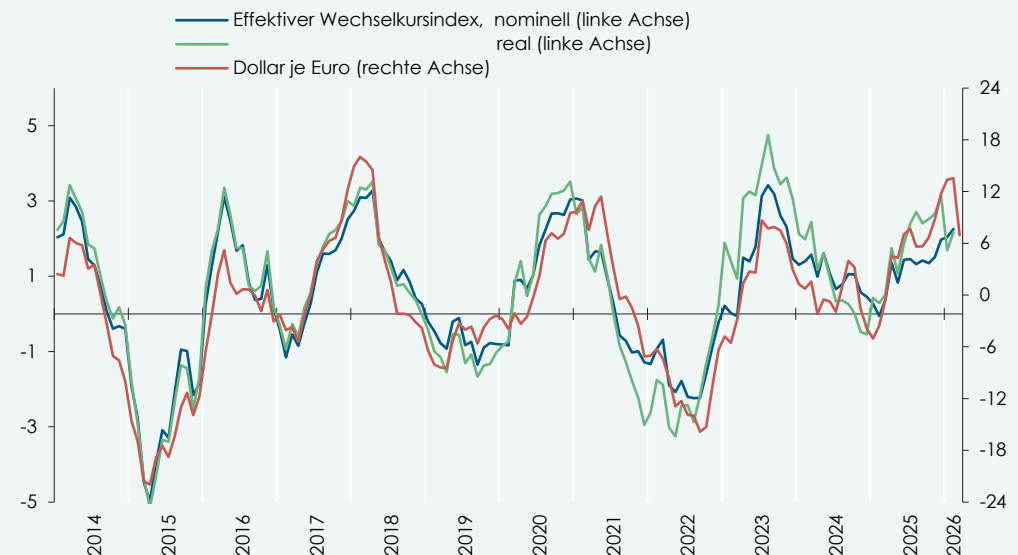
Der Euro wertete 2025 nominell- und real-effektiv auf. Besonders deutlich war die Aufwertung gegenüber dem Dollar.

Die Entwicklung des effektiven Wechselkursindex wird kurzfristig vom Dollarkurs dominiert, vor allem wegen seiner bedeutenden Schwankungen im Jahr 2025. Insgesamt ergab sich im Jahresdurchschnitt 2025 eine nominell-effektive Aufwertung des Euro um 1,1% im Vergleich zum Vorjahr (Abbildung 7),

die überwiegend durch den Wertverlust des Dollar gegenüber dem Euro geprägt war. Real war die Aufwertung mit 1,8% noch höher, womit sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs weiter verschlechterte.

Abbildung 8: **Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: OeNB, WIFO.

7. Ausblick und mögliche Auswirkungen des Iran-Krieges auf Geldpolitik der EZB

Im Februar 2026 notierte die Inflationsrate im Euro-Raum bei 1,9% und hatte sich somit seit Ende 2025 nahe am mittelfristigen Zielwert der EZB von 2% stabilisiert. Die Märkte erwarteten Ende Februar 2026 weitere Leitzinssenkungen der EZB gegen Jahresende 2026. Der Ausbruch des Iran-Krieges hat jedoch für hohe Volatilität auf den Öl- und Gasmärkten gesorgt und somit das Risiko eines neuerlichen Anstiegs der Inflationsrate erhöht. Dies verschob auch die Markterwartungen: Die Wahrscheinlichkeit, dass der nächste EZB-Zinsschritt eine Senkung sein würde, verringerte sich bis Mitte März von vormals 50% auf unter 25%, die Wahrscheinlichkeit einer Zinserhöhung im Jahr 2026 stieg dagegen auf über 50%.

In den kommenden Sitzungen wird die EZB somit die Risiken abwägen müssen. Einerseits könnte ein anhaltender Angebotsschock zu der bekannten negativen Kombination aus niedrigerem Wachstum und höherer Inflation führen. Entscheidend für die Inflationseffekte werden die Dauer und Intensität des Energiepreisschocks sowie der Anteil sein, der davon auf die allgemeine Inflation übertragen wird. Im Euro-Raum deutet die historische Evidenz darauf hin, dass ein breites Durchschlagen höherer Energiepreise auf die Inflation eher die Ausnahme war (Lagarde, 2026). Wenn Schocks kurz und gering sind – wie es seit der Euro-Einführung meist der Fall war – bleibt ihr inflationärer Effekt weitgehend auf die Energiekomponente selbst beschränkt (Corsello & Tagliabracci, 2023). Diese Evidenz beruht allerdings auf den historischen durchschnittlichen Preisreaktionen und könnte daher für die aktuelle Entwicklung nicht repräsentativ sein. Wie mehrere rezente Studien zeigen, kann der Zusammenhang zwischen Energiepreisschocks und Inflation nichtlinear sein: während kleine Anstiege keine signifikante Reaktion der Preise auslösen, haben größere Schocks, wie z. B. nach dem Ukraine-Krieg, überproportional starke Preiseffekte (Bobeica et al., 2025; Llobart et al., 2024).

Hierfür spielen auch die Inflationserwartungen und vor allem die Frage, wie die Akute Inflation in der jüngeren Vergangenheit erlebt haben, eine zentrale Rolle. Malmendier und Nagel (2016) sowie Salle et al. (2023) zeigen, dass Inflationserwartungen dauerhafte Auswirkungen auf die Bildung der Inflations- und Preiserwartungen haben, wobei jüngeren prägnanten Episoden ein überproportionales Gewicht zukommt. Ausgehend von den Preisschocks der Jahre 2022/23 könnten die Preiserwartungen im Euro-Raum daher stärker auf den derzeitigen Energiepreisschock reagieren, als es der langfristige Rückblick erwarten lässt. In diesem Fall sollte die EZB schneller und entschlossener reagieren.

Andererseits ist der Preisschock aktuell deutlich schwächer als 2022. Der Rohölpreis erreichte im März 2022 mit rund 130 \$ je Barrel einen Höchststand, von dem das derzeitige Preisniveau weit entfernt ist. Kurz nach Ausbruch des Iran-Krieges überschritt der Ölpreis zwar kurz die Marke von 115 \$, sank dann aber wieder auf unter 100 \$. Die Gaspreise betragen 2022 ein Vielfaches – den 340 € je MWh im August 2022 stehen 40 € bis 60 € im März 2026 gegenüber. Zudem ist die Geld- und Fiskalpolitik weit weniger expansiv als damals. Schließlich muss auch bedacht werden, dass die EZB selbst keinen Einfluss auf die Energiepreisschocks hat. Wie Benigno (2026) argumentiert, müssen Zentralbanken in dieser Situation klar analysieren, wie die Angebotsschocks die makroökonomische Nachfrage beeinflussen, um auf dieser Basis die richtigen Zinsentscheidungen zu treffen.

Somit steht die EZB vor der Aufgabe, diese unterschiedlichen Faktoren zu bewerten. Die Folgen und vielleicht auch die Fehler der Energiekrise dürften die "Schmerzgrenze" für Zinserhöhungen gesenkt haben, und die EZB wird unter Druck stehen, dieses Mal rascher zu reagieren. Mit schnellen geldpolitischen Entscheidungen ist dennoch nicht zu rechnen.

8. Literaturhinweise

- Benigno, G. (2026, 15. März). A Compounding Oil Shock: Part II. The Fed Playbook: Reaction Function and Decision Grid. *The Central Banks' Watcher*. <https://gianlucabenigno.substack.com/p/a-compounding-oil-shock-part-ii>.
- Bobeica, E., Holton, S., Huber, F., & Martínez Hernández, C. (2025). Beware of large shocks! A non-parametric structural inflation model. *ECB Working Papers*, (3052). <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpwp/ ECB.wp3052~d9937e701b.en.pdf>.
- Corsello, F., & Tagliabracci, A. (2023). Assessing the pass-through of energy prices to inflation in the euro area. *Banca d'Italia Occasional Papers*, (745). <https://www.bancaditalia.it/publicazioni/ocp/2023-0745/index.html?com.dotmarketing.htmlpage.language=1&dotcache=refresh&dotcache=refresh>.
- Kreditschutzverband von 1870 – KSV1870 (2026, 13. Jänner). *Unternehmensinsolvenz 2025. Unternehmensinsolvenzen steigen weiter: 19 Fälle pro Tag*. <https://www.ksv.at/insolvenzstatistik/unternehmensinsolvenz-2025>.
- Lagarde, C. (2026, 25. März). *Navigating energy shocks: Risks and policy responses*. <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2026/html/ECB.SP260325~ac2916a211.en.html>.

- Llombart, P. B., Odendahl, F., & Rodríguez, S. P. (2024). Asymmetries in the transmission of energy price increases and decreases to underlying inflation in the euro area and Spain. *Banco de España Economic Bulletin*, (2024/Q1). <https://ideas.repec.org/a/bde/journl/y2024i01n06.html>.
- Malmendier, U., & Nagel, S. (2016). Learning from Inflation Experiences. *Quarterly Journal of Economics*, 131(1), 53-87.
- Salle, I., Gorodnichenko, Y., & Coibion, O. (2023). Lifetime Memories of Inflation: Evidence from Surveys and the Lab. *NBER Working Papers*, (31996).
- Österreichische Bundesfinanzierungsagentur – OeBFA (2024). Investoren Präsentation der Republik Österreich. <https://www.oebfa.at/presse/presseuebersicht/2024/investor-information-11-2024.html>.
- Österreichische Bundesfinanzierungsagentur – OeBFA (2025). Investoren Präsentation der Republik Österreich. <https://www.oebfa.at/presse/presseuebersicht/2025/investor-information-10-2025.html>.

Wettbewerbsfähigkeit der "Gesundheitsmetropole Wien"

Alexander Daminger



Die Studie analysiert die Wettbewerbsfähigkeit des in der Wirtschafts- und Innovationsstrategie WIEN 2030 formulierten Spitzenthemas "Gesundheitsmetropole Wien" im Zeitraum 2019 bis 2024. Im Zentrum der Untersuchung steht eine datengetriebene SWOT-Analyse, die auf Grundlage von Beschäftigungsdaten auf der Ebene der ÖNACE-Viersteller ein differenziertes Stärken- und Schwächenprofil für die Metropolregion Wien erstellt und vier anderen Großstadtregionen in Österreich gegenübergestellt. Die Ergebnisse zeigen, dass das kumulierte Beschäftigungswachstum in den für die Gesundheitsmetropole relevanten Branchen im Analysezeitraum dreimal so hoch war wie das kumulierte Wachstum der Beschäftigung in der Metropolregion Wien insgesamt. Zu den identifizierten Stärken zählen die Forschung in den Bereichen Biotechnologie sowie Naturwissenschaften und Medizin, Apotheken und die Herstellung sowie der Handel mit pharmazeutischen Erzeugnissen. Chancen bestehen insbesondere in der Herstellung medizinischer Apparate, elektromedizinischer Geräte und pharmazeutischer Grundstoffe sowie im Einzelhandel mit medizinischen Artikeln. Schwächen und Risiken aufgrund niedriger Spezialisierung, d. h. einem niedrigeren Beschäftigungsanteil als in den Vergleichsregionen, oder schlechter Einbettung in ein komplementäres Branchennetzwerk bestehen in einer Vielzahl von Branchen des ÖNACE-2008-Abschnittes "Gesundheits- und Sozialwesen". Trotz leichter struktureller Verbesserungen seit 2019 bleibt damit in der Gesamtschau sowohl die Lokalisation als auch die Einbettung der gesundheitsrelevanten Branchen in das bestehende Branchennetzwerk der Metropolregion Wien im Vergleich zu anderen österreichischen Großstadtregionen auch im Jahr 2024 unterdurchschnittlich ausgeprägt.

Im Auftrag des Magistrats der Stadt Wien • April 2025 • 32 Seiten • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57804958>

6/2025 Aufhellung der Industriekonjunktur bei anhaltend hoher Unsicherheit • Rezession traf Österreichs Regionen unterschiedlich hart. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2024 • Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen. Bundesvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029 • Zur Güte von Konjunkturprognosen in Zeiten außergewöhnlicher Krisen

7/2025 Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück. Prognose für 2025 und 2026 • Investitionsdynamik bleibt 2025 verhalten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025 • Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2025 • Wenn Beschäftigung pausiert – Temporäre Layoffs in Österreich

8/2025 Konjunkturbelebung lässt in Österreich weiter auf sich warten • Stabilisierung der Konjunktüreinschätzungen zu Sommerbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2025 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung blieb 2024 rückläufig • Drei Jahrzehnte Landwirtschaft und Agrarpolitik im Ländervergleich. Eine Fallstudie zu Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz

9/2025 Konjunktur verläuft schleppend, Inflation steigt • Private Krankenzusatzversicherung expandierte 2024 kräftig • Einfluss der Agrargüter- auf die Lebensmittelpreise schwindet • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2025. Sonderthema: Die Rolle von Batteriegroßspeichern in der Energiewende

10/2025 Österreich schleppt sich aus der Rezession. Prognose für 2025 und 2026 • Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030 • Relative Lohnstückkosten 2024 erneut deutlich gestiegen • Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich

11/2025 Konjunktur in Österreich verläuft flach • Konjunktüreinschätzungen kaum verändert. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2025 • Digitalisierung in Österreich: Die Rolle der künstlichen Intelligenz am Arbeitsplatz • Oliver Fritz, Heimischer Tourismus zieht immer mehr Gäste an • Unsicherheitsabhängige Konfidenzintervalle für WIFO-Konjunkturprognosen

12/2025 Anzeichen einer Stabilisierung der Industriekonjunktur • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2025. Schwerpunktthema: Die Preisentwicklung im Tourismus als Wettbewerbsfaktor • Die WIFO-Schnellschätzung: Revisionsanalyse und Kurzbeschreibung der Methode • Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Pflegekosten. Neue Evidenz aus einer dynamischen Mikrosimulation

1/2026 Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels. Prognose für 2025 bis 2027 • Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich. Aktualisierung 2026 • Investitionspläne für 2026 zeigen allmähliche Bodenbildung an. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025 • Schutzwälder in Österreich. Volkswirtschaftliche Bedeutung und Optionen zur Verbesserung der Governance

2/2026 Inflationsrate sinkt deutlich, doch Konjunktur ist bislang matt • Zögerliche Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen zu Jahresbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2026 • Europäische Industriepolitik im Wandel • Europäisches Bauwesen vor moderatem Aufschwung. Euroconstruct-Prognose bis 2028

3/2026 Geopolitische Unsicherheit belastet die Konjunktur • Europäische Wirtschaftspolitik 2025. Auf der Suche nach Lösungen für langfristige Strukturprobleme • Allmählich wieder mehr Produktneueinführungen und höhere Innovationsausgaben • Budgetkonsolidierung im österreichischen Bundesstaat

Präsident**Dr. Harald Mahrer****Vizepräsidentin****Renate Anderl**, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer**Vorstand****Mag. Jochen Danninger (kooptiert)**, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich**Wolfgang Katzian**, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes**Georg Knill**, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie**Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Kocher (kooptiert)**, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank**Anton Matile**, Landeshauptmann von Tirol**Kuratorium**

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Reinhard Schwendtbauer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

WIFO-Partner:innen

A1 Telekom Austria AG, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische Hagel-

Direktorium**Direktor:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD**Stellvertretende Direktor:innen:**

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Elisabeth Fidmuc, Marian Fink, Simon Finster, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Bernhard Kasberger, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Agnes Kügler, Ines Kusmenko, Szergej Licsagin, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Sujata Pokhrel, Sebastian Poledna, Silvia Rocha-Akis, Simon Rütten, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Manuel Zerobin, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer,

Vizepräsidentin**Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin**, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien**Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich**Barbara Novak, MA (kooptiert)**, Amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales der Stadt Wien**Mag. Tobias Schweitzer (kooptiert)**, Bereichsleiter Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien**Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell****Mag. Harald Waiglein, MSc**, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

versicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

WIFO Associates

Karl Aiginger, Harald Badinger, Kurt Bayer, Gudrun Biffl, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Jarko Fidmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Angela Köppl, Mario Larch, Markus Leibrecht, Hendrik Mahlkow, Peter Mayerhofer, Peter Mooslechner, Birgit Niessner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Tobias Thomas, Gunther Tichy, Gernot Wagner, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Gabriel Haintz, Kathrin Hofmann, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Sena Ökmen, Victoria Plöchl, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Stephan Schreml, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Christopher Arndt, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Thomas Haas, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klozar, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Gina Lanik, Thomas Leber, Sarah Ledl, Romana Lüftner, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Merinkat, Aloisia Michl, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Klara Stan, Petra Taschner, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

